



2018

NACHHALTIGKEITSBERICHT NRWKOMMUNAL

Ein Projekt der



Gefördert durch

Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft,
Natur- und Verbraucherschutz
des Landes Nordrhein-Westfalen



INHALT

1	Einleitung	6
2	Aufbau und Struktur des Berichtes	7
3	Umfrage zu Strukturen und Prozessen	8
3.1	Methodisches Vorgehen	8
3.2	Ergebnisse	9
	Teilnehmende Kommunen	9
	Beschlüsse	10
	Akteure und Prozesse	17
	Ressourcen und Unterstützung	19
	Vertikale Integration	20
	Ergebnisse und Output	20
	Förderung der Partizipation	24
	Ausblick	26
3.3	Zwischenfazit	28
3.4	Methodischer Ausblick	30
4	Quantitative Indikatoren	31
4.1	Hintergrund und Zielsetzung des quantitativen Indikatorensets	31
4.2	Methodisches Vorgehen	33
	Datengrundlage	33
	Definition der Nachhaltigkeitsindikatoren	33
4.3	Nachhaltigkeitsindikatoren	34
4.4	Kommunale Vergleichsgruppen	40
4.5	Indikatorenstammbblätter	40
5	Zusammenfassung und Fazit	94
	Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e. V.	96
	Impressum	98

ABBILDUNGS- UND TABELLENVERZEICHNIS

Abbildungen

Abbildung 1:	Agenda-Beschlüsse nach Größenklassen	10
Abbildung 2:	Häufigkeit sektoral orientierter Strategien und Beschlüsse	13
Abbildung 3:	Evaluation	14
Abbildung 4:	Berichterstattung	15
Abbildung 5:	Relevanz von Strategien anderer Ebenen	15
Abbildung 6:	Partnerschaften mit Ländern des globalen Südens	16
Abbildung 7:	Ansätze zur Unterstützung des Fairen Handels	16
Abbildung 8:	Offizielle LA-21 bzw. Nachhaltigkeits-Gremien	18
Abbildung 9:	Akteursgruppen der Nachhaltigkeitsprozesse	18
Abbildung 10:	Finanzielle Förderung durch höhere politisch-administrative Ebenen	20
Abbildung 11:	Beteiligung an Aktivitäten höherer politisch-administrativer Ebenen	20
Abbildung 12:	Generelle Bewertung des Nachhaltigkeitsprozesses	20
Abbildung 13:	Effekte durch Nachhaltigkeitsaktivitäten	22
Abbildung 14:	Positive und negative Einschätzungen der Effekte durch Nachhaltigkeitsaktivitäten (2016 und 2018)	23
Abbildung 15:	Unterstützung von Partizipation und bürgerschaftlichem Engagement durch die Kommune	24
Abbildung 16:	Einbindung der Bürgerschaft in die Nachhaltigkeitsprozesse	25
Abbildung 17:	Würdigung von zivilgesellschaftlichen Nachhaltigkeitsaktivitäten	25
Abbildung 18:	Priorisierung der Nachhaltigkeitsaktivitäten	26
Abbildung 19:	Kommunen nach Größenklassen	40
Abbildung 20:	Bevölkerungsentwicklung	42
Abbildung 21:	Wanderungssaldo	42
Abbildung 22:	Bevölkerungsvorausberechnung	43
Abbildung 23:	Altenanteil	45
Abbildung 24:	Veränderung Altenanteil	45
Abbildung 25:	Jugendanteil	47
Abbildung 26:	Veränderung Jugendanteil	47
Abbildung 27:	Abhängigenquotient	49
Abbildung 28:	Veränderung Abhängigenquotient	49
Abbildung 29:	Schulabgehende ohne Abschluss	51
Abbildung 30:	Schulabgehende ohne Abschluss (NRW)	51
Abbildung 31:	Schulabgehende mit höherem Abschluss (Fach-)Hochschulreife	53
Abbildung 32:	Schulabgehende mit höherem Abschluss NRW (Fach-)Hochschulreife	53
Abbildung 33:	Betreuungsquote unter 3 Jahre	55
Abbildung 34:	Veränderung Betreuungsquote unter 3 Jahre	55
Abbildung 35:	Betreuungsquote 3 bis unter 6 Jahre	57
Abbildung 36:	Veränderung Betreuungsquote 3 bis unter 6 Jahre	57
Abbildung 37:	Wahlbeteiligung Kommunalwahlen	59
Abbildung 38:	Wahlbeteiligung Landtagswahlen	59
Abbildung 39:	Durchschnittliche Flächeninanspruchnahme (Veränderung Siedlungs- u. Verkehrsfläche zum Vorjahr)	61
Abbildung 40:	Flächeninanspruchnahme pro Tag	61
Abbildung 41:	Siedlungs- und Verkehrsfläche je Einwohner	63

Abbildung 42:	Veränderung Siedlungs- und Verkehrsfläche je Einwohner (Basisjahr 2011 = 0)	63
Abbildung 43:	Wohngebäude mit einer oder zwei Wohnungen (Neubau)	65
Abbildung 44:	Wohngebäude mit drei und mehr Wohnungen (Neubau)	65
Abbildung 45:	Anteil Erneuerbare Energien am Stromverbrauch	67
Abbildung 46:	Veränderung Anteil Erneuerbare Energien am Stromverbrauch (Basisjahr 2013 = 0)	67
Abbildung 47:	PKW-Dichte	69
Abbildung 48:	Veränderungen PKW-Dichte (Basisjahr 2011 = 0)	69
Abbildung 49:	Veränderung Straßenverkehrsunfälle (Basisjahr 2004 = 0)	71
Abbildung 50:	Gesamtpendelnde je 1.000 EW	73
Abbildung 51:	Veränderung Gesamtpendelnde je 1.000 EW (Basisjahr 2011 = 0)	73
Abbildung 52:	Verschuldung der Kommunen je Einwohner	75
Abbildung 53:	Veränderung der Verschuldung der Kommunen (Basisjahr 2004 = 0)	75
Abbildung 54:	Kassenkredite der Kommunen je Einwohner	77
Abbildung 55:	Veränderung der Kassenkredite der Kommunen (Basisjahr 2004 = 0)	77
Abbildung 56:	Steuereinnahmekraft je Einwohner	79
Abbildung 57:	Veränderung Steuereinnahmekraft (Basisjahr 2004 = 0)	79
Abbildung 58:	Anteil der Empfänger von Grundsicherung an Gesamtbevölkerung	81
Abbildung 59:	Anteil der Empfänger von Mindestsicherung ohne deutschen Pass an Gesamtbevölkerung ohne deutschen Pass	81
Abbildung 60:	Beschäftigtenquote (Wohnort)	83
Abbildung 61:	Veränderung sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort (Basisjahr 2008 = 0)	83
Abbildung 62:	Veränderung sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (männlich) am Wohnort (Basisjahr 2008 = 0)	85
Abbildung 63:	Veränderung sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (weiblich) am Wohnort (Basisjahr 2008 = 0)	85
Abbildung 64:	Arbeitslosenanteil	86
Abbildung 65:	Arbeitslosenanteil (männlich)	87
Abbildung 66:	Arbeitslosenanteil (weiblich)	87
Abbildung 67:	Arbeitslosenanteil (o. dt. Pass)	87
Abbildung 68:	Arbeitsplatzdichte (sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort)	89
Abbildung 69:	Veränderung Arbeitsplatzdichte (Basisjahr 2011 = 0)	89
Abbildung 70:	Gewerbeanmeldungen durch Neugründung	91
Abbildung 71:	Veränderung Gewerbeanmeldungen durch Neugründung (Basisjahr 2004 = 0)	91
Abbildung 72:	Vorzeitige Sterblichkeit (Todesfälle unter 65 Jahren)	93
Abbildung 73:	Veränderung vorzeitige Sterblichkeit (Basisjahr 2011 = 0)	93

Tabellen

Tabelle 1:	Befragte Kommunen nach Einwohnergröße	9
Tabelle 2:	Angaben zu Agenda-Beschlüssen	10
Tabelle 3:	Zeitpunkt des Beschlusses zur Lokalen Agenda 21	11
Tabelle 4:	Mitgliedschaften und Unterstützung von Beschlüssen übergeordneter Initiative	11
Tabelle 5:	Sektoral orientierte Strategien und Beschlüsse	12
Tabelle 6:	Kommunen nach Art der sektoral orientierten Strategien und Beschlüsse	13
Tabelle 7:	Zeitliche Abstände der Evaluation	14
Tabelle 8:	Zeitliche Abstände der Berichterstattung	15
Tabelle 9:	Offizielle LA-21 bzw. Nachhaltigkeits-Gremien	18
Tabelle 10:	Themen von wachsender Bedeutung	27
Tabelle 11:	Veränderung für Nachhaltigkeitsaktivitäten	28
Tabelle 12:	Übersicht Indikatoren und Bezüge zu übergeordneten Indikatorensets	34

EINLEITUNG

Der hier vorliegende Nachhaltigkeitsbericht nrwkommunal 2018 schreibt die letztmalig von der LAG 21 NRW im Jahr 2016¹ erhobenen und berechneten Indikatoren einer Nachhaltigen Entwicklung auf der kommunalen Ebene in Nordrhein-Westfalen fort. Dabei ist eine Vergleichbarkeit mit den Erhebungen und Berechnungen aus dem Jahr 2016 und auch mit der im Jahr 2012 veröffentlichten Vorgängerstudie „Rio +20 NRW“² möglich und gewünscht. Dennoch haben vor allem Erkenntnisse aus dem Projekt „Global Nachhaltige Kommune NRW“ eine intensivere Überarbeitung des quantitativen Indikatorensets nach sich gezogen. So werden in diesem Bericht 27 kommunale Nachhaltigkeitsindikatoren vorgestellt und damit 6 mehr als im Jahr 2016. Auch wurde aufgrund der Rückmeldungen aus den nordrhein-westfälischen Kommunen die Umfrage zu Prozessen und Strukturen einer Nachhaltigen Entwicklung auf kommunaler Ebene leicht angepasst.

Diese vorgenommenen Revisionen, insbesondere am quantitativen Indikatorenset, korrespondieren mit den Prozessen auf nationaler und internationaler Ebene. Die von der Statistischen Kommission der Vereinten Nationen eingesetzte „Inter-Agency and Expert Group on Sustainable Development Goal Indicators“ (IAEG-SDGs) sollte nicht nur einmalig ein Indikatorenset als quantitatives Gerüst des im hochrangigen politischen Forums (HLPF) ablaufenden ständigen Review-Prozesses entwickeln. Vielmehr soll dieses Indikatorenset bis 2030 methodisch weiterentwickelt und regelmäßig neue Indikatoren zur besseren Abbildung der Agenda 2030 vorschlagen werden. Dieses Prinzip der kontinuierlichen Verbesserung und Anpassung ist auch bei diesem Bericht angewendet worden und wird auch in der für 2020 erwarteten nächsten Iteration handlungsleitend sein.

In den Nachhaltigkeitsberichten nrwkommunal steht nicht die einzelne Kommune im Mittelpunkt der Betrachtung, sondern es wird ein Gesamteindruck über den Status Quo und die Entwicklungen der jüngeren Vergangenheit hinsichtlich einer Nachhaltigen Entwicklung des gesamten kommunalen Spektrums in Nordrhein-Westfalen aufgezeigt. Die den Indikatoren zugrunde liegenden Daten und notwendigen Berechnungen liegen dabei für alle 396 Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen vor. So können auf Wunsch einzelner Kommunen detaillierte Auswertungen erfolgen, die einen Beitrag zum Monitoring und zur Evaluation bereits vorhandener Strategien und Zielsetzungen im Bereich nachhaltige Entwicklung leisten können. Alternativ kann sich über diesen datengestützten quantitativen Ansatz auch ein Einstieg in die strategische Auseinandersetzung mit kommunalen Aspekten einer Nachhaltigen Entwicklung anbieten. Daran interessierte Kommunen können sich für weitere Beratungen und Informationen unverbindlich an die LAG 21 NRW als Kompetenznetzwerk für kommunale Nachhaltigkeitsstrategien wenden.

Der Nachhaltigkeitsbericht nrwkommunal 2018 ist eng mit den Nachhaltigkeitsprozessen des Landes Nordrhein-Westfalen verknüpft. Er leistet über die erhobenen qualitativen Informationen zu Strukturen und Prozessen einer Nachhaltigen Entwicklung auf der kommunalen Ebene einen Beitrag zum landesweiten Indikatorenset, mit dem ein kontinuierliches Monitoring der Nachhaltigen Entwicklung sowie die Evaluation der landesweiten Nachhaltigkeitsstrategie turnusmäßig erfolgt.

AUFBAU UND STRUKTUR DES BERICHTES

Der Nachhaltigkeitsbericht nrwkommunal 2018 ist hinsichtlich seiner unterschiedlichen empirischen Methoden zweigeteilt. Der erste Teil des Berichts widmet sich in einer standardisierten Umfrage den kommunalen Strukturen und Prozesse, die eine Nachhaltige Entwicklung in der jeweiligen Kommune unterstützen sollen. Dazu wurde auf Grundlage des Erhebungsinstrumentariums der Rio +20 Studie und des 2016er Berichts ein leicht angepasster Fragebogen entwickelt. Der Fragebogen beinhaltet etwa das Vorhandensein von Lokalen Agenda 21 Beschlüssen ebenso, wie die subjektive Einschätzung über Wirkung der eigenen Aktivitäten im Bereich Nachhaltige Entwicklung und ihre strukturelle Verankerung in formellen und informellen kommunalen Gremien. Die nordrhein-westfälischen Kommunen hatten von Dezember 2017 bis März 2018 Gelegenheit, die gestellten Fragen in einem Online-Fragebogen zu beantworten.

Der zweite Teil des Berichtes widmet sich der quantitativen Herangehensweise zur Darstellung einer Nachhaltigen Entwicklung auf kommunaler Ebene. Die darin aufgezeigten Nachhaltigkeitsindikatoren basieren auf den 21 Indikatoren aus dem 2016er Bericht und wurden insbesondere nach Rücksprachen mit Akteuren aus den kommunalen Verwaltungen im Rahmen des Projektes „Global Nachhaltige Kommune NRW“ angepasst und ergänzt.

So werden in diesem Bericht 27 Nachhaltigkeitsindikatoren definiert, deren zugrundeliegende Daten auf der Ebene der Städte und Gemeinden in NRW verfügbar, öffentlich zugänglich und regelmäßig zentral fortschreibbar sind. Nach der Definition des Indikatorensets wurden die entsprechenden Datengrundlagen aus der Landesdatenbank NRW heruntergeladen und die finalen Indikatoren in mehreren Schritten berechnet.

In den folgenden beiden Oberkapiteln werden die Methodiken im Detail beschrieben. Beide Kapitel werden ferner ein Zwischenresümee zu den jeweiligen Ergebnissen auf Grundlage des gewählten methodischen Designs geben. In dem letzten Kapitel des Berichtes wird ein abschließendes Fazit die beiden methodischen Vorgehensweisen und ihre Ergebnisse resümieren.

In diesem Bericht wird zur Verbesserung der Lesbarkeit auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für beide Geschlechter, die Verwendung der männlichen Form soll entsprechend geschlechtsunabhängig verstanden werden.

¹ Der Nachhaltigkeitsbericht nrwkommunal 2016 kann unter folgender URL als Executive Summary und als Langfassung heruntergeladen werden: <https://www.lag21.de/projekte/details/nachhaltigkeitsbericht-nrwkommunal-140/>

² Die Studie kann hier heruntergeladen werden: https://www.lag21.de/files/default/pdf/Themen/Forschung/Abschlussdokumentation_Rio_20_NRW_Final.pdf

³ Die Gesamtdokumentation des Projektes „Global Nachhaltige Kommune NRW“ kann hier heruntergeladen werden: https://www.lag21.de/projekte/details/global-nachhaltige-kommune-?file=files/default/pdf/Themen/Integrierte%20NHS/GNK_NRW_Gesamtdoku_web.pdf

UMFRAGE ZU STRUKTUREN UND PROZESSEN

3.1 METHODISCHES VORGEHEN

Für die Erfassung des Standes der Nachhaltigen Entwicklung auf der kommunalen Ebene ist die Betrachtung der Strukturen, der institutionellen Rahmenbedingungen und der Prozesse sowie Aktivitäten in den jeweiligen Kommunen von wesentlicher Bedeutung. Bereits im Nachhaltigkeitsbericht nrwkommunal aus dem Jahr 2016 sowie der Länderstudie Rio +20 NRW wurden diese Informationen daher auf Grundlage einer Befragung der Kommunen in NRW ausgewertet.

Im Rahmen des Nachhaltigkeitsberichts nrwkommunal 2018 wurde dieser qualitative Aspekt der Nachhaltigen Entwicklung weitergeführt und stellt neben der Analyse statistischer Daten eine der beiden tragenden Säulen der Untersuchung dar. Zur Erfassung des aktuellen Standes der Nachhaltigkeitsprozesse und -aktivitäten wurde wiederum eine Befragung durchgeführt, die im Kern auf derjenigen beruht, die im Nachhaltigkeitsbericht nrwkommunal 2016 sowie für die Rio +20 Studie durchgeführt wurde. Zwar waren Anpassungen und Überarbeitung des Fragebogens notwendig, dennoch wurde darauf geachtet, diesen in Struktur und Fragestellung weitgehend zu erhalten. Für die Auswertung der Befragung „Kommunale Nachhaltigkeitsprozesse und -aktivitäten in NRW 2018“ konnte entsprechend auf 30 Fragen in den folgenden sechs Kategorie zurückgegriffen werden:

- Angaben zur Kommune,
- Basis der Nachhaltigkeitsaktivitäten,
- Prozesse und Verfahren,
- soziale Integration,
- Bewertung der Nachhaltigkeitsaktivitäten,
- Einschätzungen und Erwartungen zur zukünftigen Entwicklung.

Die Befragung wurde im Zeitraum von Ende Dezember 2017 bis Anfang März 2018 in einer Befragungsrunde durchgeführt. Dabei wurde allen Kommunen in NRW die Möglichkeit gegeben, die Befragung mittels eines Online-Fragebogens durchzuführen.

Von den 427 befragten Kommunen (Kreise, Städte und Gemeinden) antworteten 95, was einer Rücklaufquote von 22,2 % entspricht. Bei dem Nachhaltigkeitsbericht nrwkommunal 2016 (31,6 %) sowie bei der Rio +20 Studie (rund 43 %) konnte auf einen höheren Rücklauf zurückgegriffen werden. Alle Studien stellen somit nur einen bestimmten kommunalen Ausschnitt dar und sind dementsprechend zu interpretieren.

Wenn im folgenden Kapitel bei der Ergebnisdarstellung der naheliegende und auch beabsichtigte Vergleich zu den Vorgängerstudien Nachhaltigkeitsbericht nrwkommunal 2016 und der Länderstudie Rio +20 NRW gezogen wird, dann sind folgende wesentliche Einschränkungen zur Vergleichbarkeit der Studien zu beachten: Zunächst einmal ist offenkundig, dass nicht dieselben Kommunen in den Rücklauf eingegangen sind, da die Rücklaufquoten unterschiedlich sind. Wenn es folglich Verschiebungen in den Ergebnissen der Befragungen gibt, kann dies auch darauf zurückzuführen sein, welche Kommunen geantwortet haben und welchen Ausschnitt aus der Grundgesamtheit aller Kommunen sie darstellen. Dies wird beispielhaft deutlich bei der Analyse der Größenklassen der befragten Kommunen, die erhebliche Schwankungen aufweisen (vgl. Tabelle 1). Ebenfalls kann nicht ausgeschlossen werden, dass bestimmte Kommunen im Zeitverlauf Fragen unterschiedlich beantworten, selbst wenn sich an der realen Situation nichts geändert haben sollte. Hinsichtlich des Rücklaufes muss auch berücksichtigt werden, dass die in diesem Bericht getroffenen Aussagen nur auf einen Ausschnitt des kommunalen Spektrums in Nordrhein-Westfalen zutreffen. Da die Befragung auf eine Vollerhebung ausgelegt ist (alle 427 Kommunen hatten Gelegenheit zu antworten), wurden entsprechend keine Charakteristika einer repräsentativen Stichprobe angelegt.

Darüber hinaus ist darauf hinzuweisen, dass sich die Methodik der Auswertung im Vergleich zu den vorangegangenen Studien leicht verändert hat. In der aktuellen Auswertung wurden übersprungene Fragen nicht wie zuvor der Antwortmöglichkeit „keine Angabe“ zugeteilt, sondern von der Gesamtanzahl an Antworten dieser Frage abgezogen. Damit beziehen sich die Ergebnisse der einzelnen Fragen zum Teil auf unterschiedliche Grundgesamtheiten. Da die Ergebnisse aus dem Vergleichsjahr 2016 ebenfalls entsprechend überarbeitet wurden, stimmen die anteiligen Ergebnisse aus dem Nachhaltigkeitsbericht nrwkommunal 2016 nicht vollständig mit den hier dargestellten Ergebnissen aus 2016 überein. Dies wurde im Sinne einer Weiterentwicklung der methodischen Auswertung in Kauf genommen.

3.2 ERGEBNISSE

Teilnehmende Kommunen

Von den 427 Kommunen in NRW beteiligten sich 95 an der Befragung, davon 75 kreisangehörige Gemeinden von insgesamt 373 (20,1 %), 13 kreisfreie Städte von insgesamt 23 (56,5 %) und 7 Kreise von insgesamt 31 Kreisen (22,6 %). 71 der teilnehmenden Kommunen hatten bereits 2016 an der Umfrage teilgenommen. Bezogen auf ihre Größenklassen verteilen sie sich wie in Tabelle 1 ersichtlich. Dabei ist auffällig, dass die Teilnahme an der Befragung bei allen drei Befragungen positiv mit der Größe der Gebietskörperschaft korreliert.

Tabelle 1: Befragte Kommunen nach Einwohnergröße

Einwohner	nrwkommunal 2018			nrwkommunal 2016			Vergleich mit Rio +20	
	Kommunen/Kreise insg. NRW	Anzahl	Anteil in %	Kommunen/Kreise insg. NRW	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %
< 10.000 EW	56	6	10,7	57	9	15,7	19	10,4
< 20.000 EW	132	20	15,2	133	29	21,8	57	31,3
< 50.000 EW	132	30	22,7	132	41	31,1	48	26,4
< 100.000 EW	47	14	29,8	45	19	42,2	25	13,7
≥ 100.000 EW	60	25	41,7	60	37	61,7	33	18,1
Summe	427	95	22,2	427	135	31,6	182	42,6

Beschlüsse

Beschluss zur Lokalen Agenda 21

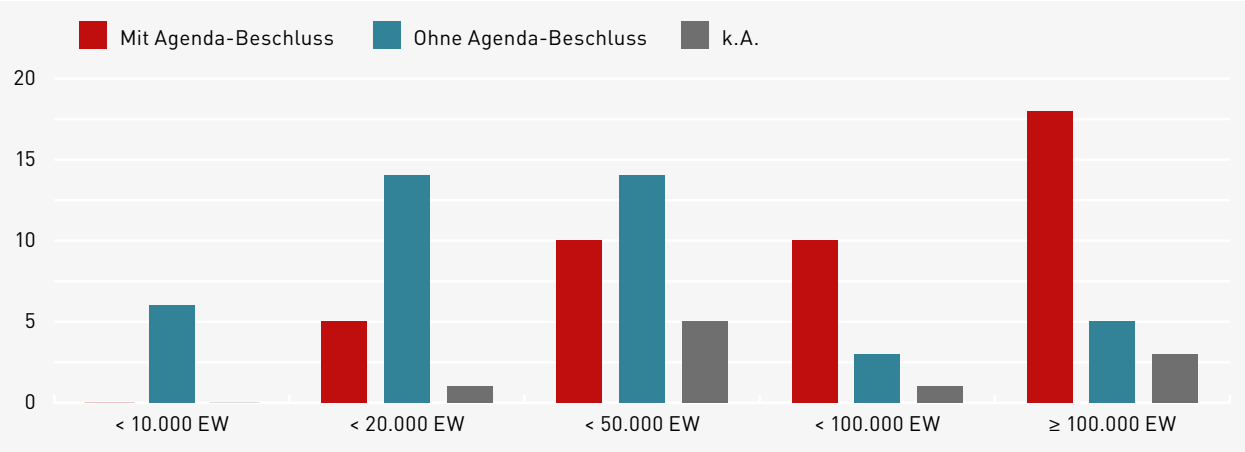
Der Anteil der Kommunen, der in der Befragung angab, einen Beschluss zur Lokalen Agenda gefasst zu haben, beläuft sich auf 45,3 % (43 von 95 Kommunen) (vgl. Tabelle 2). Dieser Wert liegt unter den Ergebnissen aus den vorherigen Umfragen (Rio +20: 57,1 %, 2016: 52,6 %). Da parallel dazu deutlich mehr Kommunen sektorale und integrierte Strategien und/oder Beschlüsse im Themenbereich Nachhaltige Entwicklung aufweisen, als in den vorherigen Umfragen (vgl. Seite 12), kann davon ausgegangen werden, dass die kommunalen Agenda-Prozesse und Aktivitäten teilweise in diese neuen strategischen Prozesse eingeflossen sind.

Deutlich zeigt sich auch, dass mit zunehmender Größe der Gebietskörperschaft auch der Anteil der Kommunen mit Agenda-Beschluss ansteigt (vgl. Abbildung 1). Während in der Größenklasse bis 10.000 Einwohner keine von 6 Kommunen über einen Beschluss verfügt, sind es bei der Größenklasse bis 20.000 Einwohner bereits 5 von 20. In der Klasse bis 50.000 Einwohner sind es 10 von 29 Kommunen, in der Klasse bis 100.000 Einwohner 10 von 15 und in der Klasse über 100.000 Einwohner sind es 18 von 26. Im Vergleich zur Umfrage von 2016 zeigt sich eine sehr ähnliche Verteilung.

Tabelle 2: Angaben zu Agenda-Beschlüssen

Gibt es in ihrer Kommune einen Beschluss zur Lokalen Agenda 21?						
	nrwkommunal 2018		nrwkommunal 2016		Vergleich mit Rio +20	
	Nennungen	%-Anteil	Nennungen	%-Anteil	Nennungen	%-Anteil
ja	43	45,3	71	52,6	104	57,1
nein	42	44,2	59	43,7	78	42,9
k.A.	10	10,5	5	3,7	0	0
Summe	95	100	135	100	182	100

Abbildung 1: Agenda-Beschlüsse nach Größenklassen



Zeitpunkt der Beschlussfassung über eine Lokale Agenda 21

Betrachtet man den Zeitpunkt der Beschlussfassung zur Lokalen Agenda 21, zeigt sich, dass ca. 85 % der Beschlüsse bis zum Jahr 2000 gefasst wurde. An dieser Stelle sei angemerkt, dass einige Kommunen bei der Befragung darauf hinwiesen, dass Agenda-Beschlüsse mehrfach gefasst wurden, teils im Sinne einer Verlängerung von Projekten, die mit der Lokalen Agenda 21 verbunden waren. In diesen Fällen können sich die Angaben zum Zeitpunkt der Beschlussfassung sowohl auf den Erstbeschluss, als auch auf die Verlängerung bzw. Weiterführung beziehen.

Mitgliedschaften und/oder Unterstützung von Beschlüssen übergeordneter Initiativen

Hinsichtlich kommunaler Mitgliedschaften und der Unterstützung von Beschlüssen übergeordneter Initiativen zeigt sich eine Vielfalt an verschiedenen kommunalen Aktivitäten. Insbesondere Mitgliedschaften im Klimabündnis (34,7 %) sowie bei der LAG 21 NRW (29,5 %) sind dabei stark vertreten. Darüber hinaus unterstützen 18,9 % der antwortenden Kommunen die Musterresolution des Städtetags zur Agenda 2030. 23 Kommunen (24,2 %) gaben an, über keine Mitgliedschaften oder Unterstützung von Beschlüssen übergeordneter Initiativen zu verfügen.

Tabelle 3: Zeitpunkt des Beschlusses zur Lokalen Agenda 21

	nrwkommunal 2018		nrwkommunal 2016	
	Nennungen	%-Anteil	Nennungen	%-Anteil
Bis 2000	35	85,4	56	82,4
2001-2007	3	7,3	7	10,3
Seit 2008	3	7,3	5	7,4
Summe	41	100	68	100

Tabelle 4: Mitgliedschaften und Unterstützung von Beschlüssen übergeordneter Initiativen (Mehrfachnennungen waren möglich)

Fördert Ihre Kommune eine Nachhaltige Entwicklung durch Mitgliedschaften oder Unterstützung von Beschlüssen übergeordneter Initiativen?	Nennungen	%-Anteil (an Kommunen)
Keine Mitgliedschaften/Unterstützung von Beschlüssen	23	24,2
Millennium Development Goals (MDG)	5	5,3
Aalborg Charta der Europäischen Städte und Gemeinden auf dem Weg zur Zukunftsbeständigkeit	8	8,4
Mitgliedschaft im Klima-Bündnis	33	34,7
Mitgliedschaft LAG 21 NRW	28	29,5
Musterresolution „2030-Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“	18	18,9
Sonst. (bitte angeben, z.B. Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt, Countdown 2010 etc.):	22	23,2
k.A.	15	15,8
Summe	153	
Antwortende Kommunen: 95		

Sektoral orientierte Strategien und/oder Beschlüsse

Ein deutlich höherer Anteil der antwortenden Kommunen verfügt über sektoral orientierte Strategien und/oder Beschlüsse, als über einen Beschluss zur

Lokalen Agenda 21 (93,7 % zu 45,3 %) (vgl. Tabelle 2 und 5). Damit ist der Anteil der Kommunen mit sektoral orientierten Strategien im Vergleich zur Befragung 2016 von 76,3 % zu 93,7 % im Jahr 2018 weiter angestiegen (vgl. Tabelle 5).

Tabelle 5: Sektoral orientierte Strategien und Beschlüsse

Gibt es vergleichbare, ggf. sektoral orientierte Strategien und/oder Beschlüsse, die auf eine Nachhaltige Entwicklung ausgerichtet sind?				
	nrwkommunal 2018		nrwkommunal 2016	
	Nennungen	%-Anteil	Nennungen	%-Anteil
Ja	89	93,7	106	76,3
Nein	4	4,2	22	17,8
k.A.	2	2,1	7	5,9
Summe	95	100	135	100

Vergleicht man die Angaben zur Art der entsprechenden Strategien und Beschlüsse mit denen aus der Befragung 2016 und der Rio +20 Studie ist augenscheinlich die Zahl der Kommunen mit einer Energie-/Klimaschutzstrategie in den letzten Jahren stetig angestiegen (von 56,6 % über 70,4 % in 2016 auf 82,1 % der antwortenden Kommunen in 2018). Ebenfalls angestiegen, von 12,5% im Jahr 2016 auf 23,3% im Jahr 2018, ist der Anteil der Kommunen die eine Strategie zur Förderung von Bildung für Nachhaltige Entwicklung aufweisen können. Aber auch die Anteile der Kommunen, die sektorale Strategien in den Bereichen Klimaanpassung, Biodiversität und Flächenmanagement beschlossen haben, sind 2018 im Vergleich zu 2016 angestiegen. Der allgemeine Bereich „Nachhaltigkeit“ wurde 2018 spezifiziert durch die „integrierte Nachhaltigkeit“ abgefragt.

In diesem Jahr wurden zudem folgende weitere Antwortmöglichkeiten angeboten: Mobilitätsplan, Sozialberichterstattung, Regionales Entwicklungskonzept, Gleichstellungs- bzw. Frauenförderplan, integrierte Nachhaltigkeitsstrategie (z.B. Global

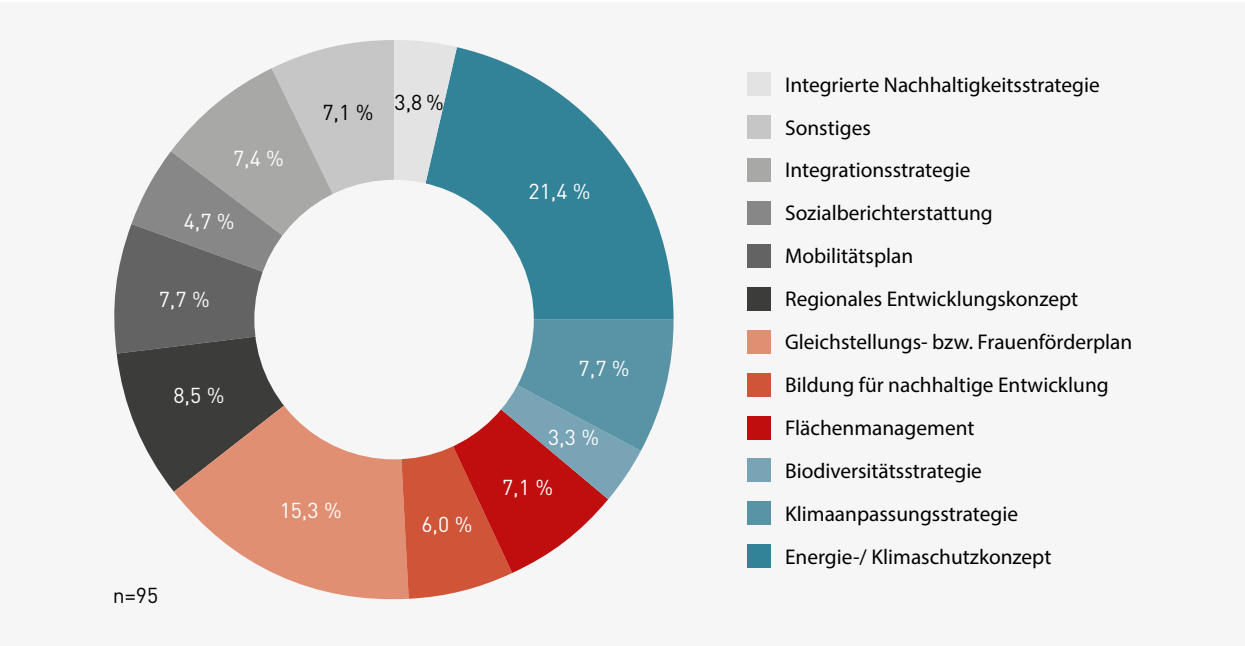
Nachhaltige Kommune), Integrationsstrategie, Nachhaltigkeitshaushalt. Mit Ausnahme des Nachhaltigkeitshaushalts, den noch keine Kommune vorzeigen kann, befinden sich alle weiteren Strategien zwischen 17,9 % (Sozialberichterstattung) und 32,6 % (Regionales Entwicklungskonzept). Insgesamt ist ein Anstieg der sektoral orientierten Beschlüsse und Strategien klar ersichtlich.

Die Bedeutung der unterschiedlichen Arten von Strategien und Beschlüssen zeigt sich noch einmal in Bezug auf die Gesamtzahl der Nennungen in diesem Bereich. Durch den Anstieg der Antwortmöglichkeiten zeichnet sich hier ein differenziertes Bild als im Jahr 2016 ab, wobei die Energie- und Klimaschutzkonzepte weiterhin mit rund 21 % am stärksten vertreten sind. An zweiter Stelle folgen die Strategien zur Bildung für Nachhaltige Entwicklung, die bei 15,3 % liegen. Abgesehen von dem Nachhaltigkeitshaushalt mit null Nennungen, entfielen die anteilig wenigsten Nennungen mit 3,3 % und 3,8 % auf die Bereiche „Biodiversität“ und „Integrierte Nachhaltigkeit“.

Tabelle 6: Kommunen nach Art der sektoral orientierten Strategien und Beschlüsse (Mehrfachnennungen waren möglich)

	Nennungen	%-Anteil (an Kommunen)
Integrierte Nachhaltigkeitsstrategie (z.B. Global Nachhaltige Kommune)	14	14,7
Energie-/Klimaschutzkonzept	78	82,1
Klimaanpassungsstrategie	28	29,5
Biodiversitätsstrategie	12	12,6
Flächenmanagement	26	27,4
Gleichstellungs- bzw. Frauenförderplan	56	58,9
Bildung für nachhaltige Entwicklung	22	23,2
Regionales Entwicklungskonzept	31	32,6
Mobilitätsplan	28	29,5
Sozialberichterstattung	17	17,9
Integrationsstrategie	27	28,4
Nachhaltigkeitshaushalt	0	0,0
Sonstiges	26	27,4
Summe	239	
Teilnehmende Kommunen: 95		

Abbildung 2: Häufigkeit sektoral orientierter Strategien und Beschlüsse (Mehrfachnennungen waren möglich)

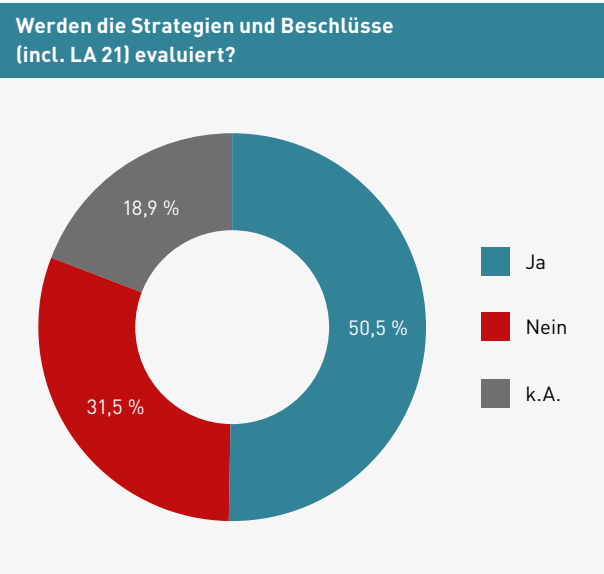


Evaluation und Berichterstattung der Beschlüsse und Strategien

Die Kommunen wurden darüber hinaus danach befragt, ob eine Evaluation der Strategien und Beschlüsse stattfindet. Rund 50 % gaben an, dass dies der Fall sei. In 31 % der Kommunen findet keine Evaluation statt und rund 19 % machten keine Angaben.

Hinsichtlich der zeitlichen Dimension sowie der Instrumente der Evaluation lässt sich feststellen, dass Evaluationen von 15,5 % der Kommunen in Abständen von weniger als einem Jahr mit Hilfe von Fortschrittsberichten durchgeführt werden. 29,3 % gaben an, jährlich mit Fortschrittsberichten ihre Entwicklung zu überprüfen. 10,3 % nannten zwischen 12 und 24 Monate und 8,6 % über 24 Monate als Zeitraum der Evaluation im Rahmen von Fortschrittsberichten. Die Evaluation mit Fortschrittsberichten wird über alle zeitlichen Abstände hinweg insgesamt von 37 Kommunen genutzt, während 22 Kommunen mithilfe von Indikatorenberichten evaluieren⁴. Darüber hinaus

Abbildung 3: Evaluation



gaben bei dieser Frage auffallend viele Kommunen, sowohl hinsichtlich der Indikatorenberichte (23) als auch der Fortschrittsberichte (21), „keine Angabe“ als Antwort an (vgl. Tabelle 7).

Tabelle 7: Zeitliche Abstände der Evaluation

	Indikatorenbericht		Fortschrittsbericht	
	Nennungen	%-Anteil	Nennungen	%-Anteil
Weniger als 12 Monate	0	0	9	15,5
Jährlich	8	17,8	17	29,3
12- 24 Monate	8	17,8	6	10,3
Mehr als 24 Monate	6	13,3	5	8,6
k.A.	23	51,1	21	36,2
Summe	45		58	

⁴ Da Mehrfachnennungen möglich waren, beinhalten diese Zahlen auch Kommunen die sowohl Fortschrittsberichte als auch Indikatorenberichte nutzen.

In 78,5 % der antwortenden Kommunen erfolgt zudem eine Berichterstattung an die Politik. In 8,6 % der Kommunen ist dies nicht der Fall, während 12,9 % keine Angabe diesbezüglich machten. Hinsichtlich der zeitlichen Abstände der Berichterstattung an die Politik machten 28,4 % der antwortenden Kommunen keine Angabe, während mit 32,1 % am häufigsten die jährliche Berichterstattung angegeben wurde (vgl. Tabelle 8).

Relevanz von Strategien auf anderen Ebenen

Bei der Frage nach der Relevanz von Strategien auf Landes- und Bundesebene sowie der UN-Ebene, zeigt sich ein gemischtes Ergebnis. Während über ein Drittel der antwortenden Kommunen „keine Angabe“ als Antwort wählten, zeigten die Sustainable Development Goals (SDGs) die meisten Nennungen (15) bei „Hohe Relevanz“ als auch bei „Niedrige Relevanz“ (29) auf. Mit 9 Nennungen bei der hohen Relevanz, 25 Nennungen bei der mittleren Relevanz sowie der niedrigsten Angabe (24) bei niedriger Relevanz erscheint die NRW-Nachhaltigkeitsstrategie relevanter für die kommunalen Aktivitäten als die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie (vgl. Abbildung 5).

Abbildung 4: Berichterstattung

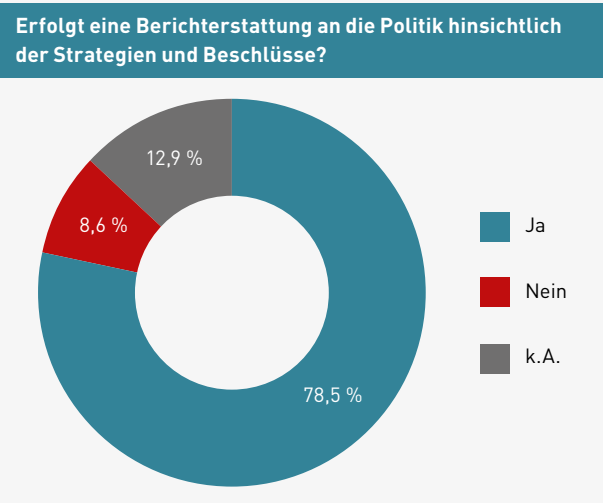
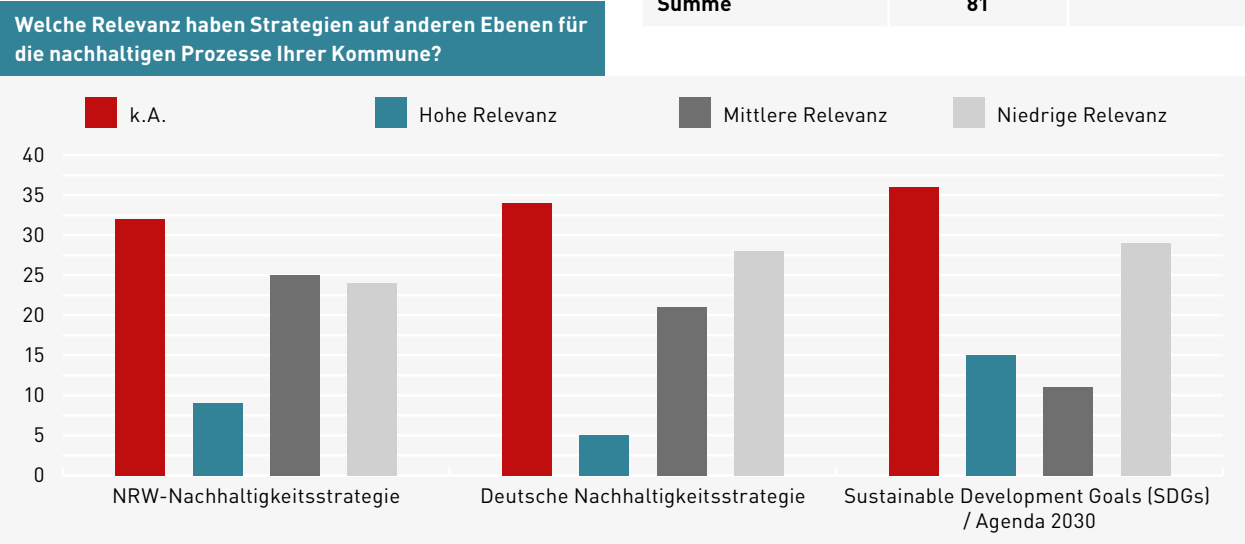


Tabelle 8: Zeitliche Abstände der Berichterstattung

	Nennungen	%-Anteil
Weniger als 12 Monate	16	19,8
Jährlich	26	32,1
12- 24 Monate	13	16,0
Mehr als 24 Monate	3	3,7
k.A.	23	28,4
Summe	81	

Abbildung 5: Relevanz von Strategien anderer Ebenen

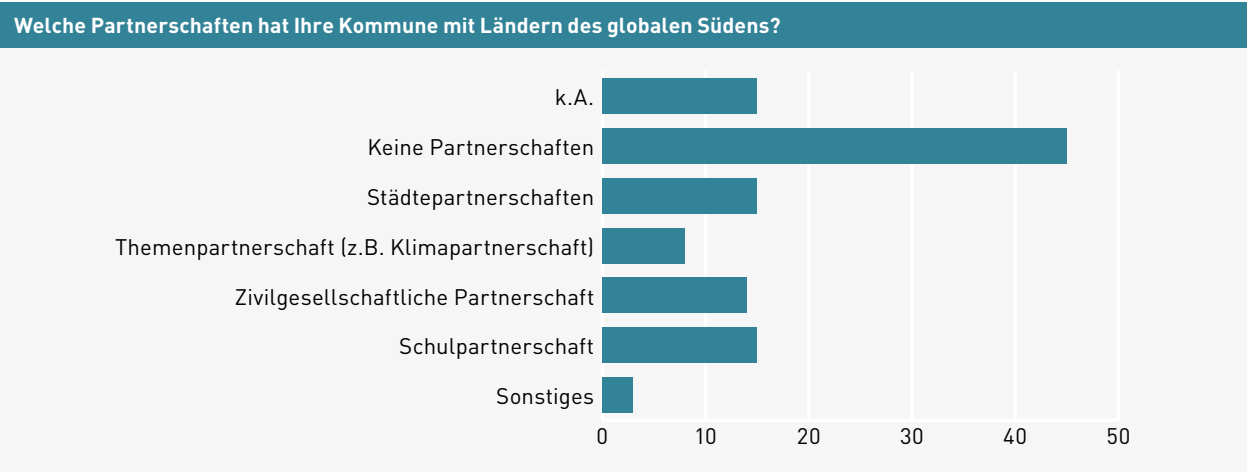


Partnerschaften mit Ländern des globalen Südens

94 Kommunen antworteten auf die Frage nach Partnerschaften mit Ländern des globalen Südens. Mit 45 (48 %) Nennungen haben die meisten Kommunen keine Partnerschaften. Bei den Kommunen, die eine

Partnerschaft mit Ländern des globalen Südens pflegen, sind Städtepartnerschaften (15 Nennungen, 16 %) Schulpartnerschaften (15 Nennungen, 16 %) sowie zivilgesellschaftliche Partnerschaften (14 Nennungen, 15 %) ähnlich stark verbreitet (vgl. Abbildung 6).

Abbildung 6: Partnerschaften mit Ländern des globalen Südens (Mehrfachnennungen waren möglich)

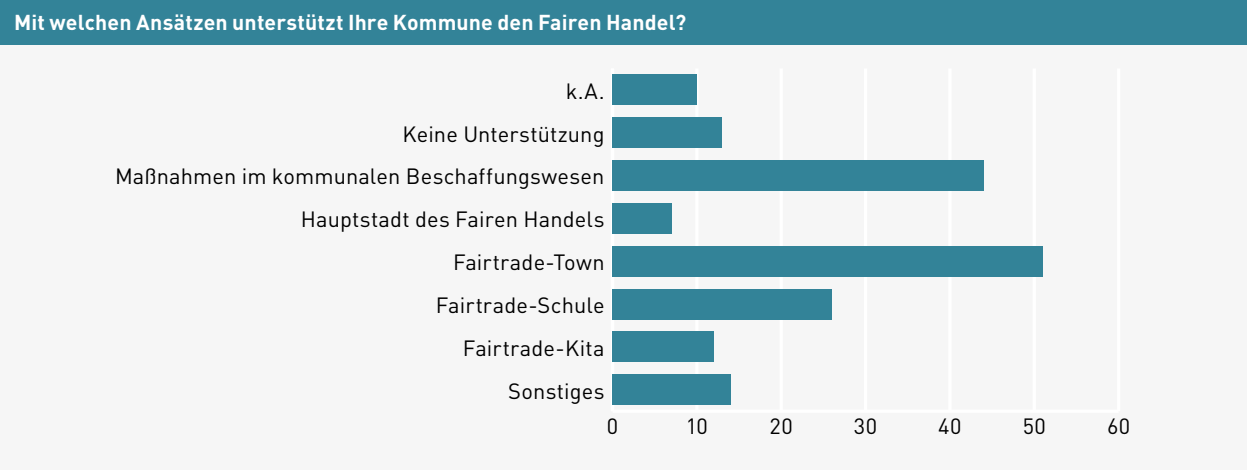


Fairer Handel

Auch der Faire Handel wird in den Kommunen mit unterschiedlichen Maßnahmen unterstützt. Am weitverbreitetsten sind mit 51 Nennungen die Aktivitäten im Rahmen der Fairtrade-Towns, gefolgt von

Maßnahmen im kommunalen Beschaffungswesen mit 44 Nennungen. 13 der 95 antwortenden Kommunen gaben an, es gebe keine Ansätze zur Unterstützung des Fairen Handels (vgl. Abbildung 7).

Abbildung 7: Ansätze zur Unterstützung des Fairen Handels (Mehrfachnennungen waren möglich)



Akteure und Prozesse

Verantwortliche Gremien

93 von 95 Kommunen antworteten auf die Frage zu etwaigen LA-21- bzw. Nachhaltigkeitsgremien. Über keine offiziellen Gremien verfügen 26, d.h. rund 28 % der befragten Kommunen.

Zählt man die 28 % der Kommunen ohne offizielle Gremientätigkeiten und die 7,5 % der Kommunen, die diesbezüglich keine Angabe machten zusammen, ergibt sich, dass mindestens⁵ 64,5 % der Kommunen über eine oder mehrere Gremientätigkeiten verfügen. Verglichen mit der Umfrage 2016 zeigt sich hier eine Steigerung der Gremientätigkeiten von 52,7 % im Jahr 2016 zu 64,5 % im Jahr 2018.

Die deutliche Abnahme von Kommunen mit Agenda-21-Beauftragten bzw. Nachhaltigkeitskoordinierenden in der Verwaltung um 12,5 %-Punkte (von 25,8 % auf 13,3 %), die bei der Umfrage 2016 im Vergleich zur Rio +20 Umfrage aufgezeigt wurde, setzt sich in den Ergebnissen aus dem Jahr 2018 nicht fort. Hier steigt der Anteil der antwortenden Kommunen mit Agenda-21-Beauftragten bzw. Nachhaltigkeitskoordinierenden 2018 wieder auf 22,6 %. Der Rückgang der Kommunen mit kontinuierlichen Arbeitskreise von 31,9 % in der Rio +20 Umfrage auf 25,2 % bei der Umfrage 2016 setzt sich hingegen auch 2018 auf 19,4 % fort.

Nachdem, verglichen mit der Rio +20 Studie, im Jahr 2016 leichte Zunahmen in den Kategorien „Agenda-21-/bzw. Nachhaltigkeitsbüro bei der Kommune/beim Kreis“ (+ 3,1 %-Punkte) und „Verankerung von Lokaler Agenda 21 bzw. Nachhaltiger Entwicklung in einem oder mehreren Ratsausschüssen“ (+ 1,7 %-Punkte) zu verzeichnen waren, gab es in diesen Kategorien in der Umfrage aus dem Jahr 2018 im Vergleich zu 2016 geringere Rückmeldung in Höhe von 4,5 %-Punkten bei den Nachhaltigkeitsbüros in der Kommune sowie von 4,2 %-Punkten bei den Veranke-

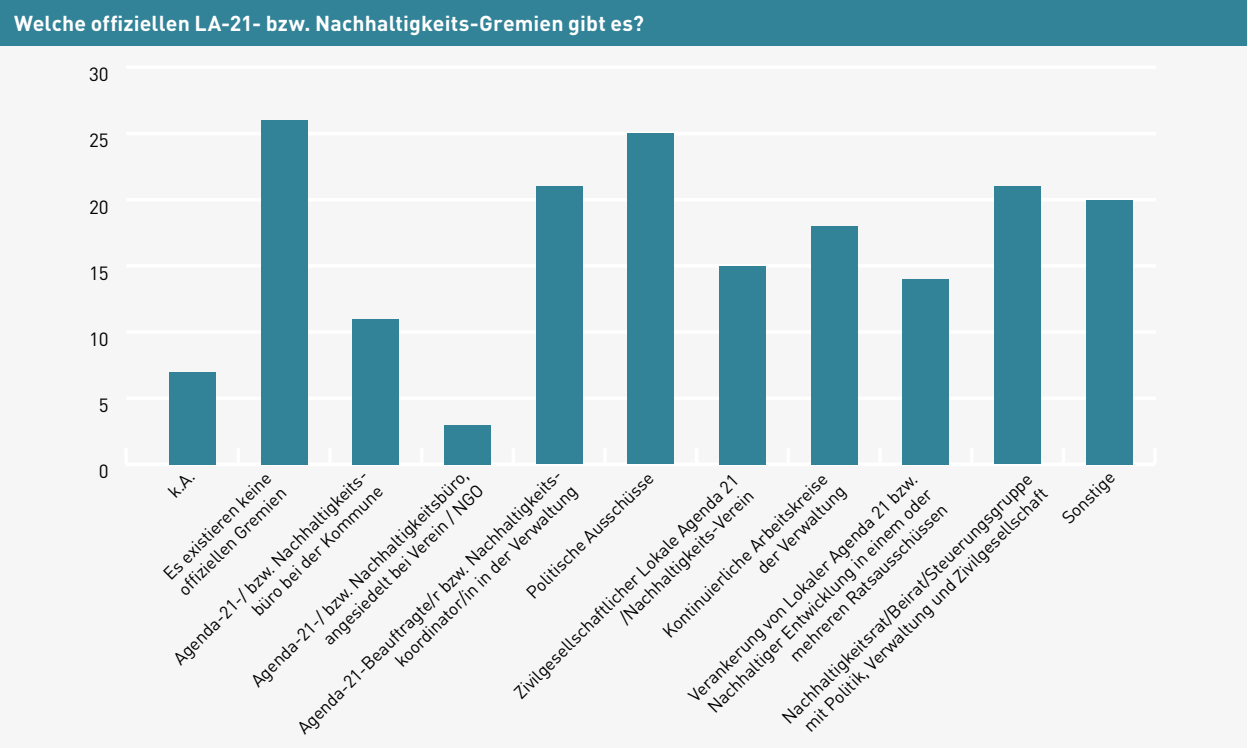
rung von Lokaler Agenda 21 bzw. Nachhaltiger Entwicklung in einem oder mehreren Ratsausschüssen. Hinsichtlich Letzterem sollte beachtet werden, dass 2018 ebenfalls politische Ausschüsse als Kategorie abgefragt wurden, die in 26,9 % der antwortenden Kommunen bestehen und damit bei der Umfrage 2018 das meist verbreitetste Gremium darstellen. Ebenfalls weit verbreitet mit jeweils 22,6 % sind Nachhaltigkeitsrat/Beirat/Steuerungsgruppe mit Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft sowie Agenda-21-Beauftragten bzw. Nachhaltigkeitskoordinierende in der Verwaltung. Grundsätzlich bestätigen die hier benannten Daten in ihrer Grundgesamtheit die Aussagen der Umfrage 2016 sowie der Rio+20 Studie: die Mehrheit der teilnehmenden Kommunen verfügt über Strukturen, die sich kontinuierlich mit Nachhaltiger Entwicklung befassen.

⁵ Die Kommunen die "keine Angabe" auswählten können ebenfalls über Gremientätigkeiten verfügen. Da das aber unklar ist, wurden diese Kommunen hier rausgerechnet.

Tabelle 9: Offizielle LA-21 bzw. Nachhaltigkeits-Gremien (Mehrfachnennungen waren möglich)

Welche offiziellen LA-21- bzw. Nachhaltigkeits-Gremien gibt es?		
	Nennungen	%-Anteil (an Kommunen)
Keine Angaben möglich	7	7,5
Es existieren keine offiziellen Gremien	26	28,0
Zwischensumme	33	35,5
Agenda-21-/ bzw. Nachhaltigkeitsbüro bei der Kommune	11	11,8
Agenda-21-/ bzw. Nachhaltigkeitsbüro, angesiedelt bei Verein / NGO	3	3,2
Agenda-21-Beauftragten bzw. Nachhaltigkeitskoordinierende in der Verwaltung	21	22,6
Politische Ausschüsse	25	26,9
Zivilgesellschaftlicher Lokale Agenda 21/ Nachhaltigkeits-Verein	15	16,1
Kontinuierliche Arbeitskreise der Verwaltung	18	19,4
Verankerung von Lokaler Agenda 21 bzw. Nachhaltiger Entwicklung in einem oder mehreren Ratsausschüssen	14	15,1
Nachhaltigkeitsrat/Beirat/Steuerungsgruppe mit Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft	21	22,6
Sonstige	20	21,5
Summe	181	
Antwortende Kommunen: 93		

Abbildung 8: Offizielle LA-21 bzw. Nachhaltigkeits-Gremien (Mehrfachnennungen waren möglich)

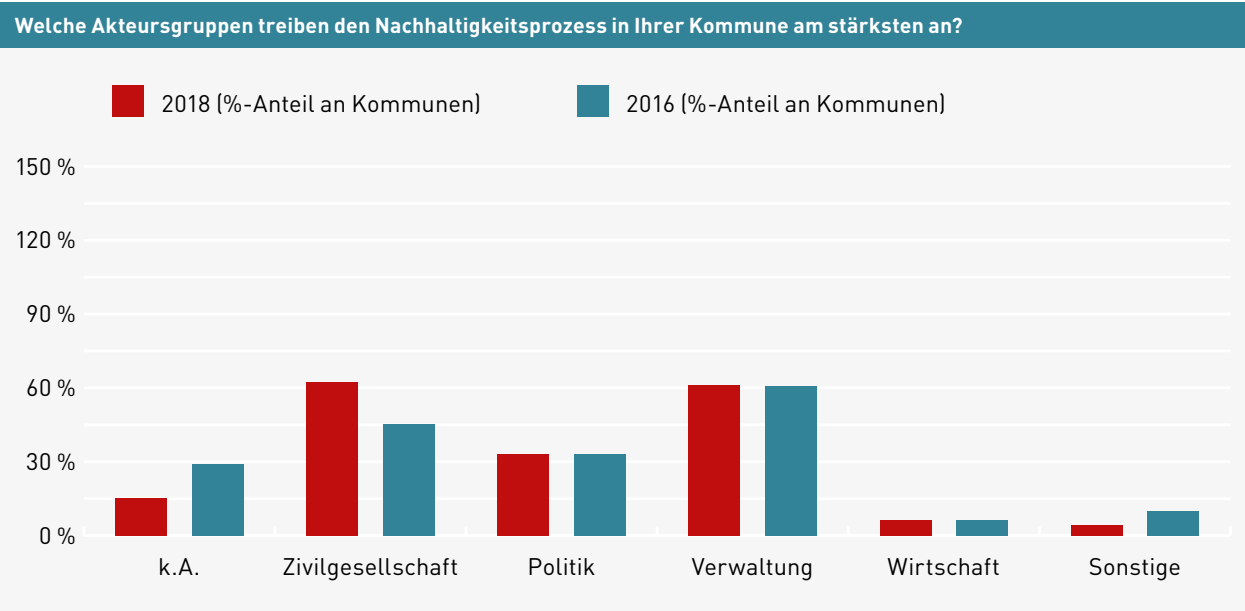


Akteursgruppen

Zu der Frage, welche Akteursgruppen den Nachhaltigkeitsprozess am stärksten antreiben, konnten 14, d.h. rund 15 % der Kommunen keine Angaben machen. Anders als im Vergleichsjahr 2016 (45,4 %) wurde 2018 die Zivilgesellschaft mit 62,4 % als treibende Kraft benannt, dicht gefolgt von der Ver-

waltung, die sowohl 2016 mit 60,8 % als auch 2018 mit 61,3 % eine ähnlich hohe Akteursrelevanz besitzt. Auch die Angaben zu den Akteursgruppen Politik mit rund 33 % sowie Wirtschaft mit unter 10 % bleiben auf einem sehr ähnlichen Level wie im Jahr 2016 (vgl. Abbildung 9).

Abbildung 9: Akteursgruppen der Nachhaltigkeitsprozesse (Mehrfachnennungen waren möglich)



Ressourcen und Unterstützung

Personalmittel

Rund 40 % der teilnehmenden Kommunen (38 von 94) stellen im Haushalt Personalstellen und Personal-mittel für den LA21- bzw. Nachhaltigkeitsprozess zur Verfügung. 51,1 % (48) haben hierfür keine Mit-tel in den Haushalt eingestellt, 8,5 % konnten keine Angaben machen. Diese Verteilung bewegt sich auf einem sehr ähnlichen Niveau wie bereits 2016 und bei der Rio +20 Studie. Von den Kommunen, die Per-sonalmittel eingestellt haben, verfügen 11 über bis zu einer halben Stelle, 13 über bis zu einer ganzen Stelle und 9 über mehr als eine Personalstelle.

Sachmittel

Ähnliche Ergebnisse ergeben sich auch hinsichtlich der Sachmittel. 42,5 % (40) der Kommunen stellen Sachmittel im Haushalt zur Verfügung, 41,5 % (39) tun dies nicht und 15,9 % (15) konnten keine An-gaben machen. Den Angaben der Befragten zu Folge verfügen 9 von ihnen über bis zu 3000 € Sachmittel, 7 über bis zu 10.000 € und 12 über mehr als 10.000 €. Grundsätzlich lässt sich wenig Veränderung hin-sichtlich der Bereitstellung von kommunalen Gel-dern für Nachhaltigkeitsprozesse in den letzten Jahren feststellen.

Vertikale Integration

38,3 % der Kommunen gaben an, von höheren Ebenen, wie dem Land NRW, dem Bund oder der EU, finanzielle Förderung für die jeweiligen Nachhaltigkeitsprozesse zu erfahren. Ebenfalls 38,3 % nahmen keine Förderung wahr, während 23,4 % hierzu keine Angaben machten (vgl. Abbildung 10).

Auf die Frage hinsichtlich der Beteiligung der Kommune an Projekten und Kampagnen höherer Ebenen, wie beispielsweise dem Deutschen Aktionstag Nachhaltigkeit, gaben 26,6 % der Kommunen an, dass eine Beteiligung stattfindet. Bei 59,6 % der Kommunen ist dies nicht der Fall und 13,8 % machten keine Angabe dazu.

Ergebnisse und Output

Bewertung der eigenen Nachhaltigkeitsaktivitäten

Bei der Bewertung des bisherigen Gesamterfolges der eigenen Nachhaltigkeitsaktivitäten zeigt sich, dass 51,7 % (47) der Kommunen ein positives Urteil fällen und angeben, viel oder einiges erreicht zu haben. Dem gegenüber stehen 37,4 % (34) Kommunen, die ein eher negatives Ergebnis konstatierten und angeben, wenig oder kaum etwas erreicht zu haben. 11 % (10) Kommunen trafen keine Einschätzung hierzu. Diese Ergebnisse ähneln den Werten der Befragung aus dem Vergleichsjahr 2016 sehr, wie die Abbildung 12 deutlich macht. Damit ist weder eine Verbesserungstendenz noch ein Verschlechterungstrend in der Bewertung des bisherigen Gesamterfolges zu erkennen.

Effekte der Nachhaltigkeitsaktivitäten

Zu acht Aufgabenbereichen der Nachhaltigkeit konnten die teilnehmenden Kommunen ihre Einschätzungen abgeben: ökologische Effekte, ökonomische Effekte, soziale Effekte, politische Effekte, verwaltungskulturelle Effekte, kulturelle Effekte, Geschlechtergerechtigkeit, Generationengerechtigkeit und Globale Gerechtigkeit. Die Befragten bewerteten dabei die Effekte, die durch die eigenen Nachhaltigkeitsaktivitäten erreicht worden sind.

Abbildung 10: Finanzielle Förderung durch höhere politisch-administrative Ebenen

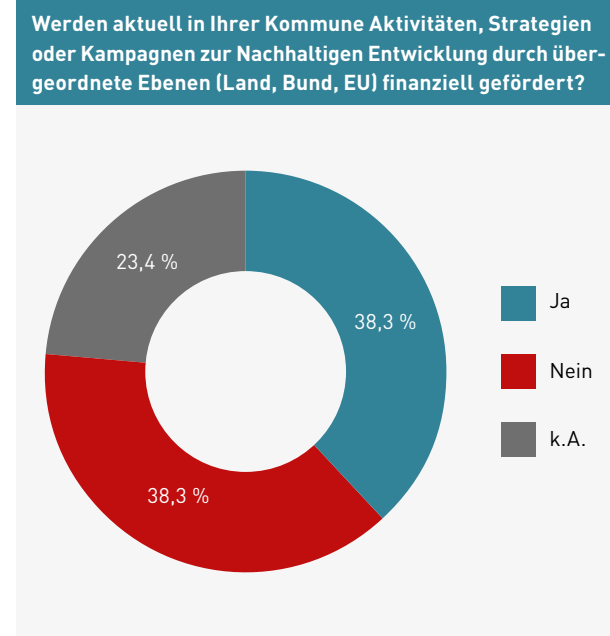


Abbildung 11: Beteiligung an Aktivitäten höherer politisch-administrativer Ebenen

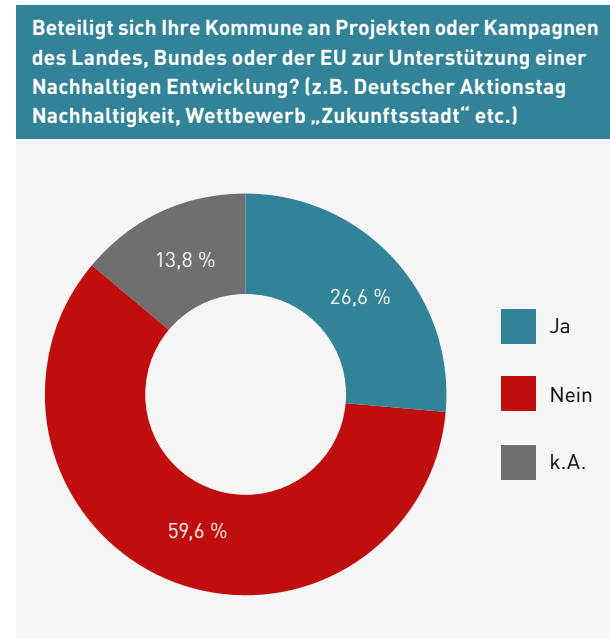
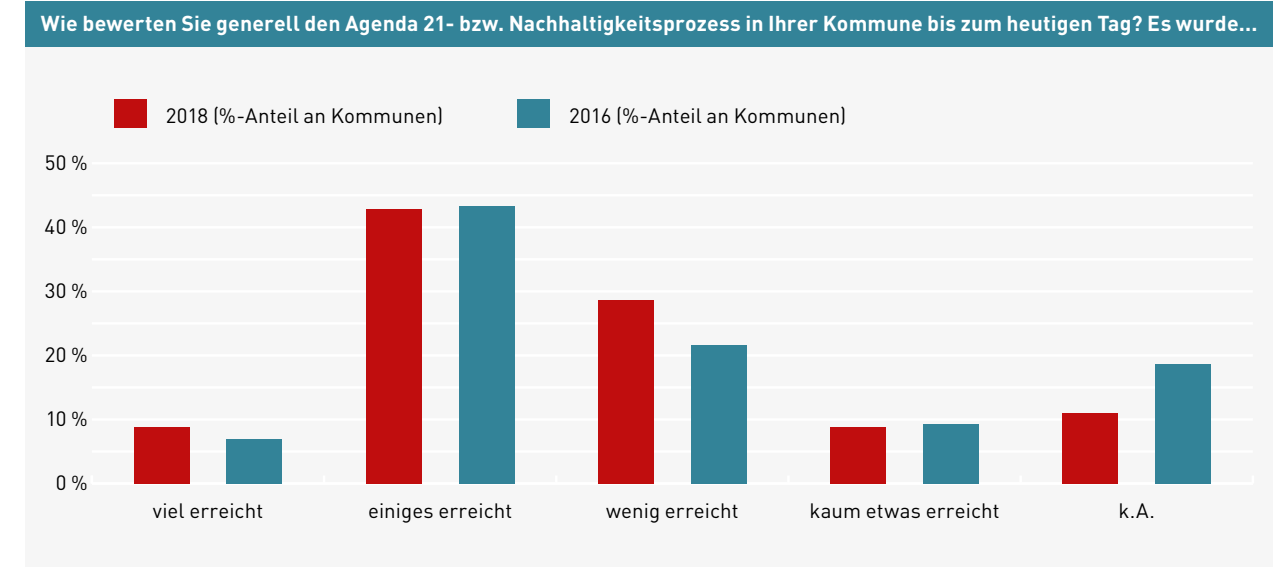


Abbildung 12: Generelle Bewertung des Nachhaltigkeitsprozesses



Am besten schnitten dabei die ökologischen Effekte ab, zu den 72,5 % eine positive Einschätzung abgaben (18,7 % viel erreicht, 53,8 % einiges erreicht), gefolgt von den sozialen Effekten mit 66,7 % (25,6 % viel erreicht und 41,1 % einiges erreicht). Die ökologischen und sozialen Effekte wurden auch in der Befragung aus dem Jahr 2016 am besten bewertet, allerdings mit niedrigeren Prozentzahlen (ökologische Effekte 60,8 % und soziale Effekte 41,4 % eher positiver Einschätzungen). Effekte in den Bereichen Generationengerechtigkeit und Globale Gerechtigkeit liegen mit rund 48 % eher positiven Antworten im Mittelfeld. Schlusslicht der Betrachtung sind in diesem Jahr die ökonomischen Effekte mit 31,1 % positiven Antworten (6,7 % viel erreicht und 24,4 % einiges erreicht) (vgl. Abbildung 13).

Keine Aussagen zu den Effekten konnten je nach Aufgabenbereich 13,2 % bis 22,5 % der Kommunen machen, das ist ein deutlich geringerer Anteil als in der Befragung 2016 (18,5 % bis 40 %). Diese trotzdem noch erhebliche Spanne zeigt, dass die Kommunen die Effekte in bestimmten Aufgabenbereichen besser bzw. schlechter einschätzen können als in anderen. Bereinigt man die Ergebnisse um diese Antwortgruppe und betrachtet nur die eher

positiv wie eher negativ getroffenen Einschätzungen, wird der Unterschied zwischen den einzelnen Bereichen noch etwas deutlicher (vgl. Abbildung 14). Im Vergleich zur Befragung 2016 zeigt sich, dass die Effekte Generationengerechtigkeit und Globale Gerechtigkeit deutlich besser bewertet werden, während 2016 die eher negativen Bewertungen überwiegen (Globale Gerechtigkeit: 58,1 % eher negativ und 40,4 % eher positiv, Generationengerechtigkeit: 56 % eher negativ und 40 % eher positiv), werden beide Effekte 2018 von der Mehrheit eher positiv bewertet (vgl. Abbildung 14). Auch die Effekte der Geschlechtergerechtigkeit schneiden positiver ab, nur die ökonomischen Effekte sinken in der Bewertung und bilden 2018 den einzigen Effekt, der eher negativ bewertet wird.

Abbildung 13: Effekte durch Nachhaltigkeitsaktivitäten



Abbildung 14: Positive und negative Einschätzungen der Effekte durch Nachhaltigkeitsaktivitäten (2016 und 2018)

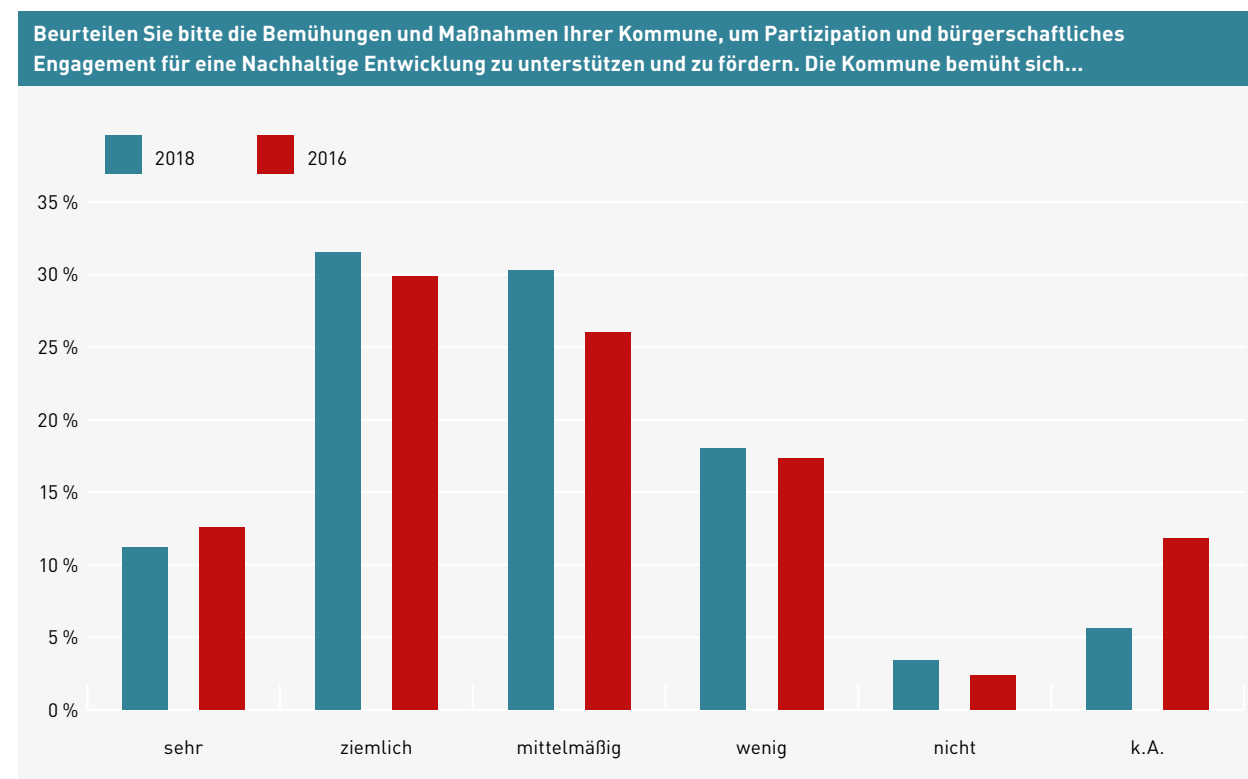


Förderung der Partizipation

Unterstützung von Partizipation und bürgerschaftlichem Engagement

Die Kommunen wurden gebeten, ihre Bemühungen und Maßnahmen zur Unterstützung von Partizipation und bürgerschaftlichem Engagement für eine Nachhaltige Entwicklung einzuschätzen. Nur 3,4 % der antwortenden Kommunen (89) gaben dabei an, Partizipation und bürgerschaftliches Engagement gar nicht zu unterstützen. 18 % der Kommunen (16) antworteten mit „wenig“ und 30,3 % mit „mittelmäßig“. 42,7 % der Kommunen (38) schätzten ihre Unterstützung positiv ein (31,5 % „ziemlich“, 11,2 % „sehr“) und 5,6 % trafen keine Einschätzung. Damit setzen die neusten Ergebnisse die Tendenz auf der Umfrage 2016 fort (vgl. Abbildung 15).

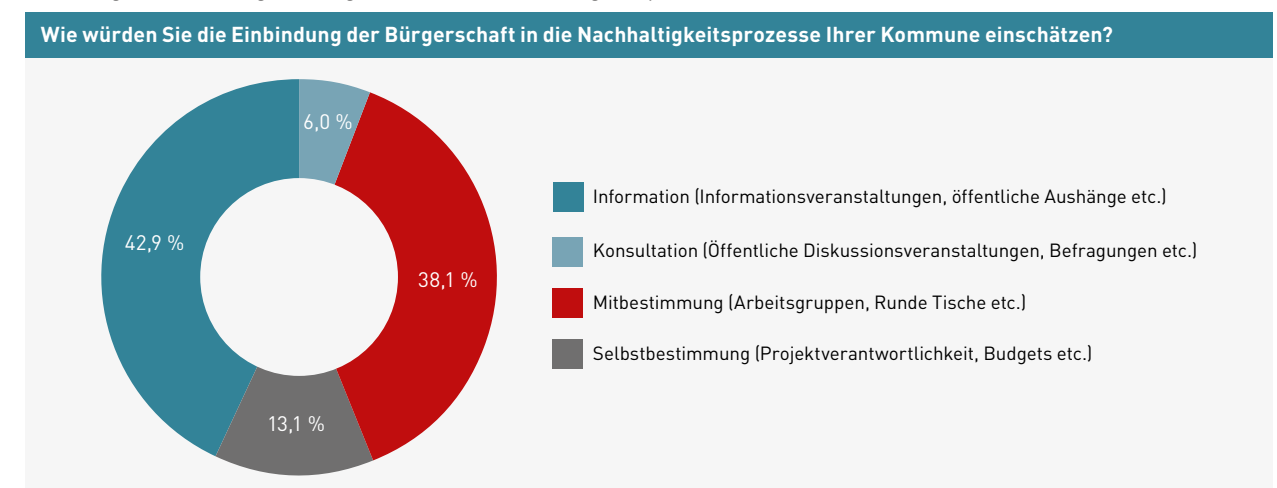
Abbildung 15: Unterstützung von Partizipation und bürgerschaftlichem Engagement durch die Kommune



Einschätzung zur Einbindung der Bürgerschaft in die Nachhaltigkeitsprozesse

Hinsichtlich der Einschätzung der Einbindung der Bürgerschaft in die Nachhaltigkeitsprozesse in ihrer Kommune ist der größte Anteil der Kommunen (36) der Meinung, dass sich die Einbindung auf der niedrigsten Stufe der Beteiligung der „Information“ (Informationsveranstaltungen, öffentliche Aushänge etc.) bewegt. 32 Kommunen ordnen die Einbindung der Bürgerschaft bereits in Form von Mitbestimmung (Arbeitsgruppen, runde Tische etc.) ein. In nur 5 Kommunen wird die Bürgerbeteiligung in Form von Selbstbestimmung (Projektverantwortlichkeit) eingeordnet.

Abbildung 16: Einbindung der Bürgerschaft in die Nachhaltigkeitsprozesse

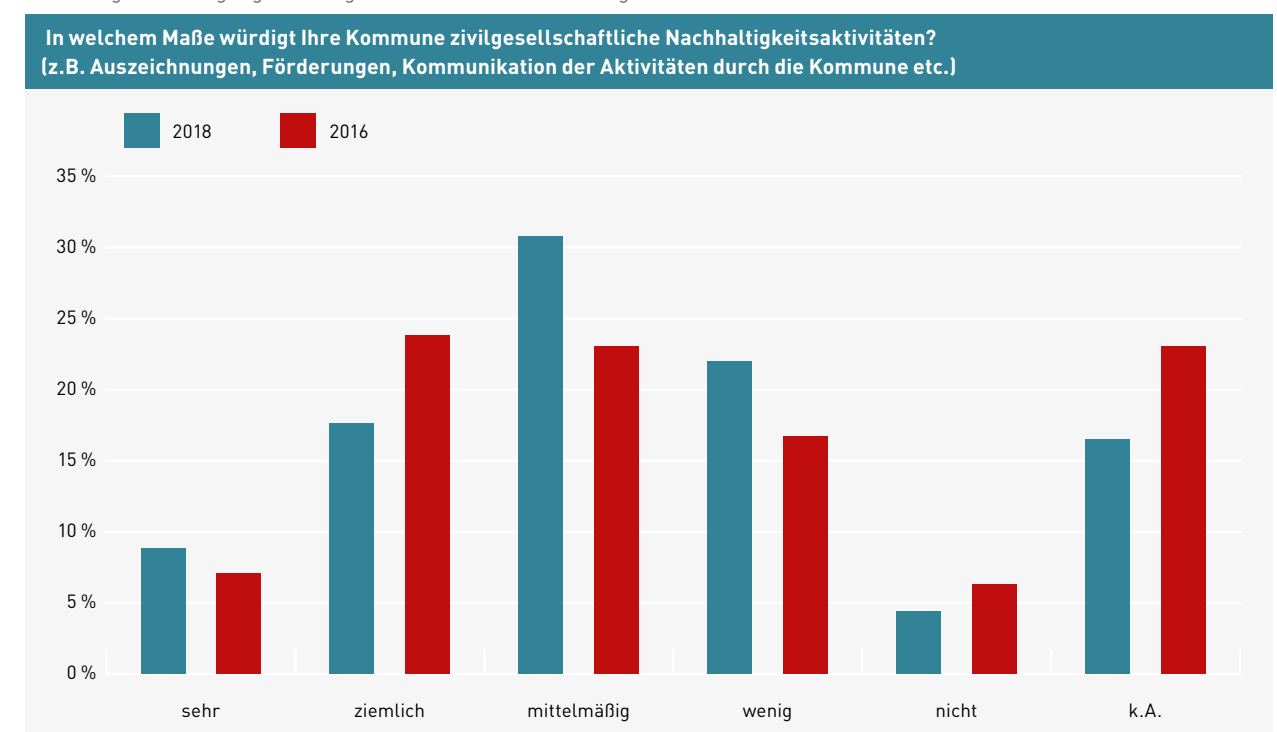


Würdigung von zivilgesellschaftlichen Nachhaltigkeitsaktivitäten

26,4 % der Kommunen gaben an, zivilgesellschaftliche Nachhaltigkeitsaktivitäten „sehr“ (8,8 %) oder „ziemlich“ (17,6 %) zu würdigen. 30,8 % sahen die

Würdigung eher als „mittelmäßig“ an, 22 % als „wenig“ und nur 4,4 % als „nicht“ gegeben. 16,5 % der Befragten konnte dazu keine Angabe machen. Diese Ergebnisse bestätigen grundsätzlich die Ergebnisse aus der Befragung 2016 (vgl. Abbildung 17).

Abbildung 17: Würdigung von zivilgesellschaftlichen Nachhaltigkeitsaktivitäten



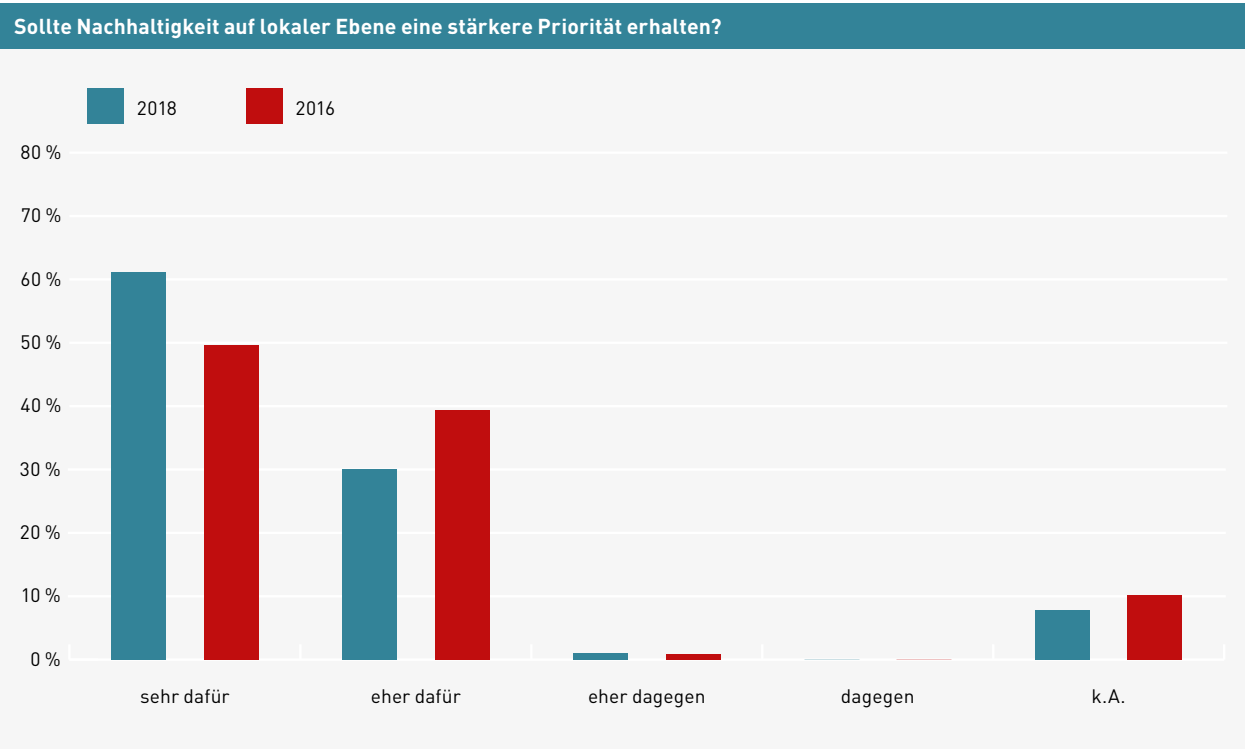
Ausblick

Priorisierung der künftigen Nachhaltigkeitsaktivitäten

61,1 % der befragten Kommunen sprechen sich „sehr dafür“ aus, dass Nachhaltigkeitsaktivitäten auf lokaler Ebene zukünftig eine höhere Priorität erhalten sollten. Weitere 30 % sind „eher dafür“,

dass Nachhaltigkeitsaktivitäten stärker priorisiert werden, während sich eine Kommune „eher dagegen“ ausspricht und keine Kommune „dagegen“ ist (vgl. Abbildung 18). Dieses Meinungsbild ähnelt den Ergebnissen der Befragung 2016, wobei im Vergleichsjahr 2016 zwar weniger „sehr dafür“ (49,6 %) waren aber mehr „eher dafür“ (39,4 %) (vgl. Tabelle 11).

Abbildung 18: Priorisierung der Nachhaltigkeitsaktivitäten



Trends der kommenden zehn Jahre

Die Kommunen wurden befragt, welche Themenbereiche der Nachhaltigkeit in den kommenden zehn Jahren aus ihrer Sicht an Bedeutung gewinnen werden. Hier wurden 23 Themenfelder vorgegeben und es bestand die Möglichkeit, weitere unter dem Punkt „Sonstiges“ zu nennen. Unter den genannten Themen wurde als gewichtigstes Themenfeld Mobilität (87,9 %) genannt, gefolgt von Klimaanpassung (81,3 %) und Klimaschutz (80,2 %) sowie Alterung der Ge-

sellschaft (69,2 %). Am geringsten fiel das Votum für Bevölkerungszunahme (8,8 %), Beschäftigungsentwicklung (14,3 %) und wirtschaftliche Entwicklung und Krisenbewältigung (17,6 %) aus. Im Vergleich zur Umfrage 2016 hat das Thema „Migration und Flüchtlingsthematik“ an Bedeutung verloren, ansonsten belegten bereits 2016 die Themen nachhaltige Mobilität, Klimaschutz und Klimaanpassung sowie Alterung der Gesellschaft die oberen Plätze.

Tabelle 10: Themen von wachsender Bedeutung (Mehrfachnennungen waren möglich)

Welche Themenbereiche der Nachhaltigkeit werden in den kommenden zehn Jahren an Gewicht gewinnen?		
Themenbereich	Nennungen	%-Anteil (an Kommunen)
Nachhaltige Mobilität	80	87,9
Klimaanpassung	74	81,3
Klimaschutz	73	80,2
Alterung der Gesellschaft	63	69,2
Digitalisierung	59	64,8
Migration und Flüchtlingsthematik	53	58,2
Biodiversität	46	50,5
Haushaltssituation der Kommunen	46	50,5
Flächenschutz	43	47,3
Wohnraum	41	45,1
Soziale Integration	38	41,8
Konsum und Lebensstile	35	38,5
Bildung für Nachhaltige Entwicklung	32	35,2
Armuts-/Reichtumsentwicklung	30	33,0
Bildung	28	30,8
„green economy“ – ökologisches Wirtschaften	27	29,7
Eine Welt	22	24,2
Bevölkerungsabnahme	20	22,0
Innere Sicherheit	19	20,9
Wirtschaftliche Entwicklung und Krisenbewältigung	16	17,6
Beschäftigungsentwicklung	13	14,3
Bevölkerungszunahme	8	8,8
Geschlechtergerechtigkeit	4	4,4
Sonstige	0	0,0
k.A.	1	1,1
Antwortende Kommunen: 91		

Gewünschte Veränderungen im Rahmen kommunaler Nachhaltigkeit

Zum Abschluss wurden die Kommunen nach ihrer Einschätzung zu künftigen Veränderungen für die Verbesserung von kommunalen Nachhaltigkeitsaktivitäten gefragt. Dazu wurden 10 Antwortkategorien sowie die Möglichkeiten „Sonstiges“ und „Keine Angabe“ angeboten. 64,8 % sprachen sich unter anderem für „Bewusstseinsbildung in Politik und Verwaltung“ aus, gefolgt von 50,5 % für eine „Höhere

organisatorische Verankerung (von Nachhaltigkeit) in der Verwaltung“. Jeweils 48,4 % der Kommunen nannten die Kategorien „Verstärkte finanzielle Förderung“ sowie „Vermehrter Fokus auf Umsetzung“.

Tabelle 11: Veränderung für Nachhaltigkeitsaktivitäten (Mehrfachnennungen waren möglich)

Was sollte vor dem Hintergrund Ihrer bisherigen Erfahrungen künftig in den kommunalen Nachhaltigkeitsaktivitäten anders gemacht werden?		
	Nennungen	%-Anteil (an Kommunen)
Bewusstseinsbildung in Politik und Verwaltung	59	64,8
Höhere organisatorische Verankerung in der Verwaltung	46	50,5
Verstärkte finanzielle Förderung	44	48,4
Vermehrter Fokus auf Umsetzung	44	48,4
Nachhaltigkeitsziele mit dem kommunalen Haushalt verknüpfen	42	46,2
Verstärkte Öffentlichkeitsarbeit zur Bewusstseinsbildung der Bevölkerung	41	45,1
Mehr gesetzliche Vorgaben/Pflichten	38	41,8
Stärkung fachübergreifender Zusammenarbeit	36	39,6
Verbesserte Beteiligung der Zivilgesellschaft	29	31,9
Verbindliche Nachhaltigkeitsstrategie die untergeordnete Strategien verbindet	26	28,6
Sonstiges	5	5,5
k.A.	8	8,8
Antwortende Kommunen: 91		

3.3 ZWISCHENFAZIT

Im Wesentlichen lässt sich mit der aktualisierten dritten Umfrage ein grundsätzlicher Trend im Hinblick auf die Ergebnisse der Nachhaltigkeitsberichte nrwkommunal 2018 und 2016 sowie der Rio+20 Studie NRW 2012 erkennen, da die Ergebnisse zum Großteil bestätigt wurden. Dies weist zum einen darauf hin, dass weder schwerwiegende positive noch negative Entwicklungen der kommunalen Nachhaltigkeitsprozesse in NRW zu verzeichnen sind. Zum anderen zeigen die bestätigten Ergebnisse zu Strukturen und Prozessen einer Nachhaltigen Entwicklung auf der lokalen Ebene, dass das Land NRW hier auf einen validen Datensatz zurückgreifen und entsprechende Veränderungsprozesse einleiten kann.

Es wird deutlich, dass es in NRW Kommunen gibt, die sich seit den erstmaligen Beschlüssen zur Lokalen Agenda 21 in den späten 90er und frühen 00er Jahren, intensiv mit einer zukunftsgerichteten Stadtentwicklung befassen und kontinuierliche Verbes-

serungsprozesse eingeleitet haben. Dabei konnte gezeigt werden, dass Mitgliedschaften sowie übergeordnete Initiativen wie die Musterresolution des Städtetags für zahlreiche Kommunen von Bedeutung sind und unterstützt werden.

Mit dem weiteren Anstieg an sektoralen und integrierten Strategien in verschiedensten Bereichen der Nachhaltigen Entwicklung zeigt sich eine zunehmend strategische Herangehensweise an kommunale Herausforderungen. Dabei scheint es jedoch weiterhin ein Defizit hinsichtlich der Evaluation dieser strategischen Ansätze zu geben. Diesbezüglich scheint Unklarheit zu herrschen, da viele Kommunen keine Angaben machten und nur die Hälfte der Kommunen, die Angaben machten, bestätigten, dass die Strategien überhaupt evaluiert werden. Nur 23,4 % der Kommunen nutzen dafür Indikatorenberichte. Eine indikatorenbasierte Evaluation ist allerdings essentiell, um Erfolg und Misserfolg von Zielen und Maßnahmen zu überprüfen. Hier sollte in Zukunft weiterhin ein Ansatzpunkt für Hilfestellungen bei den Kommunen sein.

Die kommunalen Aktivitäten im Bereich Eine-Welt, im Sinne von Partnerschaften und Aktivitäten für den Fairen Handel, sowie die Gremientätigkeit der Kommunen zur Förderung einer Nachhaltigen Entwicklung sind schon vielseitig vorhanden, haben aber ihr mögliches Potential noch lange nicht erreicht.

Bei den Daten zum Einsatz von Personal- und Finanzressourcen für die Begleitung und Umsetzung von Nachhaltigkeitsprozessen zeigt sich kaum eine Veränderung in den letzten Jahren. Insgesamt gesehen sind die eigens für die LA 21 oder Nachhaltigkeit eingesetzten Mittel bei Weitem zu gering, um die größer werdenden Herausforderungen nur annähernd bewältigen zu können. Sicherlich werden einige Aufgaben der Agenda 21 Beauftragten der letzten Jahre durch die befristete Neueinstellung von Klimaschutzmanagern aufgewogen. Allerdings sei darauf hingewiesen, dass es sich sowohl bei Klimaschutz und Klimaanpassung sowie einer Nachhaltigen Entwicklung per se um Langfristaufgaben handelt, die entsprechend ausgestattet sein sollten. Hinsichtlich der Finanzierung von Nachhaltigkeitsprozessen durch den kommunalen Haushalt, wäre es von Vorteil, die Zielsetzungen der bestehenden Strategien in die Haushaltssatzungen zu übertragen und somit einer Nachhaltigen Entwicklung auch ein „kassenwirksames Gewicht“ zu geben⁶. Dies ist allerdings noch in keiner Kommune der Fall.

Durch die Ergebnisse der COP 21 in Paris, der Beschlussfassung der Agenda 2030 mit ihren Sustainable Development Goals (SDGs), der Neuaufstellung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie und der erstmaligen Aufstellung der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie bestehen für die Kommunen auf mehreren Ebenen neue Referenzrahmen für die Umsetzung einer Nachhaltigen Entwicklung. Die Relevanz dieser Strategien wird aus kommunaler Perspektive sehr unterschiedlich bewertet, woraus sich schließen lässt, dass eine klare Vorgehensweise zum Umgang mit übergeordneten Strategien

zu Nachhaltiger Entwicklung fehlt. Rund 38 % der Kommunen bestätigten eine finanzielle Förderung durch übergeordnete Ebenen für die eigenen kommunalen Nachhaltigkeitsprozesse und nur rund 27 % gaben eine Beteiligung an Aktivitäten der höheren Ebenen an. Hier sollten die Potentiale und Angebote für die Kommunen im Hinblick auf die übergeordneten Strategien klarer und umfassender kommuniziert werden, um eine vertikale Integration der Strategien anzustreben. Dadurch, dass die SDGs bereits Eingang in die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie und die NRW-Nachhaltigkeitsstrategie gefunden haben, sind bereits wichtige vertikale Integrationsschritte geleistet worden. Bei künftigen Weiterentwicklungen der strategischen Ansätze auf kommunaler Ebene sollte ebenfalls großer Wert auf eine höhere Kohärenz mit den übergeordneten räumlichen Ebenen gelegt werden. Mit rund 91 % der Kommunen ist eine überwältigende Mehrheit für eine stärkere Priorisierung von Nachhaltigkeitsprozessen in ihrer Kommune. Das Ergebnis verdeutlicht das starke Bewusstsein und Interesse der Kommunen zur Umsetzung Nachhaltiger Entwicklung, welches im Vergleich zu den Vorjahren weiter angestiegen ist.

Über 50 % der Kommunen sehen sich bisher auf einem vorsichtig positiven Weg bei der Umsetzung einer Nachhaltigen Entwicklung, insbesondere bei ökologischen Effekten, aber auch bei sozialen Effekten ist die Mehrheit der Auffassung, dass sich eine gute Entwicklung ergeben hat. Auch bei den zentralen Herausforderungen der Geschlechter-, Generationen-, und globaler Gerechtigkeit vermelden die Kommunen ein positiveres Bild als im Vergleichsjahr 2016. Die Themen der Zukunft werden von den befragten Kommunen neben nachhaltiger Mobilität sowie Klimaschutz und -anpassung, hauptsächlich in sozialen Fragestellungen der Alterung der Gesellschaft sowie der Migration gesehen. Aber auch die Digitalisierung wird als wichtiges zukünftiges Thema wahrgenommen.

⁶ Ein solcher Ansatz wurde in dem Modellprojekt "Kommunaler Nachhaltigkeitshaushalt" erprobt. Weitere Informationen finden Sie hier: <https://www.lag21.de/projekte/details/netzwerk-nachhaltigkeit/>

QUANTITATIVE INDIKATOREN

Bei den Ergebnissen zu den favorisierten Veränderungen zur Verbesserung der Nachhaltigkeitsprozesse in der Kommune wurde von 64,8 % eine verbesserte Bewusstseinsbildung in der Verwaltung als wichtig benannt. Damit liegt dieser Veränderungsansatz sogar deutlich vor einer verstärkten finanziellen Förderung, die 48,4 % der antwortenden Kommunen als zentral erachteten. Diese kommunale Perspektive auf nötige Veränderungen zur Stärkung von kommunaler Nachhaltigkeit sollte hinsichtlich zukünftiger Maßnahmen und Programme Beachtung finden.

3.4 METHODISCHER AUSBLICK

Die Erfassung und Abbildung der Nachhaltigkeitsaktivitäten und -prozesse auf kommunaler Ebene dürfte auch zukünftig im Wesentlichen auf Abfragen bei den Kommunen beruhen. Einerseits liegen dort die für die Erhebung notwendigen Daten vor, andererseits sind die Erfahrungswerte und Einschätzungen der Kommunen elementare Informationen zur Beurteilung des Standes der Nachhaltigen Entwicklung auf kommunaler Ebene.

Von besonderer Bedeutung ist es daher prinzipiell eine möglichst hohe Beteiligung an künftigen Befragungen zu erreichen. Dabei ist auch darauf zu achten, dass sich unterschiedliche Gemeindetypen gleichmäßig beteiligen. Wie zuvor dargestellt wurde, sind insbesondere kleinere Kommunen deutlich unterrepräsentiert im Vergleich zu bspw. kreisfreien Städten und Kreisen. Weiterhin erscheint es sinnvoll, einen gewissen Stamm an Basis-Fragen zu erhalten, der eine Vergleichbarkeit der verschiedenen Befragungen gewährleistet, wobei es ergänzende Teile der Befragung geben kann, die bestimmte, zeitweise von größerem Interesse erscheinende Themenbereiche abdecken. Um die Vergleichbarkeit von Befragungen im Zeitverlauf zu ermöglichen, ist jedoch nicht nur der Inhalt der Befragung zu berücksichtigen. Wie bereits eingangs in diesem Kapitel dargestellt, erschweren unterschiedliche Beteiligungsgrade an den Befragungen

die Vergleichbarkeit, zumal es zu Veränderungen in der Struktur der antwortenden Kommunen kommen kann. Statistisch gesehen wäre die vorteilhafteste Lösung eine jeweilige Vollerhebung, um zumindest diese grundlegende Fehlerquelle für die Vergleichbarkeit der Ergebnisse auszuschließen.

4.1 HINTERGRUND UND ZIELSETZUNG DES QUANTITATIVEN INDIKATORENSETS

Nachdem im vorangegangenen Kapitel das Hauptaugenmerk auf die durch eine standardisierte Befragung ermittelten Daten zu Strukturen, institutionellen Rahmenbedingungen sowie Strategien und Aktivitäten in den jeweiligen Kommunen hinsichtlich einer Nachhaltigen Entwicklung gelegt wurde, wendet sich dieses Kapitel quantitativen Fragestellungen zu.

Bei der Auseinandersetzung mit Nachhaltigkeitsindikatoren auf unterschiedlichen räumlichen Ebenen, wird der Agenda 2030 innewohnende Zielkonflikt zwischen Unteilbarkeit und Priorisierung besonders deutlich: „Die Ziele und Zielvorgaben für nachhaltige Entwicklung sind integriert und unteilbar, global ausgerichtet und universell anwendbar, unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Realitäten, Kapazitäten und Entwicklungsstufen der einzelnen Länder und unter Beachtung der nationalen Politiken und Prioritäten.“ (Resolution 70/1 der Vereinten Nationen, Absatz 55). Auf der einen Seite sind die SDGs unteilbar, sie bedingen sich wechselseitig und können nur als Ganzes betrachtet gleichwertig umgesetzt werden. Auf der anderen Seite steht der Grundsatz der Priorisierung, nachdem jeder UN-Mitgliedsstaat seinen ökonomischen, sozialen, politischen und ökologischen Gegebenheiten entsprechend eigene Schwerpunkte bei der Umsetzung der Agenda 2030 setzt und dies in nationalen Strategien institutionalisiert: „Die Zielvorgaben sind Ausdruck globaler Bestrebungen, wobei jede Regierung ausgerichtet an der globalen Ambition, jedoch unter Berücksichtigung der nationalen Gegebenheiten ihre eigenen nationalen Zielvorgaben festlegt“ (Resolution 70/1 der Vereinten Nationen, Absatz 55).

Diese Priorisierung findet dabei natürlich nicht nur zwischen UN- und nationalstaatlicher Ebene statt. Auch bei der weiteren vertikalen Integration auf regionaler und kommunaler Ebene erfordern spe-

zifische regionale und lokale Gegebenheiten eine entsprechende Anpassung der SDGs. Damit einher gehen auch Anpassungen an den jeweiligen Indikatorensets zum Monitoring und zur Evaluation der Zielerreichung. Die 232 globalen Indikatoren zur Messung der SDGs bilden somit nicht zwangsläufig die Umstände in Deutschland, Nordrhein-Westfalen oder den nordrhein-westfälischen Kommunen ab. Auf allen Ebenen müssen somit neue, eigene und auf die spezifischen Gegebenheiten abgestimmte und präzise Indikatoren entwickelt werden, welche die jeweils spezifischen Zielstellungen messbar abbilden können. Der in diesem Bericht verfolgte Ansatz konterkariert dieses Vorgehen ein Stück weit, da es kein einheitliches Zielsystem für „die Kommunen“ gibt. Im Hinblick auf die vertikale Integration wurde vielmehr versucht, bestehende Ziele und Indikatoren auf übergeordneten Ebenen auf die kommunale Realität herunterzubrechen und somit ex ante Indikatoren für spezifisch auszugestaltende Ziele einer einzelnen Kommune vorzuschlagen.

Dazu wird ein Set von insgesamt 27 Nachhaltigkeitsindikatoren beschrieben sowie ihre Entwicklung in den letzten Jahren für unterschiedliche Klassen von Kommunen dargestellt. Es werden an dieser Stelle keine Bewertungen oder Interpretationen der vorgenommenen Berechnungen durchgeführt, diese müssen Gegenstand einer dezidierten (strategischen) Auseinandersetzung mit den Indikatoren vor Ort sein.

Die im Folgenden beschriebenen quantitativen Nachhaltigkeitsindikatoren sind als ein Angebot an die Städte und Gemeinden in NRW zu verstehen, sich bewusster mit statistisch messbaren Kenngrößen auseinanderzusetzen, welche Rückschlüsse auf den eigenen Stand hinsichtlich einer Nachhaltigen Entwicklung erlauben. Mithilfe der hier beschriebenen Indikatoren können die Städte und Gemeinden folgenden Fragestellungen nachgehen:

- Welche allgemeinen Entwicklungen in unterschiedlichen thematischen Bereichen einer Nachhaltigen Entwicklung können auf kommunaler Ebene in NRW insgesamt beobachtet werden?
- Welche Entwicklungen sind in Kommunen mit ähnlichen strukturellen Gegebenheiten in NRW zu beobachten?
- Wie stellt sich die Entwicklung der eigenen Kommune im Vergleich mit strukturell ähnlich geprägten Kommunen in NRW dar?

Da die den Indikatoren zugrundeliegenden Daten für alle 396 Städte und Gemeinden in NRW erhoben und ausgewertet wurden, kann auf Wunsch für einzelne Kommunen eine detailliertere Auswertung erfolgen, die u.a. folgende weiterführenden Fragen beantworten kann:

- Wie entwickelt sich die eigene Kommune im Vergleich zu den Nachbarkommunen/den Kommunen im Kreis/der Region/des Regierungsbezirks?
- Inwiefern korreliert die Entwicklung eines Indikators mit anderen statistisch messbaren Entwicklungen in der Kommune (z.B. Flächenverbrauch mit Bevölkerungsentwicklung/Beschäftigtenentwicklung)?

Die Auseinandersetzung mit diesen Fragen kann somit ein Katalysator sein, sich dezidierter mit Fragen des Monitorings, also der regelmäßigen und systematischen Erfassung von Kenngrößen in bestimmten Bereichen einer Nachhaltigen Entwicklung zu befassen und sich mit anderen Kommunen zu vergleichen. Sollten bereits sektorale oder integrierte Strategien, Konzepte, Pläne o.ä. mit Bezug zu einer Nachhaltigen Entwicklung in einer Kommune bestehen bzw. sollen solche entwickelt werden, bietet das vorliegende Indikatorenset weitergehende Möglichkeiten hinsichtlich der Formulierung von Nachhaltigkeitszielen bzw. ihrer kontinuierlichen Evaluation. Es können sich somit folgende Fragen anschließen:

- Wie soll sich die Kommune auf Grundlage der bisherigen Entwicklungen in bestimmten Bereichen Nachhaltiger Entwicklung in Zukunft weiterentwickeln, welche Zielsetzungen können bis zu bestimmten Jahreswerten erreicht werden?
- Gibt es hinsichtlich eines gesetzten Ziels Abweichungen im Zielkorridor, die ein Erreichen des Ziels gefährden oder begünstigen?

Bei der Evaluation und der Formulierung von Zielen müssen die Grenzen bei der Verwendung qualitativer Nachhaltigkeitsindikatoren aufgezeigt werden. Nachhaltigkeitsindikatoren sind per se reine Anzeiger, die versuchen, eigentlich nicht direkt messbare Aspekte des abstrakten Prinzips „Nachhaltige Entwicklung“ aufzuzeigen. Die Indikatoren sind somit kein Abbild der Realität, sondern ein Hilfsmittel zur annäherungsweisen Darstellung des abstrakten Themas Nachhaltigkeit mit seinen verschiedenen Facetten. In dieser Hinsicht sind die hier präsentierten Indikatoren auch nicht selbsterklärend. Sie zeigen nicht auf, warum sich eine bestimmte Entwicklung vollzogen hat bzw. warum ein bestimmter Status Quo ermittelt wurde. Sollen stichhaltige Aussagen zum Grad der Nachhaltigen Entwicklung einer Kommune getroffen werden, so müssen die Indikatoren vor dem Hintergrund kommunaler Spezifika interpretiert werden. Dies ist notwendig, da die jeweilige Ausprägung eines Indikators nicht pauschal bewertet werden kann. Dementsprechend ist eine ausschließliche Ableitung von kommunalen Nachhaltigkeitszielen auf Grundlage der hier vorgestellten Indikatoren nicht ausreichend, da die in den verschiedenen Dimensionen von Nachhaltigkeit zwangsläufig auftretenden Zielkonflikte einer gesamtgesellschaftlichen Aushandlung und Harmonisierung bedürfen. Vielmehr sollte die eingehende Interpretation der Indikatoren in einen umfassenden strategischen Prozess münden, in welchem Akteure aus Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft gemeinsam die Leitlinien und übergeordneten Ziele einer Nachhaltigen Entwicklung ihrer Kommune definieren und die Grundlagen für ein tragfähiges Managementmodell

mit kontinuierlicher Evaluation der eigenen Nachhaltigkeitsstrategie legen. Hierzu kann u.a. das von der LAG 21 NRW entwickelte Modell zur partizipativen Erarbeitung von integrierten und auch sektoralen Nachhaltigkeitsstrategien als Hilfestellung dienen, wie es beispielsweise in den Projekten „Global Nachhaltige Kommune NRW“ oder „Nachhaltiges kommunales Flächenmanagement“ eingesetzt wird.

Nach der Erläuterung des generellen Hintergrundes und der Möglichkeiten zur Anwendung des Indikatorensets, werden die nächsten Kapitel zunächst das methodische Vorgehen zur Definition der Nachhaltigkeitsindikatoren aufzeigen, um dann abschließend die 27 eigentlichen Indikatoren in Form von einheitlichen Stammblätern zu präsentieren.

4.2 METHODISCHES VORGEHEN

Datengrundlage

Da das Indikatorenset u.a. das Ziel verfolgt einheitliche, auf kommunaler Ebene darstellbare Indikatoren für alle 396 Städte und Gemeinden in NRW zu definieren, müssen vorab bestimmte Kriterien für die auszuwählenden Datengrundlagen definiert werden:

- Vergleichbarkeit (ausgewählte Daten liegen für alle 396 Städte und Gemeinden NRWs vor)
- Verfügbarkeit (ausgewählte Daten sind für alle 396 Städte und Gemeinden NRWs frei verfügbar)
- Relevanz (ausgewählte Daten haben einen Bezug zum Thema Nachhaltige Entwicklung)
- Aktualität (ausgewählte Daten sind aktuell und werden regelmäßig aktualisiert)

Diesen Kriterien wird das Angebot von IT.NRW mit seinen statistischen Publikationen sowie der Landesdatenbank NRW insgesamt gerecht, so dass sich mit wenigen Ausnahmen die Daten aller Indikatoren aus dieser Datenquelle speisen. Der einzige in diesem Indikatorenset ausgewählte Indikator mit einer anderen Datenquelle ist der Anteil der erneuerbaren Energien am Stromverbrauch. Wurden im letzten Bericht von 2016 noch eigene Berechnungs- und Zuordnungsverfahren angewendet, um einen annäherungsweisen Anteil der erneuerbaren Energien am Stromverbrauch auf Ebene der Städte und Gemeinden darzustellen, werden für diesen Bericht die Datengrundlagen des Energieatlas NRW vom Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen (LANUV) verwendet⁷.

Definition der Nachhaltigkeitsindikatoren

Wie eingangs erwähnt wurden für den Nachhaltigkeitsbericht nrwkommunal 2016 insgesamt 21 Indikatoren definiert, ihre jeweiligen Ausprägungen im zeitlichen Verlauf für alle 396 Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen berechnet und anschließend aggregiert in kommunalen Größenklassen dargestellt. Das grundsätzliche Vorgehen sah dabei eine induktive, aus der Empirie hergeleitete Herangehensweise zur Definition einheitlicher kommunale Nachhaltigkeitsindikatoren vor. Das genaue Vorgehen zur Definition des damals entwickelten Indikatorensets kann im Nachhaltigkeitsbericht nrwkommunal 2016 in Kapitel 4.2 „Methodisches Vorgehen“ nachvollzogen werden⁸. Diese methodische Herangehensweise bildet auch den Kern des im diesen Berichts vorgestellten aktualisierten Indikatorensets.

Auf Grundlage der 21 im Jahr 2016 entwickelten Indikatoren wurde für diese Iteration des Nachhaltigkeitsberichts nrwkommunal eine intensive Überarbeitung des Indikatorensets vorgenommen. Die Überarbeitungen haben sich hauptsächlich aus den

⁷ <http://www.energieatlas.nrw.de/site/strom>

⁸ Der Nachhaltigkeitsbericht nrwkommunal 2016 kann unter folgender URL als Executive Summary und als Langfassung heruntergeladen werden: <https://www.lag21.de/projekte/details/nachhaltigkeitsbericht-nrwkommunal-140/>

analytischen Prozessen des Projektes Global Nachhaltige Kommune (GNK NRW) in den 15 Modellkommunen ergeben. Hier wurden seitens der involvierten Akteure der kommunalen Verwaltungen vielfältige Hinweise und Anmerkungen zum Indikatorenset „nrwkommunal“ gegeben, die hier berücksichtigt wurden.

Die offensichtlichste Veränderung besteht in der Anzahl der Indikatoren. Die vormals 21 Indikatoren wurden auf 27 erweitert. Mit dieser Erweiterung wurde auch eine Kategorisierung der Indikatoren in unterschiedliche Themenbereiche einer Nachhaltigen Entwicklung eingeführt. Weiterhin wurden einige Indikatoren hinsichtlich ihrer Berechnungsschritte angepasst. Es gibt auch Fälle, bei denen Indikatoren aus dem 2016er Set komplett gestrichen wurden. Hauptgründe hierfür waren zumeist die mangelnde Verfügbarkeit und/oder Validität der zugrunde liegenden Daten auf Ebene der Städte und Gemeinden oder berechnete Kritik seitens der GNK NRW-Kommunen an der Relevanz der jeweiligen Indikatoren.

4.3 NACHHALTIGKEITSINDIKATOREN

Die in diesem Bericht vorgeschlagenen 27 kommunalen Nachhaltigkeitsindikatoren basieren auf öffentlich zugänglichen Daten und sind im Sinne einer vertikalen Integration so gewählt, dass sich verschiedene Bezüge zu den Indikatorensystemen der Agenda 2030, der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie sowie der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie herstellen lassen. Diese Bezüge sind in der nachfolgenden Tabelle grob aufgezeigt. Aufgrund eingeschränkter Datenverfügbarkeit sowie Plausibilitätsüberlegungen, wurde kein 1:1 Transfer der auf höheren Ebenen verwendeten Indikatoren in dieses kommunale Indikatorenset vorgenommen.

Jeder der 27 Indikatoren wird anhand eines Indikatorenstammblasses detailliert beschrieben. Diese Beschreibung geschieht anhand folgender Kriterien:

- Definition: Darstellung der dem Indikator zugrundeliegenden Daten sowie die Berechnung des Indikators
 - Bedeutung des Indikators für Nachhaltige Entwicklung: Darstellung welche Aspekte einer Nachhaltigen Entwicklung von dem Indikator annäherungsweise abgebildet werden
 - Datenvalidität: Darstellung der Genauigkeit (Messung und Aufbereitung) der zugrundeliegenden Daten sowie die Präzision des Indikators zur Messung der jeweiligen Facette einer Nachhaltigen Entwicklung. Die Validität der zugrundeliegenden Daten kann auch bei den hier verwendeten Datenquellen nachgeprüft werden (IT.NRW, LANUV NRW)
- Differenzierung: Darstellung welche weiteren Bezugsgrößen des Indikators mit der verwendeten Datengrundlage abgebildet werden können. Sämtliche Differenzierungen sind für alle Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen berechnet, wurden aus Platzgründen aber nicht alle in diesem Bericht einzeln dargestellt

Nach der Beschreibung des Indikators anhand dieser Merkmale werden die wesentlichen Ergebnisse der aktuellen Berechnungen präsentiert. Dies erfolgt durch die grafische Darstellung der Entwicklung des Indikators im Zeitverlauf in Form eines Diagramms für die unterschiedlichen kommunalen Größenklassen sowie für das Land NRW.

Tabelle 12: Übersicht Indikatoren und Bezüge zu übergeordneten Indikatorensets

Themenbereich	Nr.	nrwkommunal Indikator	Verwendung Agenda 2030	Verwendung Bund	Verwendung NRW
Kontextindikatoren Demografie	1.	Bevölkerungsentwicklung	Demografische Daten spielen auf allen Ebenen eine wichtige Rolle als Kontext- oder Hintergrundindikatoren. Die Globalen Nachhaltigkeitsziele enthalten keinen expliziten Zielwert für die demografische Entwicklung, berücksichtigen die Altersstruktur aber als Querschnittsindikator über die Desaggregation nach Alter und die explizite Erwähnung in Unterzielen, sodass ein differenziertes Bild der sozialen und wirtschaftlichen Situation verschiedener Altersgruppen entsteht. In der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie werden demografische Daten zur Berechnung verschiedener Indikatoren herangezogen. In der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie werden demografische Daten in den „Hintergrundindikatoren“ berücksichtigt.		
	2.	Bevölkerungsvorausberechnung			
	3.	Altenanteil			
	4.	Jugendanteil			
	5.	Abhängigenquotient			
Bildung und Betreuung	6.	Schulabgehende ohne allg. Schulabschluss	4.1.1: Kinder und Jugendliche mit einem Mindestleistungsniveau in: a) Lesen und b) Mathematik	4.1 a: „Frühe Schulabgehende (18- bis 24-Jährige)“	18- bis 24-Jährige ohne Abschluss des Sekundarbereichs II
	7.	Schulabgehende mit höherem Abschluss	x	4.1.b: „30- bis 34-Jährige mit tertiärem oder postsekundarem nicht tertiären Abschluss	x
	8.	Betreuungsquote der unter 3-Jährigen	4.2.2: Teilnahme von Vorschulkindern an frühkindlicher Bildung	4.2. a,b „Ganztagsbetreuung für Kinder“	„Kinder in Ganztagesbetreuung in NRW“
	9.	Betreuungsquote der 3- bis unter 6-Jährigen	4.2.2: Teilnahme von Vorschulkindern an frühkindlicher Bildung	4.2. a,b „Ganztagsbetreuung für Kinder“	„Kinder in Ganztagesbetreuung in NRW“

Themenbereich	Nr.	nrwkommunal Indikator	Verwendung Agenda 2030	Verwendung Bund	Verwendung NRW
Wahlen	10.	Wahlbeteiligung	x	x	x
Fläche	11.	Flächeninanspruchnahme	11.3.1: „Flächennutzungs- zur Bevölkerungswachstumsrate“	11.1 a: „Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche“	„Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche“
	12.	Siedlungs- und Verkehrsfläche je Einwohner	11.3.1: „Flächennutzungs- zur Bevölkerungswachstumsrate“	11.1 a: „Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche“	„Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche“
	13.	Kommunaler Wohnungsbau	11.1.1: „Urbane Bevölkerung, die in unangemessenen Unterkünften lebt“	11.3: „Überlastung durch Wohnkosten“	x
Klima und Energie	14.	Anteil des Stroms aus erneuerbaren Energiequellen am Stromverbrauch	7.1.2: „Bevölkerung mit überwiegender Abhängigkeit von sauberen Energieträgern und Technologien“ 7.2.1: „Anteil Erneuerbare Energien am Gesamtenergieverbrauch“	7.2 b: Anteil des Stroms aus erneuerbaren Energiequellen am Bruttostromverbrauch“	„Strom aus erneuerbaren Energiequellen“
Mobilität	15.	PKW-Dichte	11.2.1: Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln	11.2.a: Endenergieverbrauch im Güterverkehr 11.2.b: Endenergieverbrauch im Personenverkehr 11.2.c Erreichbarkeit von Mittel- und Oberzentren mit öffentlichen Verkehrsmitteln	x
	16.	Verkehrssicherheit	3.6.1: Anzahl Verkehrsunfälle mit Todesfolge“	x	x
	17.	Pendlerverflechtungen	x	x	x
Kommunale Finanzen	18.	Kommunale Schulden	x	8.2.a, b: Staatsdefizit und strukturelles Defizit 8.2.c: Öffentlicher Schuldenstand	„Schuldenstandsquote“
	19.	Kassen- bzw. Liquiditätskredite pro EW		8.2.c: Öffentlicher Schuldenstand	„Schuldenstandsquote“
	20.	Steuereinnahmekraft	17.1.2: Finanzierung des Haushaltsbudgets durch Steuereinnahmen	x	x
Gesellschaftliche Teilhabe / Armut	21.	Mindestsicherungsquote	1.2.1: Bevölkerung, die unter der nationalen Armutsgrenze lebt	1.1.a, b: Materielle Deprivation sowie erhebliche materielle Deprivation	„Armutsrisikoquote der Menschen mit Migrationshintergrund“
			1.2.2: Bevölkerung, die in Armut lebt nach nationaler Definition		„Armutsrisikoquote im Alter“
					„Armutsrisikoquote nach Geschlecht“

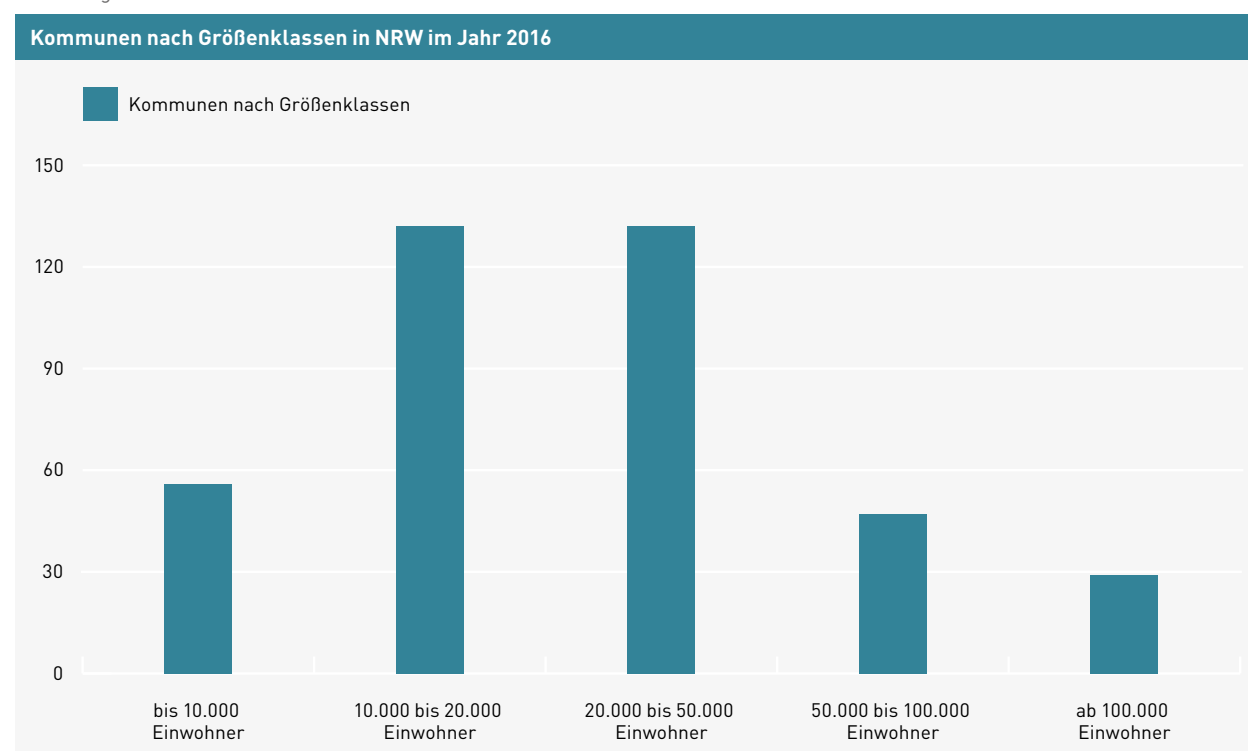
Themenbereich	Nr.	nwrkommunal Indikator	Verwendung Agenda 2030	Verwendung Bund	Verwendung NRW
Arbeit und Wirtschaft	22.	Beschäftigungsquote	8.5.2: Arbeitslosenquote 8.6.1: Jugendliche, die nicht in schulischer Ausbildung, in Beschäftigung oder in einer Berufsausbildung sind 9.2.2: Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe	8.5.a, b: Erwerbstätigenquote	Erwerbstätigenquote der Älteren Erwerbstätigenquote der Personen mit Migrationshintergrund Erwerbstätigenquote nach Geschlecht
	23.	Entwicklung Anzahl soz.vers.Beschäftigte	8.5.2: Arbeitslosenquote 8.6.1: Jugendliche, die nicht in schulischer Ausbildung, in Beschäftigung oder in einer Berufsausbildung sind 9.2.2: Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe	8.5.a, b: Erwerbstätigenquote	Erwerbstätigenquote der Älteren Erwerbstätigenquote der Personen mit Migrationshintergrund Erwerbstätigenquote nach Geschlecht
	24.	Arbeitslosenanteil	8.5.2: Arbeitslosenquote 8.6.1: Jugendliche, die nicht in schulischer Ausbildung, in Beschäftigung oder in einer Berufsausbildung sind	8.5.a, b: Erwerbstätigenquote	Erwerbstätigenquote der Älteren Erwerbstätigenquote der Personen mit Migrationshintergrund Erwerbstätigenquote nach Geschlecht
	25.	Arbeitsplatzdichte	x	x	x
	26.	Gewerbliche Neugründungen	x	x	x
Gesundheit	27.	Vorzeitige Sterblichkeit	3.1.1: Müttersterblichkeit 3.2.1: Kindersterblichkeit unter 5 Jahren 3.2.2: Neugeborenensterblichkeit 3.4.1: Sterblichkeit aufgrund von a) Herz-Kreislauf-Erkrankungen, b) Krebs, c) Diabetes oder d) chronischen Atemwegserkrankungen	3.1.a, b: Vorzeitige Sterblichkeit	„Vorzeitige Sterblichkeit“

4.4 KOMMUNALE VERGLEICHSGRUPPEN

Die Berechnung und Darstellung der 27 kommunalen Nachhaltigkeitsindikatoren erfolgt, anhand fünf kommunaler Vergleichsgruppen, die auf Grundlage der Bevölkerungszahl gebildet wurden. Eine weitere Feindifferenzierung der Kommunen aufgrund des dynamischen Faktors „Bevölkerungsentwicklung in

den Jahren 2011 bis 2016“ wurde für diese Iteration des Berichtes ebenfalls vorgenommen, doch wurde auf die tabellarische Darstellung in diesem Bericht zugunsten der besseren Lesbarkeit verzichtet. Diese weiteren Differenzierungsdaten stünden interessierten Kommunen im Rahmen eines dezidierten Beratungsprozesses aber zur Verfügung.

Abbildung 19: Kommunen nach Größenklassen



4.5 INDIKATORENSTAMMBLÄTTER

Kontextindikatoren Demografie

Die in diesem Bericht vorgestellten Nachhaltigkeitsindikatoren werden durch Kontextindikatoren aus dem Themenbereich Demografie ergänzt. Der Zweck dieser sechs Kontextindikatoren ist es, die eigentlichen Nachhaltigkeitsindikatoren in einen validen

Bezugsrahmen einzubetten. Sie sollen so Hintergrundinformationen zum besseren Verständnis und zur einfacheren Interpretation der eigentlichen Nachhaltigkeitsindikatoren beitragen. Die Berechnung vieler Nachhaltigkeitsindikatoren basiert weiterhin auf diesen demografischen Daten, um so eine nachvollziehbare Relation hinsichtlich der unterschiedlich strukturierten Kommunen in Nordrhein-Westfalen aufzuzeigen. So stellt beispielsweise der Indikator

12 (Siedlungs- und Verkehrsfläche (SuV) je Einwohner) die Entwicklung der SuV in Relation zur Einwohnerzahl dar. Für die detaillierte Interpretation dieses Indikators ist es dementsprechend notwendig, neben den eigentlichen Entwicklungen in den unterschiedlichen Flächenkategorien auch die zugrundeliegende Bevölkerungsentwicklung zu kennen, da eine Veränderung des Indikators im zeitlichen Verlauf sowohl von der Flächenentwicklung als auch von der Bevölkerungsentwicklung abhängt.

Die Kontextindikatoren Demografie werden im Gegensatz zu den eigentlichen Nachhaltigkeitsindikatoren nicht hinsichtlich ihrer Bedeutung für eine Nachhaltige Entwicklung beschrieben.

Bevölkerungsentwicklung

Definition

Der Indikator „Bevölkerungsentwicklung“ setzt sich grundlegend zusammen aus dem natürlichen Bevölkerungssaldo (Geburten- und Sterbefälle) und dem Wanderungssaldo (Saldo der Zu- und Fortzüge). Aus diesen Faktoren ergibt sich der jeweilige Bevölkerungsstand einer Kommune, deren zeitlicher Verlauf Auskunft über die Bevölkerungsentwicklung gibt.

Bevölkerungsstand im Jahr $n + 1 =$

Bevölkerungsstand im Jahr $n + (\text{Geburten} - \text{Sterbefälle}) + (\text{Zugezogene} - \text{Fortgezogene})$

Datenvalidität

Bei den Statistiken der Geburten- und Sterbefälle handelt es sich um eine laufende Vollerhebung mit Auskunftspflicht. Die beurkundeten Geburten- und Sterbefälle werden von den Standesämtern geliefert und ggf. durch das statistische Landesamt überprüft. Die Wanderungsstatistik ist ebenfalls eine Totalerhebung. Grundlage sind die Fälle von An- und Abmeldungen, die bei den Meldeämtern nach den melderechtlichen Regelungen anfallen. Auch diese Daten werden dem statistischen Landesamt übermittelt und dort überprüft. Die Qualität der Datensätze ist daher als gut einzuschätzen.

Aufgrund der unterschiedlichen methodischen Vorgehensweisen bei der Volkszählung von 1987 und dem Zensus 2011 lassen sich die fortgeschriebenen Bevölkerungsstände dieser Datengrundlagen nicht miteinander vergleichen. In dem vorliegenden Bericht werden daher ausschließlich die Bevölke-

rungszahlen auf Basis des Zensus 2011 herangezogen. Unter Berücksichtigung der aktuellsten Daten mit Stichtag 31.12.2016 ergibt sich ein Betrachtungszeitraum von 2011 bis 2016. Bei der Interpretation gilt es zu berücksichtigen, dass die Daten für 2016 aufgrund von methodischen Änderungen nur bedingt mit den Vorjahreswerten vergleichbar sind. Für sechs Kommunen liegen für das Jahr 2016 keine Werte vor. In diesen Fällen wurden die entsprechenden Daten aus dem Jahr 2015 verwendet.

Differenzierung

Eine Differenzierung dieses Indikators ist auf der Datengrundlage weiterhin nach Geschlecht, Nationalität (deutsch/nicht deutsch) und Altersgruppen/Altersjahren möglich.

Abbildung 20: Bevölkerungsentwicklung

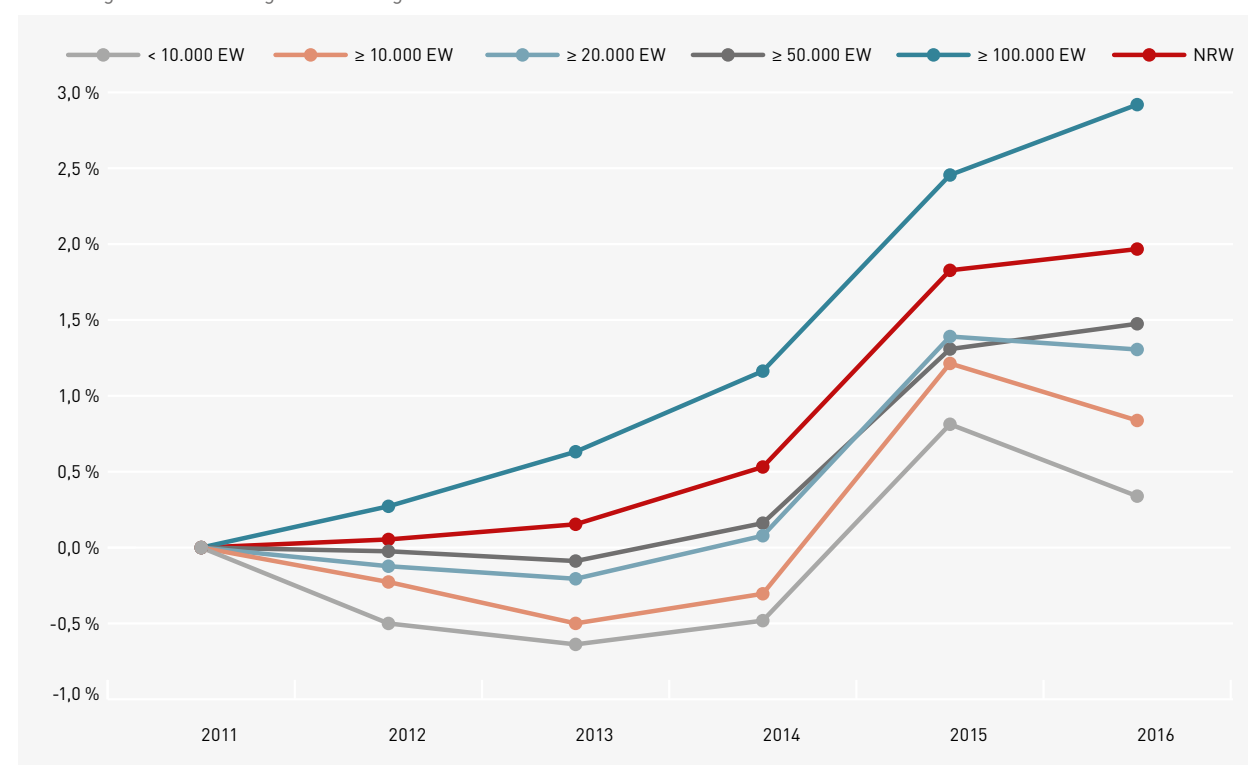
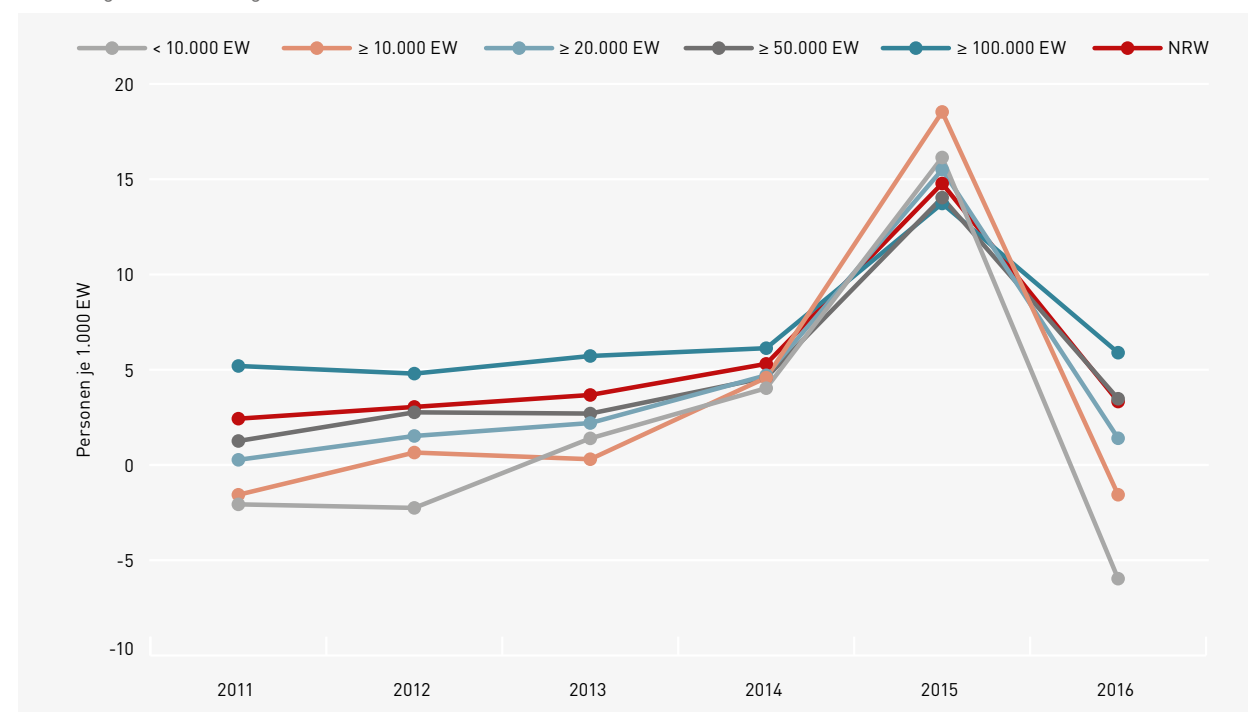


Abbildung 21: Wanderungssaldo



Bevölkerungsvorausberechnung

Definition

Bevölkerungsvorausberechnungen zeigen die zukünftige Entwicklung der Bevölkerungszahl unter Berücksichtigung der natürlichen Bevölkerungsbewegungen (Geburten- und Sterbefälle) und Annahmen über die zukünftige Entwicklung von Zuzügen und Fortzügen. Die verwendeten Daten sind direkt von IT.NRW abrufbar. Eigene Berechnungen sind nicht notwendig.

Datenvalidität

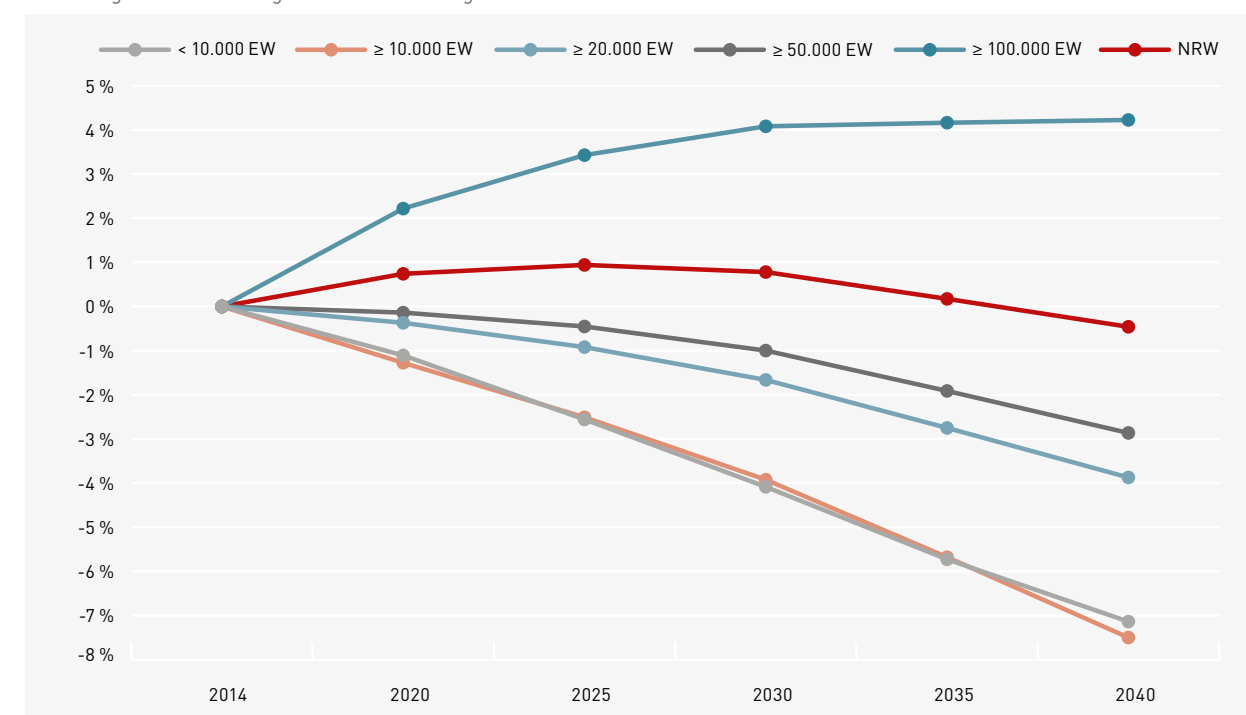
Bevölkerungsvorausberechnungen zeigen die zukünftige Entwicklung der Bevölkerungszahl unter der Bedingung, dass die zuvor getroffenen Annah-

men auch eintreten. Während die natürlichen Bevölkerungsbewegungen (Geburten- und Sterbefälle) relativ gut vorausberechnet werden können, sind die Annahmen zur zukünftigen Entwicklung von Zu- und Fortzügen mit erheblichen Unsicherheiten verbunden. Bevölkerungsvorausberechnungen sind demnach grundsätzlich als „Wenn-dann-Aussagen“ zu verstehen und entsprechend zu interpretieren. Sie liefern jedoch wichtige Informationen über die zu erwartenden grundlegenden Entwicklungstendenzen.

Differenzierung

Eine Differenzierung dieses Indikators ist nach Geschlecht und Altersgruppen/Altersjahren möglich.

Abbildung 22: Bevölkerungsvorausberechnung



Altenanteil

Definition

Der Indikator „Altenanteil“ gibt Auskunft über den Anteil der Bevölkerung im nicht erwerbsfähigen Alter (65 Jahre und älter) an der Gesamtbevölkerung.

$$\text{Altenanteil (\%)} = \frac{\text{Bevölkerung ab 65 Jahre}}{\text{Gesamtbevölkerung}} * 100$$

Datenvalidität

Grundlage der Daten ist der Zensus 2011, dessen Ergebnisse die Basis für die aktuellen Fortschreibungen sind. Die Fortschreibung der Daten auf Grundlage der Volkszählung von 1987 endet hingegen mit dem Jahr 2013 und wird nicht weiter fortgeführt. Da beide Datengrundlagen aus statistischer Sicht nicht sinnvoll miteinander verbunden werden können („Zensusknick“) wird bei der Berechnung allein auf die Daten des Zensus 2011 zurückgegriffen. Es kann von einer insgesamt guten Datenvalidität ausgegangen werden.

Differenzierung

Die Definition des Altenanteils ist nicht starr. Es ist zu diskutieren, inwiefern das hier gewählte Austrittsalter aus der Erwerbsfähigkeit (65 Jahre) zutreffend ist. Vor dem Hintergrund der noch immer steigenden Lebenserwartung, des veränderten Renteneintrittsalters (67) und möglicher Erwerbstätigkeit im Alter erscheint auch die Definition einer höheren Schwelle plausibel. Allerdings sind auch Frühverrentungen und Übergangsphasen in die Altersversorgung zu berücksichtigen. Insofern wäre eine denkbare Alternativgrenze das tatsächliche statistische Renteneintrittsalter.

Eine Differenzierung ist zudem nach Geschlecht und Nationalität (deutsch/nicht deutsch) möglich.

Abbildung 23: Altenanteil

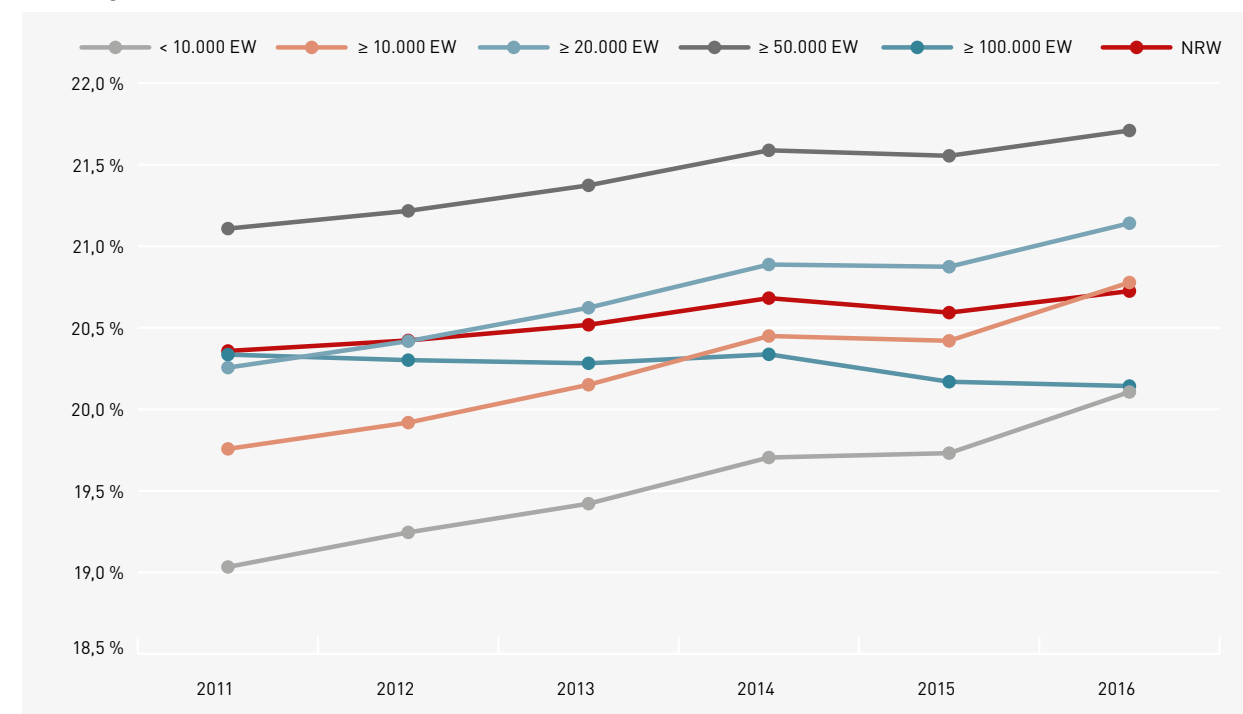
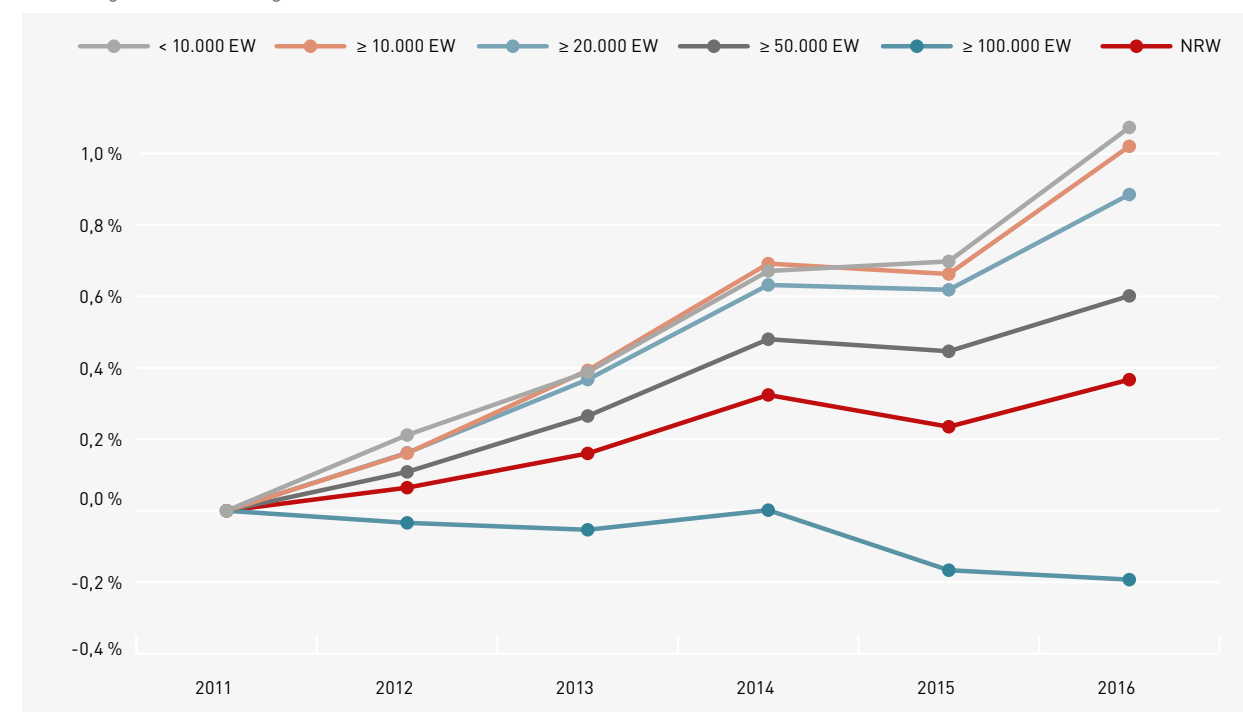


Abbildung 24: Veränderung Altenanteil



Jugendanteil

Definition

Der Indikator „Jugendanteil“ gibt Auskunft über den Anteil der Bevölkerung im altersmäßig noch nicht erwerbsfähigen Alter (unter 15 Jahren) an der Gesamtbevölkerung.

$$\text{Jugendanteil (\%)} = \frac{\text{Bevölkerung 0 – 14 Jahre}}{\text{Gesamtbevölkerung}} \cdot 100$$

Datenvalidität

Grundlage der Daten ist der Zensus 2011, dessen Ergebnisse die Basis für die aktuellen Fortschreibungen sind. Die Fortschreibung der Daten auf Grundlage der Volkszählung von 1987 endet hingegen mit dem Jahr 2013 und wird nicht weiter fortgeführt. Da beide Datengrundlagen aus statistischer Sicht nicht sinnvoll miteinander verbunden werden können („Zensusknick“) wird bei der Berechnung allein auf die Daten des Zensus 2011 zurückgegriffen. Es kann von einer insgesamt guten Datenvalidität ausgegangen werden.

Differenzierung

Die Definition des Jugendanteils ist nicht starr. Es ist zu diskutieren, inwiefern das rein rechtlich mögliche Alter zum Eintritt in die Erwerbstätigkeit maßgebend ist. Vor dem Hintergrund der durchaus üblichen längeren Ausbildungsbiografien erscheint auch die Definition einer breiteren Spanne, z.B. unter 20 Jahren plausibel. Als Alternative bietet sich hier deshalb das tatsächliche statistisch ermittelte Eintrittsalter in die Erwerbstätigkeit an.

Eine Differenzierung ist zudem nach Geschlecht und Nationalität (deutsch/nicht deutsch) möglich.

Abbildung 25: Jugendanteil

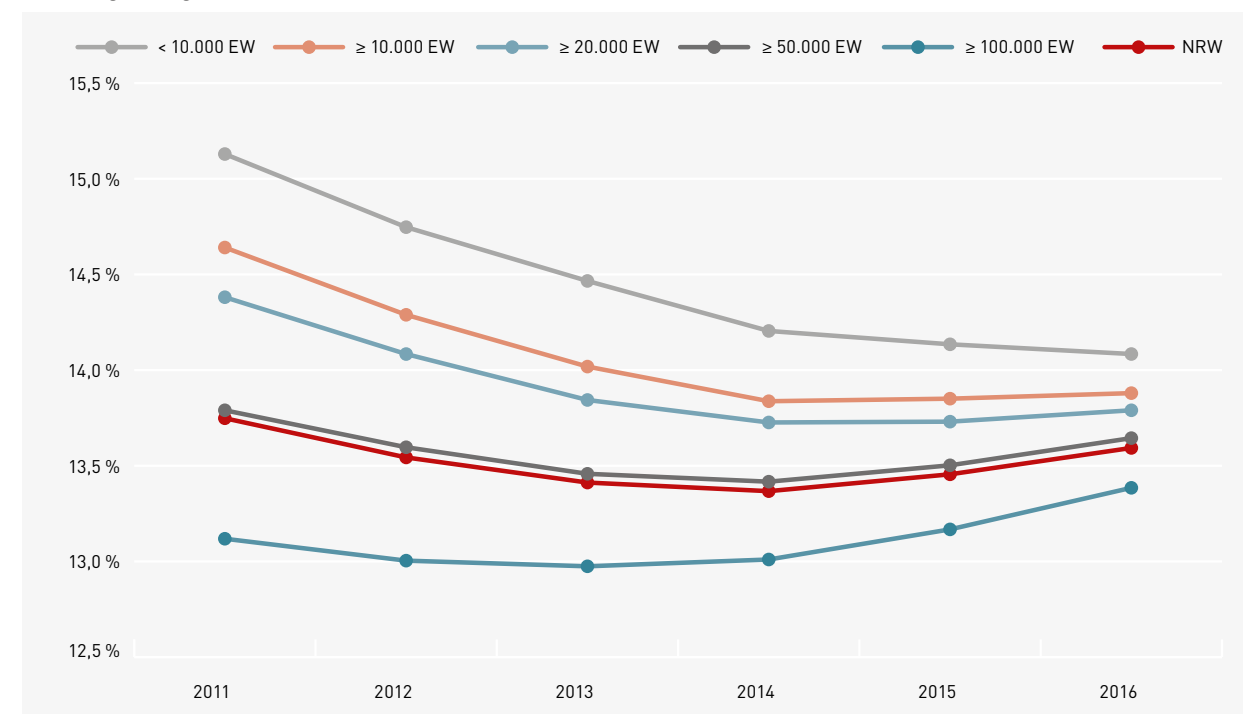
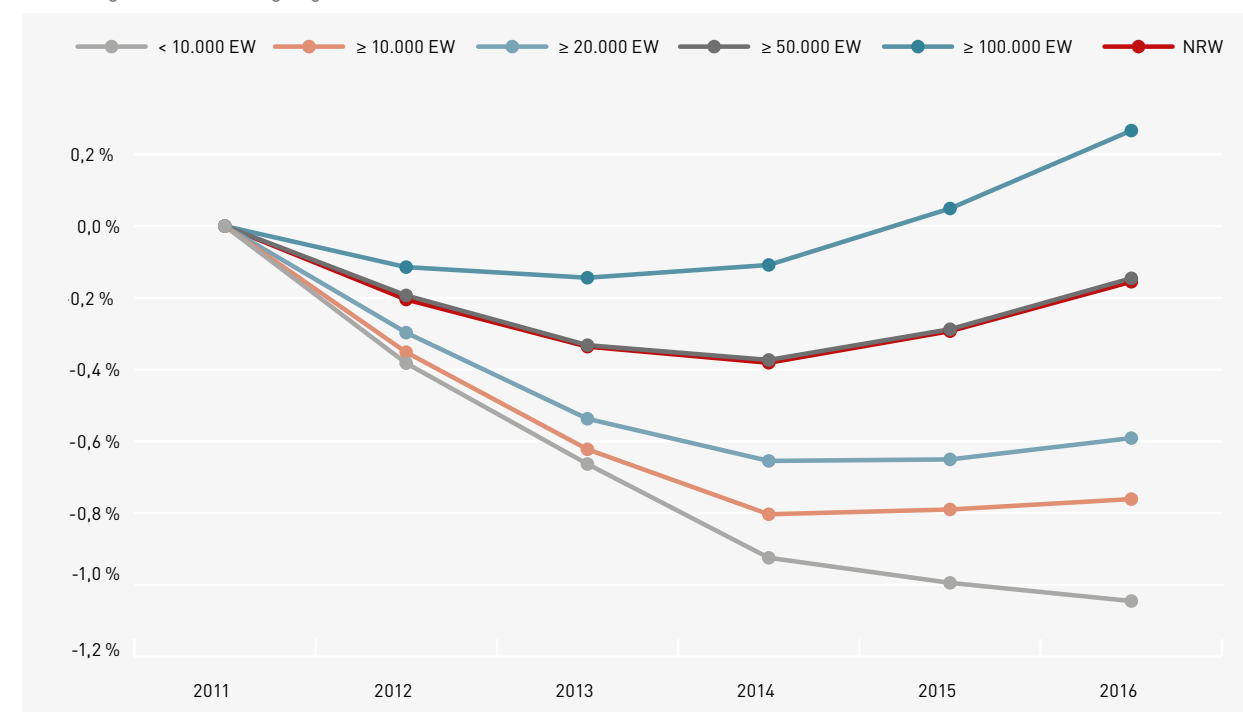


Abbildung 26: Veränderung Jugendanteil



Abhängigenquotient

Definition

Der Indikator „Abhängigenquotient“ gibt Auskunft über das quantitative Verhältnis von Bevölkerung im erwerbsfähigen und nicht erwerbsfähigen Alter.

$$\text{Abhängigenquotient (abhängige Personen je 100 Person im erwerbsfähigen Alter)} = \frac{\text{Bevölkerung ab 65 Jahre} + \text{Bevölkerung 0 – 14 Jahre}}{\text{Bevölkerung 15 – 64 Jahre}}$$

Datenvalidität

Grundlage der Daten ist der Zensus 2011, dessen Ergebnisse die Basis für die aktuellen Fortschreibungen sind. Die Fortschreibung der Daten auf Grundlage der Volkszählung von 1987 endet hingegen mit dem Jahr 2013 und wird nicht weiter fortgeführt. Da beide Datengrundlagen aus statistischer Sicht nicht sinnvoll miteinander verbunden werden können („Zensusknick“) wird bei der Berechnung allein auf die Daten des Zensus 2011 abgestellt. Es kann von einer insgesamt guten Datenvalidität ausgegangen werden.

Differenzierung

Die Definition des Abhängigenquotienten ist nicht starr. Vielmehr hängt diese von der Definition der jeweiligen Altersgrenzen ab. Dabei steht die Frage im Vordergrund, wie diese Altersgrenzen (Übergang in und aus dem Erwerbsleben) möglichst realitätsgetreu bestimmt werden können. Der Abhängigenquotient könnte auch um die Personenkreise erweitert werden, die zwar im erwerbsfähigen Alter sind, jedoch keiner Erwerbsarbeit nachgehen. Damit würde vor allem die ökonomische Dimension des Indikators in den Vordergrund gestellt.

Eine Differenzierung ist zudem nach Geschlecht und Nationalität (deutsch/nicht deutsch) möglich.

Abbildung 27: Abhängigenquotient

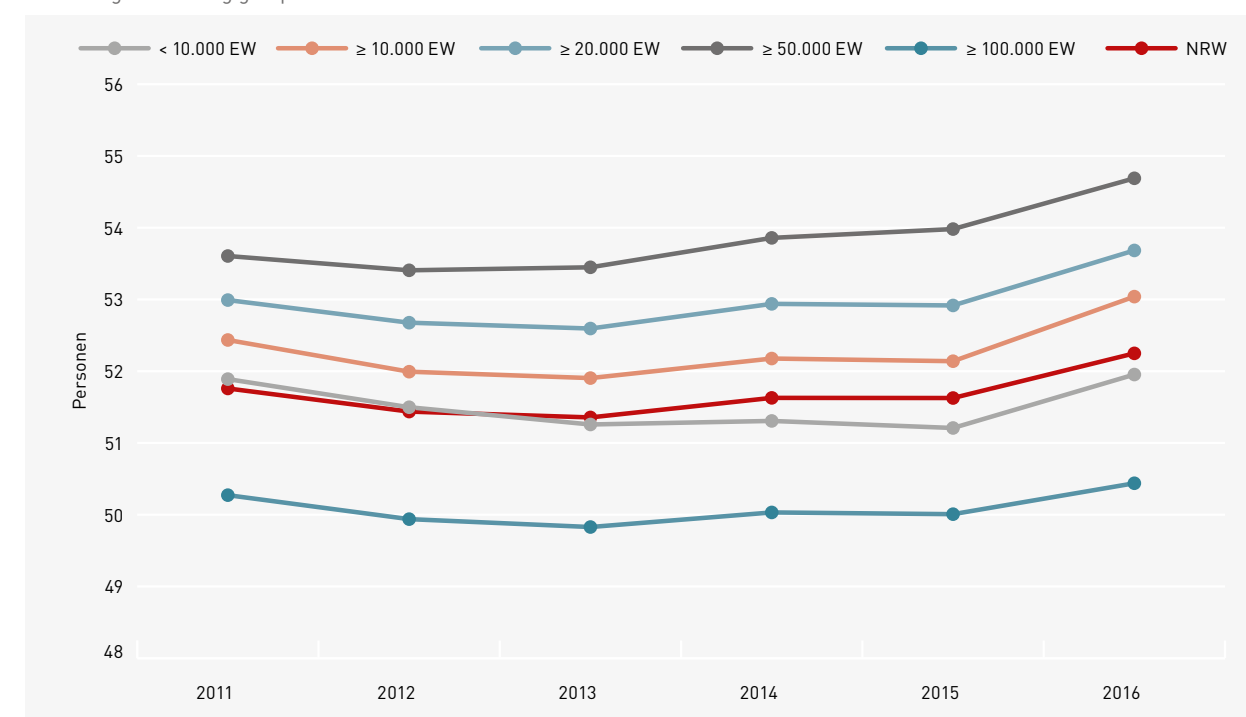
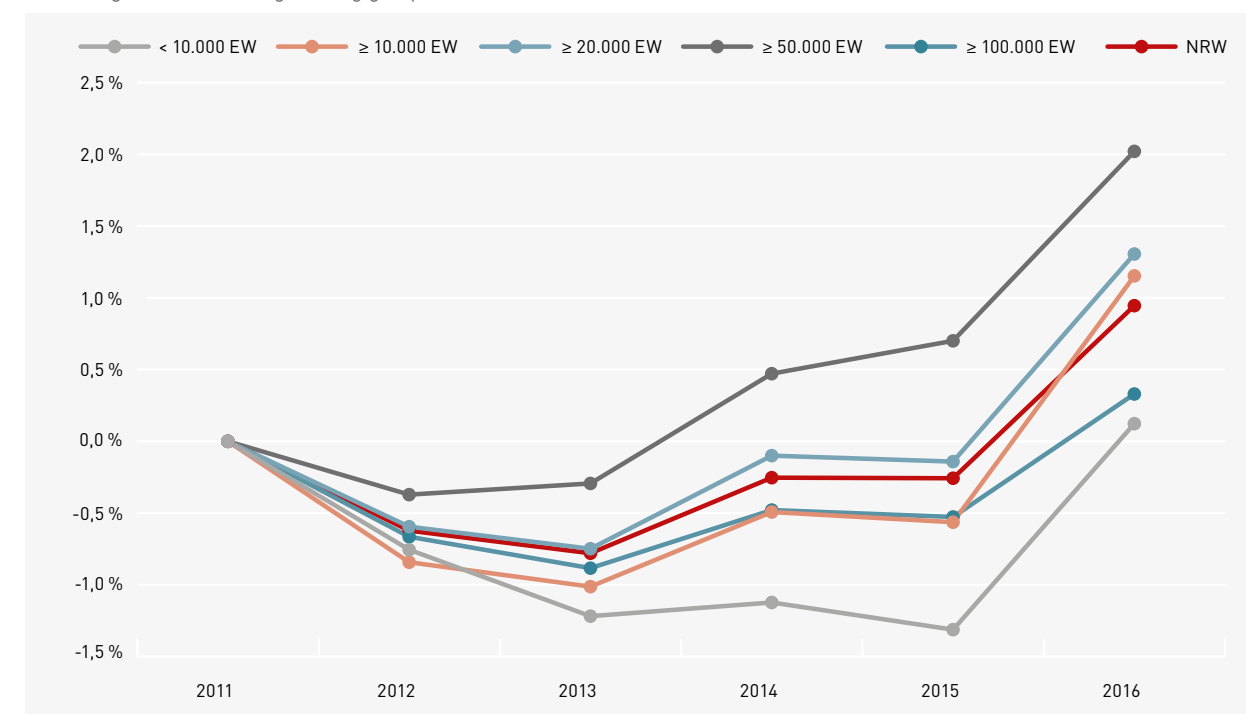


Abbildung 28: Veränderung Abhängigenquotient



Schulabgehende ohne allgemeinen Schulabschluss

Definition

Dieser Indikator ist definiert als Anzahl der Schulabgehenden ohne allgemeinen Schulabschluss im Verhältnis zur Anzahl aller Schulabgehenden.

$$\text{Schulabgehende ohne allg. Schulabschluss [\%]} = \frac{\text{Anzahl der Schulabgehenden ohne Abschluss}}{\text{Anzahl aller Schulabgehenden}} * 100$$

Bedeutung des Indikators für Nachhaltige Entwicklung

Schulabgehende ohne schulische Qualifizierung haben es beim Start ins Berufsleben oft schwerer als Schulabgehende mit Abschluss. Nur etwa einem Fünftel gelingt es, ohne Schulabschluss eine Ausbildung zu finden und etwa ein Viertel bleibt langfristig erwerbslos. Die Arbeitslosenquote von Schulabgehenden ohne Abschluss ist mit etwa 25 Prozent die höchste in ganz Deutschland. Das Erlangen eines Schulabschlusses hat dagegen einen positiven Effekt auf einen schnellen beruflichen Einstieg und eine höhere Entlohnung. Darüber hinaus hat die formale Bildung der Bevölkerung eine hohe ökonomische Bedeutung, da sie potenziell die Zahl der Leistungsempfangenden reduziert und sich tendenziell positiv auf das Leistungsvermögen der Volkswirtschaft auswirkt (Statistisches Bundesamt 2015).

Datenvalidität

Reformen im Bildungssystem können sich auf die Aussagekraft der Daten zu den Schulabgehenden ohne allgemeinen Schulabschluss auswirken. Im Schuljahr 2012/13 haben aufgrund der Einführung des achtstufigen Gymnasiums (G8) zwei Jahrgänge gleichzeitig die Hochschulreife erreicht, so dass für diesen Zeitraum ein geringerer Anteil Schulabge-

hender ohne allgemeinen Schulabschluss zu erwarten ist. Des Weiteren wurde mit der Einführung der Sekundarschule ab dem Schuljahr 2012/2013 und der Streichung der Hauptschule aus der Verfassung in NRW ein fünfeinhalb-gliedriges Schulsystem mit Haupt- und Realschule, Gymnasium, dazu Gesamt- und Sekundarschule eingeführt. Im März 2018 hat die Landesregierung die Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium (G9) in den Landtag eingebracht. Bisher ist unklar, wie sich diese Veränderungen in der nordrhein-westfälischen Schullandschaft auswirken. Dennoch sollten bei der Interpretation der Daten zu den Schulabgehenden ohne Schulabschluss mögliche Auswirkungen der Schulreformen mit bedacht werden.

Differenzierung

Der Indikator „Schulabgehende ohne allgemeinen Schulabschluss“ kann nach Geschlecht oder Herkunft (mit/ohne deutschen Pass) der Schulabgehenden differenziert werden. Er dient dann als Anzeiger für Chancengleichheit unter den Geschlechtern und kann erste Hinweise auf die Chancengleichheit zwischen Schülern mit und ohne Migrationshintergrund geben. Beide Differenzierungen werden in vielen Nachhaltigkeitsstrategien als Indikator für Integration und soziale Teilhabemöglichkeiten herangezogen.

Abbildung 29: Schulabgehende ohne Abschluss

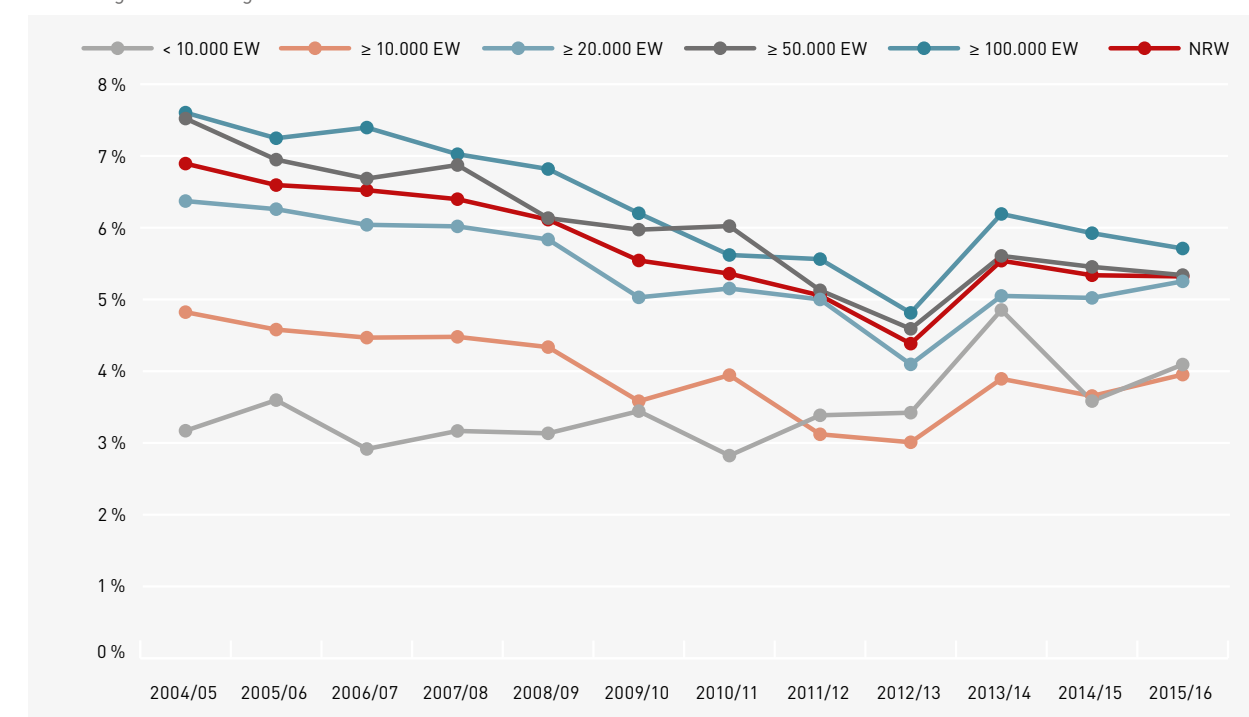
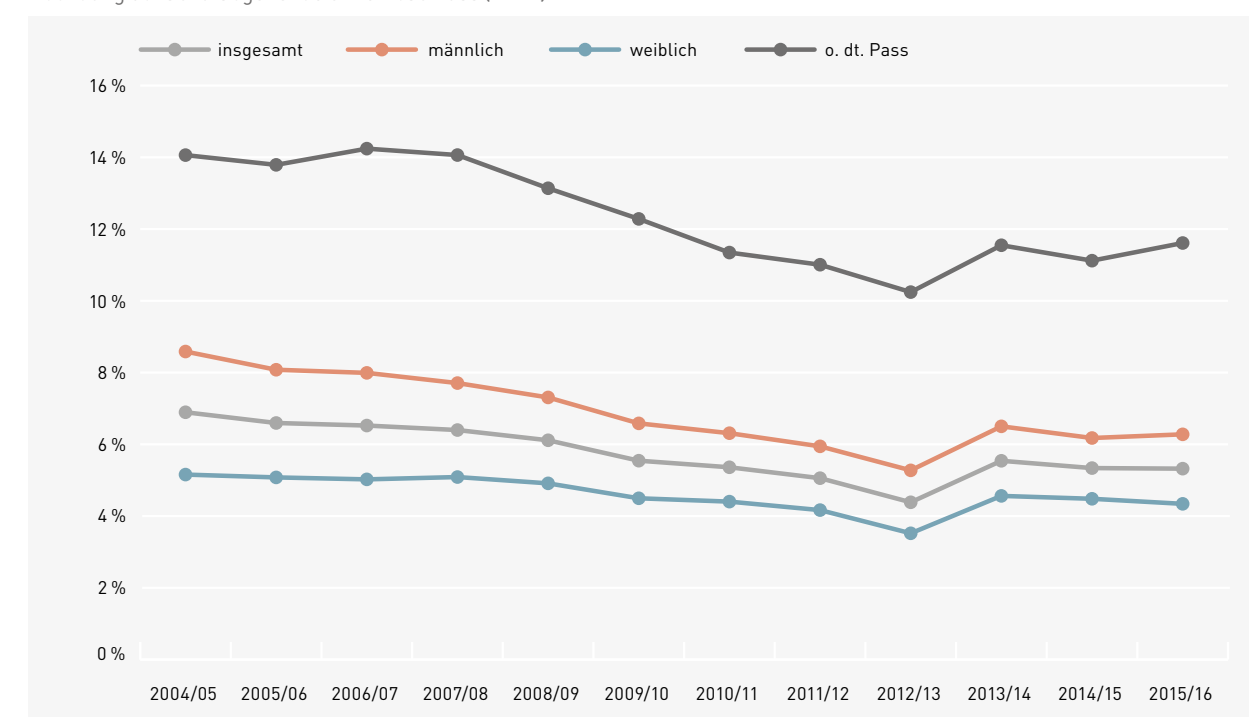


Abbildung 30: Schulabgehende ohne Abschluss (NRW)



Schulabgehende mit höherem Abschluss

Definition

Der Anteil der Schulabgehenden mit höherem Abschluss wird durch die Anzahl Schulabgehenden mit Hochschulreife und die Schulabgehenden mit Fachhochschulreife im Verhältnis zur Anzahl aller Schulabgehenden ermittelt.

$$\text{Schulabgehende mit höherem Schulabschluss [\%]} = \frac{\text{Anzahl Schulabgehende mit Hochschulreife + Anzahl Schulabgehende mit Fachhochschulreife}}{\text{Anzahl aller Schulabgehenden}} * 100$$

Bedeutung des Indikators für Nachhaltige Entwicklung

Diverse Studien bestätigen, dass das Niveau der formalen Ausbildung in direktem Zusammenhang mit dem beruflichen Erfolg der Schulabgehenden steht. So legt der Datenreport des Bundesinstituts für Berufsbildung aus dem Jahr 2017 dar, dass sich höhere Schulbildung eindeutig positiv auf die Chancen einer formalen Qualifikation auswirkt (Anteil der Personen zw. 20 und 34 Jahren ohne Berufsabschluss im Jahr 2015: Studienzugangsberechtigung: 4,5 %, Realschulabschluss: 9,5 %, Hauptschulabschluss 31,4 %, ohne Schulabschluss: 70,2 %). Darüber hinaus ist die Hochschulreife bzw. die Fachhochschulreife Eingangsvoraussetzung für ein Universitätsstudium, welches wiederum als gute Voraussetzung für beruflichen Erfolg gilt.

Datenvalidität

Bei der Interpretation dieses Indikators ist zu berücksichtigen, dass in NRW im Schuljahr 2012/13 aufgrund der Einführung des achtstufigen Gymnasiums (G8) zwei Jahrgänge gleichzeitig die Hochschulreife erreicht haben und es deshalb einen deutlichen Anstieg der Quote für diesen Zeitraum gibt.

Differenzierung

Auf Grundlage der verfügbaren Daten von IT.NRW ist eine weitere Differenzierung der Schulabgehenden nach einzelnen Abschlüssen möglich. So ist darstellbar, wie viele SchülerInnen ihre Schullaufbahn ohne Hauptschulabschluss, mit Hauptschulabschluss nach Klasse 9 ohne Qualifikation, mit Hauptschulabschluss nach Klasse 9 mit Qualifikation, mit Fachoberschulreife ohne Qualifikation, mit Fachoberschulreife mit Qualifikation, Fachhochschulreife (schulischer Teil), mit Fachhochschulreife, mit Hochschulreife oder mit sonstigem Abschluss beendet und auf welcher Schulform sie den jeweiligen Abschluss erworben haben (Hauptschulen, Volksschulen, Förderschulen (im Bereich Grund-/Hauptschulen), Förderschulen (im Bereich Realschulen/Gymnasien), Sekundarschule, Realschulen, Integrierte Gesamtschulen, Gymnasien, Freie Waldorfschulen, Weiterbildungskollegs). Darüber hinaus sind diese Daten auch differenziert nach Geschlecht und Herkunft (mit/ohne deutschen Pass) abbildbar.

Abbildung 31: Schulabgehende mit höherem Abschluss ([Fach-]Hochschulreife)

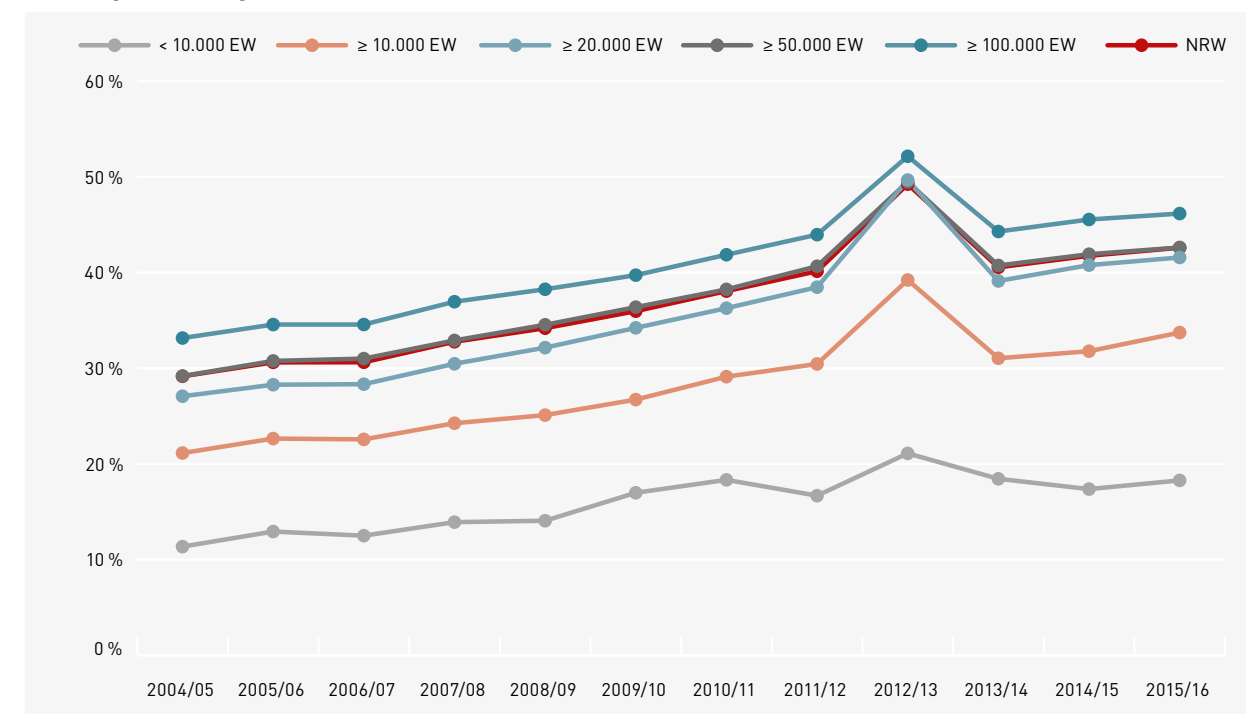
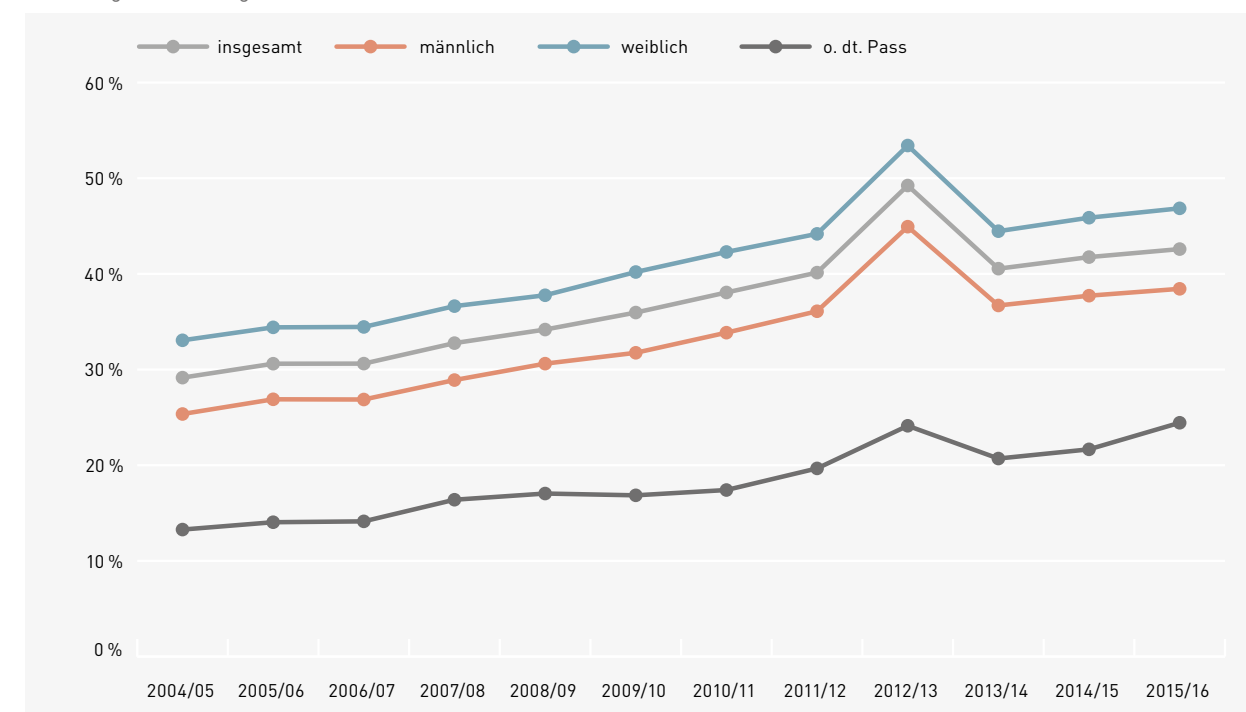


Abbildung 32: Schulabgehende mit höherem Abschluss NRW ([Fach-]Hochschulreife)



Betreuungsquote der unter 3-Jährigen

Definition

Der Indikator Betreuungsquote der unter 3-Jährigen zeigt in welchem Verhältnis die in Tageseinrichtungen betreuten Kinder unter 3 Jahren zu der Anzahl aller 3-Jährigen Kinder in NRW stehen.

$$\text{Betreuungsquote [\%]} = \frac{\text{Anzahl der Kinder unter 3 Jahren in Tageseinrichtungen}}{\text{gesamte Anzahl von Kinder unter 3 Jahren}} * 100$$

Bedeutung des Indikators für Nachhaltige Entwicklung

Der Ausbau der Kinderbetreuung in Deutschland hat zum einen das Ziel, die Chancengleichheit aller Kinder, unabhängig von Herkunft und Bildungsstand der Eltern, durch eine qualitativ hochwertige, frühe Förderung zu erhöhen. Zum anderen soll durch die Schaffung eines bedarfsgerechten Kinderbetreuungsangebots beiden Elternteilen eine Erwerbstätigkeit ermöglicht werden, um damit die Gleichberechtigung der Geschlechter in der Berufswelt zu stärken. Aus den oben aufgeführten Gründen sind die „Betreuungsquoten“ ein wichtiger Indikator für die soziale (Bildung, Chancengleichheit, Gleichberechtigung der Geschlechter, Demographischer Wandel) und auch ökonomische Dimension (finanzielle Situation von Familien oder alleinerziehenden Eltern) einer Nachhaltigen Entwicklung. Des Weiteren soll durch den Ausbau der Kinderbetreuung zur Stärkung der Volkswirtschaft das Arbeitskräftepotential beider Elternteile mobilisiert werden.

Datenvalidität

Die von IT.NRW bereitgestellte Statistik erfasst nur die Betreuungsplätze in Tageseinrichtungen ohne Betreuungsplätze bei Tagesmüttern (Kindertagespflege). Gerade die Kindertagespflege wurde von

Kommunen in den letzten Jahren jedoch stark ausgebaut. Deshalb wird empfohlen, für eine genauere Bewertung der Betreuungssituation ergänzend kommunale Daten einzubeziehen.

Die allgemeinen Betreuungsquoten der unter 3-Jährigen sowie der 3- bis unter 6-Jährigen können keine Aussage dazu treffen, wie es um die Qualität der Betreuungsplätze bestellt ist, bzw. welche Familien und alleinerziehenden Eltern die Betreuungsangebote wahrnehmen. Eine Differenzierung nach Nationalität der betreuten Kinder ist anhand der verfügbaren Statistiken des statistischen Landesamtes ebenfalls nicht möglich.

Differenzierung

Die bei IT.NRW verfügbare Statistik trifft ebenfalls Aussagen über die Zahl der Tageseinrichtungen, die darin tätigen Personen und die genehmigten Plätze. Mit Hilfe der registrierten tätigen Personen könnte ergänzend ein „Betreuungs- bzw. Personalschlüssel“ errechnet werden, der Auskunft über die Zahl der betreuten Kinder je tätiger Person gibt.

Abbildung 33: Betreuungsquote unter 3 Jahre

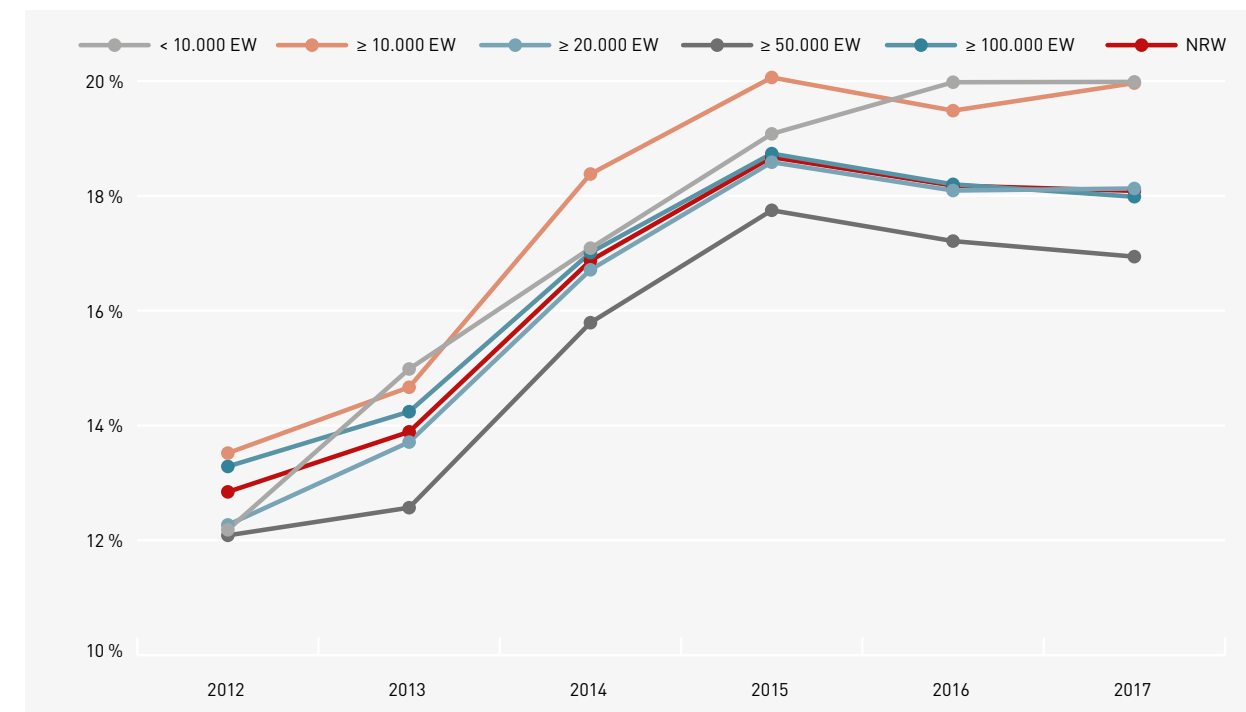
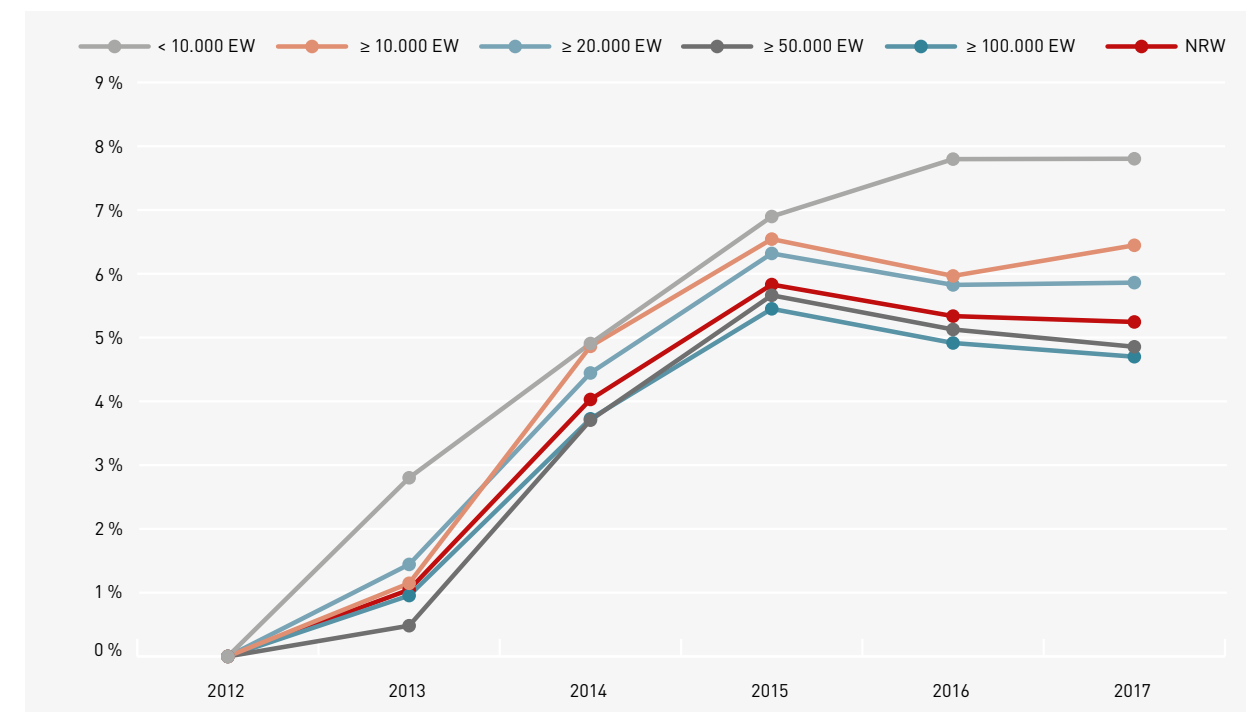


Abbildung 34: Veränderung Betreuungsquote unter 3 Jahre



Betreuungsquote der 3- bis unter 6-Jährigen

Definition

Der Indikator Betreuungsquote der 3- bis unter 6-Jährigen zeigt, in welchem Verhältnis die in Tageseinrichtungen betreuten Kinder zwischen 3 und unter 6 Jahren zu der Anzahl aller Kinder dieses Alters in NRW stehen.

$$\text{Betreuungsquote [\%]} = \frac{\text{Anzahl der Kinder ab 3 bis unter 6 Jahren in Tageseinrichtungen}}{\text{gesamte Anzahl von Kinder ab 3 bis unter 6 Jahren}} \cdot 100$$

Bedeutung des Indikators für Nachhaltige Entwicklung

Der Ausbau der Kinderbetreuung in Deutschland hat zum einen das Ziel, die Chancengleichheit aller Kinder, unabhängig von Herkunft und Bildungsstand der Eltern, durch eine qualitativ hochwertige, frühe Förderung zu erhöhen. Zum anderen soll durch die Schaffung eines bedarfsgerechten Kinderbetreuungsangebots beiden Elternteilen eine Erwerbstätigkeit ermöglicht werden, um damit die Gleichberechtigung der Geschlechter in der Berufswelt zu stärken. Aus den oben aufgeführten Gründen sind die „Betreuungsquoten“ ein wichtiger Indikator für die soziale (Bildung, Chancengleichheit, Gleichberechtigung der Geschlechter, Demographischer Wandel) und auch ökonomische Dimension (finanzielle Situation von Familien oder alleinerziehenden Eltern) einer Nachhaltigen Entwicklung. Des Weiteren soll durch den Ausbau der Kinderbetreuung zur Stärkung der Volkswirtschaft das Arbeitskräftepotential beider Elternteile mobilisiert werden.

Datenvalidität

Die von IT.NRW bereitgestellte Statistik erfasst nur die Betreuungsplätze in Tageseinrichtungen ohne Betreuungsplätze bei Tagesmüttern (Kindertagespflege). Gerade die Kindertagespflege wurde von

Kommunen in den letzten Jahren jedoch stark ausgebaut. Deshalb wird empfohlen, für eine genauere Bewertung der Betreuungssituation ergänzend kommunale Daten einzubeziehen.

Die allgemeinen Betreuungsquoten der unter 3-Jährigen sowie der 3- bis unter 6-Jährigen können keine Aussage dazu treffen, wie es um die Qualität der Betreuungsplätze bestellt ist, bzw. welche Familien und alleinerziehenden Eltern die Betreuungsangebote wahrnehmen. Eine Differenzierung nach Nationalität der betreuten Kinder ist anhand der verfügbaren Statistiken des statistischen Landesamtes ebenfalls nicht möglich.

Differenzierung

Die bei IT.NRW verfügbare Statistik trifft ebenfalls Aussagen über die Zahl der Tageseinrichtungen, die darin tätigen Personen und die genehmigten Plätze. Mit Hilfe der registrierten tätigen Personen könnte ergänzend ein „Betreuungs- bzw. Personalschlüssel“ errechnet werden, der Auskunft über die Zahl der betreuten Kinder je tätiger Person gibt.

Abbildung 35: Betreuungsquote 3 bis unter 6 Jahre

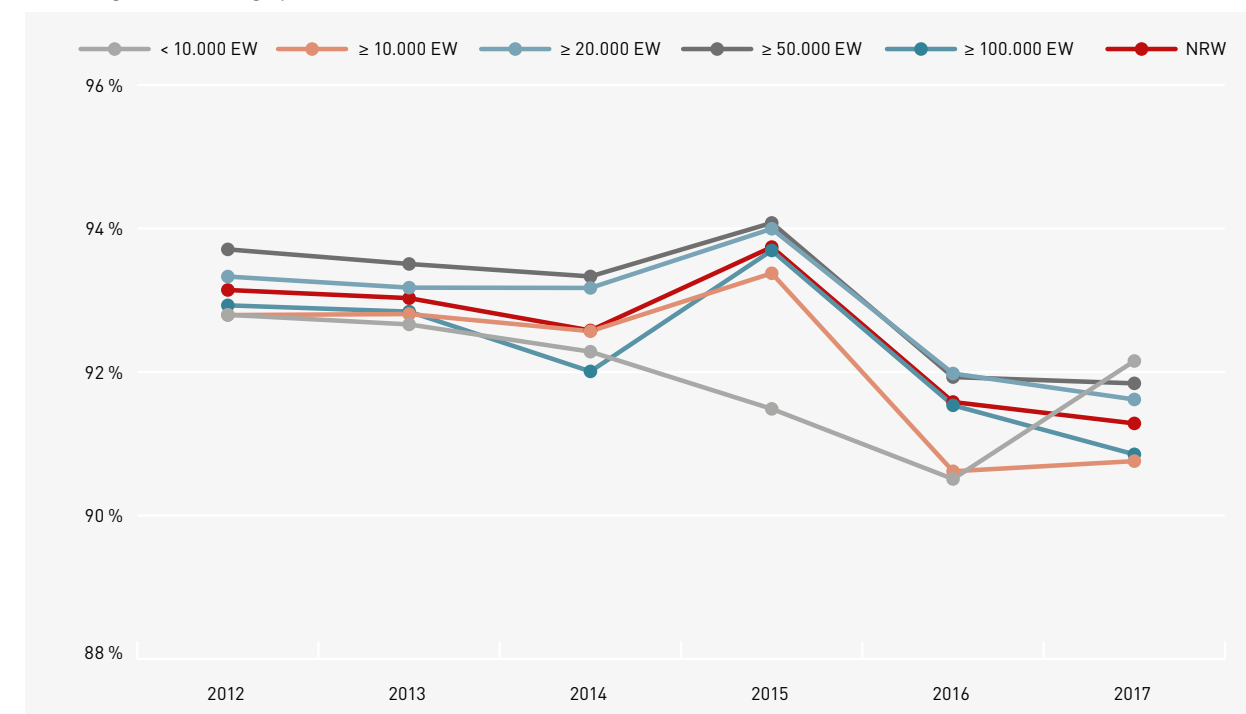
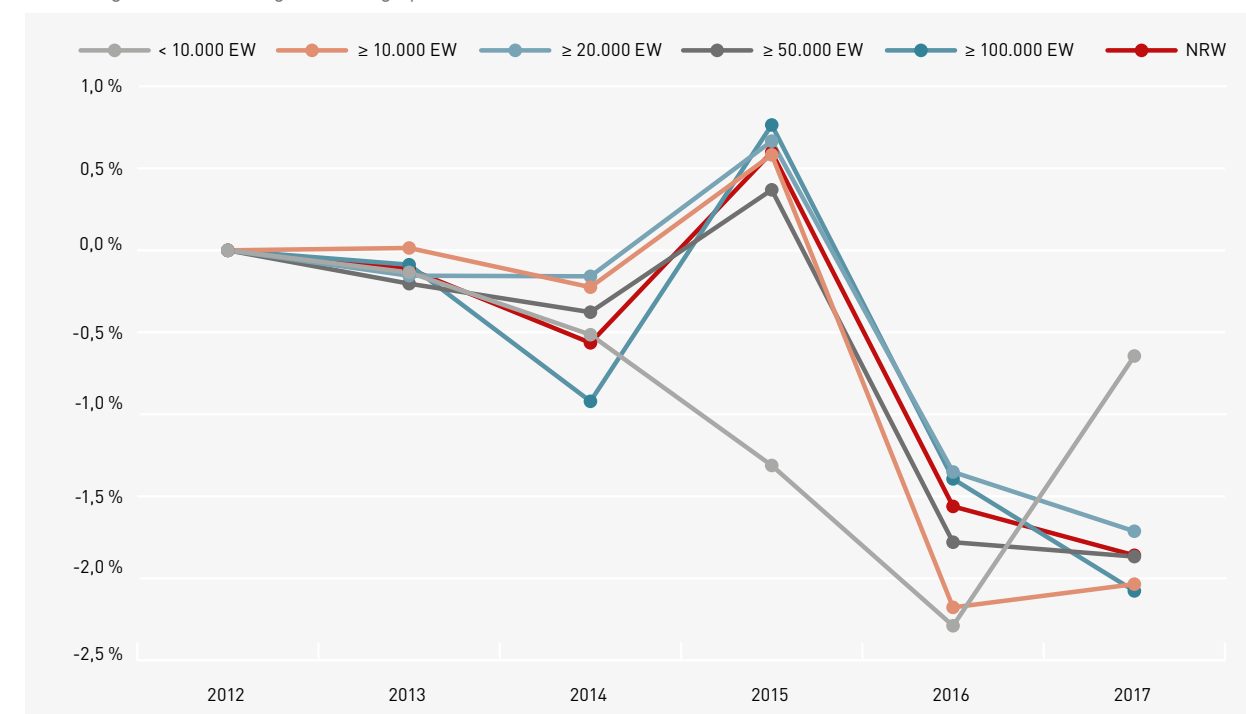


Abbildung 36: Veränderung Betreuungsquote 3 bis unter 6 Jahre



Wahlbeteiligung

Definition

Der Indikator „Wahlbeteiligung“ gibt Auskunft über den Anteil der Wahlberechtigten einer Kommune, die bei der letzten Wahl (Kommunalwahl, Landtagswahl) ihre Stimme abgegeben haben.

$$\text{Wahlbeteiligung [\%]} = \frac{\text{Abgegebene Stimmen}}{\text{Wahlberechtigte Personen (Kommunalwahl bzw. Landtagswahl)}} \cdot 100$$

Bedeutung des Indikators für Nachhaltige Entwicklung

Durch die Messung der Wahlbeteiligung können im Sinne einer Nachhaltigen Entwicklung unterschiedliche soziale Komponenten indirekt abgeleitet werden. So lässt sich über die Beteiligung an demokratischen Willensbildungsprozessen eine indirekte Aussage zum gesellschaftlichen bzw. demokratischen Engagement treffen.

Datenvalidität

Die Erhebung der Wahlbeteiligung bei den Kommunalwahlen wird durch unabhängige Wahlleitungen durchgeführt. Aufgrund der hohen Sensibilität dieses Prozesses kann von einer hohen Genauigkeit ausgegangen werden. Der Indikator ist dabei nur ein Näherungswert, der keine spezifischen Aussagen zum gesellschaftlichen Engagement der Bevölkerung macht.

Differenzierung

Zunächst kann nach den unterschiedlichen Wahlen (Kommunalwahl, Landtagswahl, Bundestagswahl, Europawahl) unterschieden werden, wobei die Beteiligung an der Kommunalwahl ggf. die aussagekräftigste Kennziffer für die kommunale Ebene hinsichtlich des Engagements der Bevölkerung mit

lokalen Themen ist. Neben der relativen Darstellung der Wahlbeteiligung könnten absolute Zahlen differenziert nach gewählten Parteien dargestellt werden. Da zur Bundestagswahl 2017 bei Redaktionsschluss noch keine Daten bei IT.NRW eingepflegt waren, wurde auf eine grafische Auswertung zu Bundestagswahlen verzichtet.

Abbildung 37: Wahlbeteiligung Kommunalwahlen

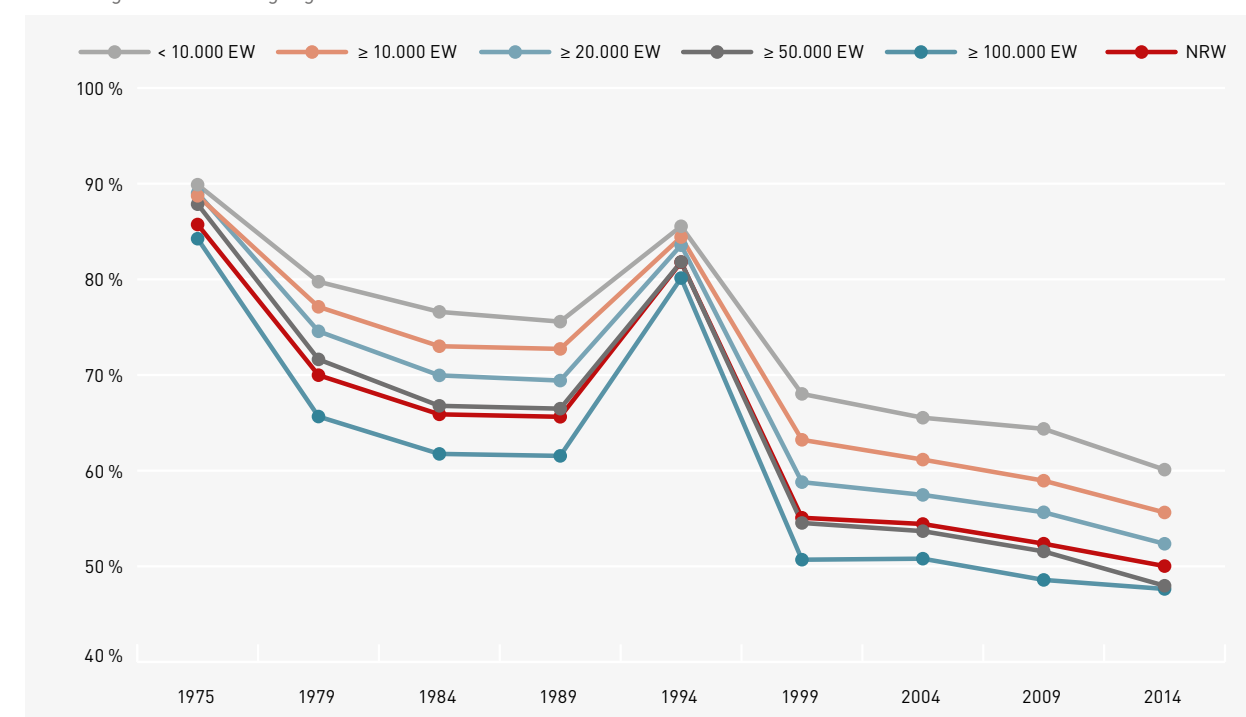
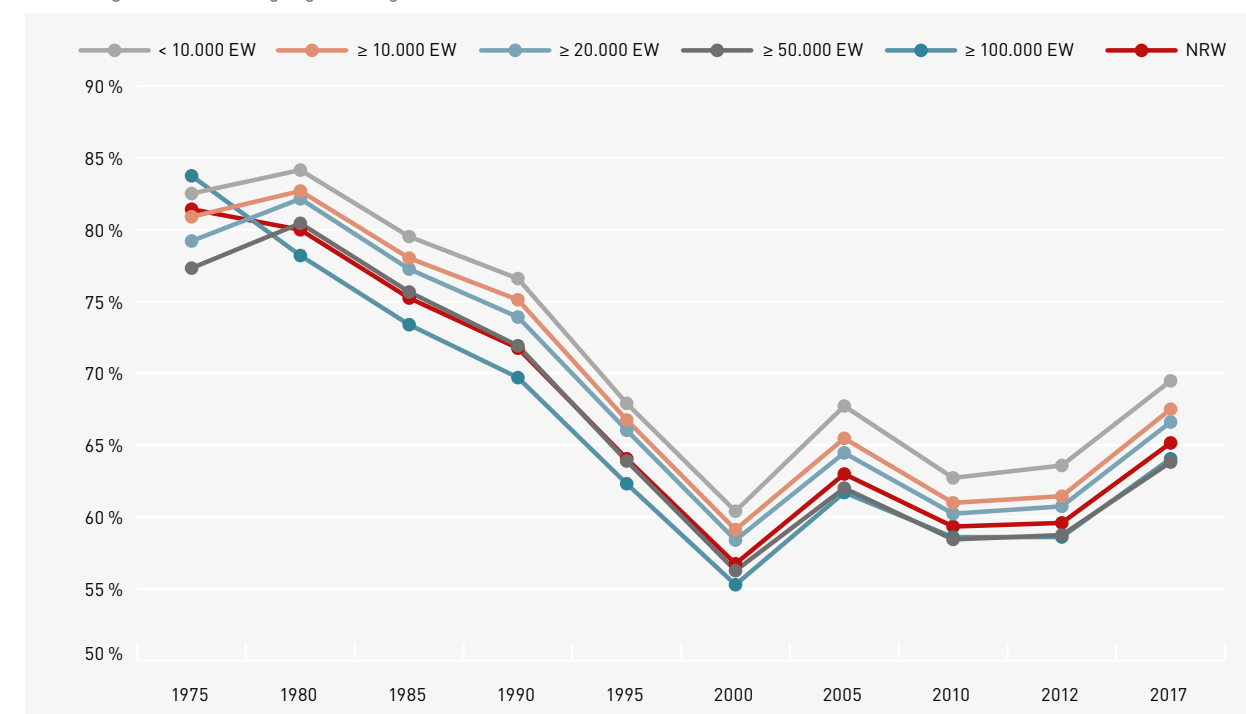


Abbildung 38: Wahlbeteiligung Landtagswahlen



Flächeninanspruchnahme

Definition

Der Indikator „Flächeninanspruchnahme“ wird definiert durch den Zuwachs der als Siedlungs- und Verkehrsfläche (SuV) klassifizierten Fläche einer Gebietskörperschaft. Datengrundlage ist die Flächenenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung.

$$\text{Flächeninanspruchnahme} = \text{SuV}_{n+1} - \text{SuV}_n$$

Bedeutung des Indikators für Nachhaltige Entwicklung

Die Folgen der Flächeninanspruchnahme für Siedlungs- und Verkehrszwecke sind weitreichend und vielfältig. Direkte Folgewirkungen sind z.B. der Verlust der natürlichen Bodenfunktionen und an Biodiversität durch die Versiegelung. Flächeninanspruchnahmen führen insbesondere am Siedlungsrand zu indirekten Folgekosten wie Lärm- und Schadstoffemissionen durch ein erhöhtes Verkehrsaufkommen oder auch zu erhöhten Kosten für die Bereitstellung und den Unterhalt technischer und sozialer Infrastrukturen. Aufgrund nicht nur ökologischer, sondern auch ökonomischer und sozialer Folgewirkungen, ist ein nachhaltiger Umgang mit den Flächenressourcen eine zentrale Herausforderung für Städte und Gemeinden.

Datenvalidität

Durch laufende Umstellungen der amtlichen Statistik kann die Validität des Indikators bei Vergleichen zwischen einzelnen Jahren mit gewissen Unsicherheiten behaftet sein. Durch Umwidmungen können beispielsweise Flächenzunahmen oder Flächenabnahmen in der Statistik Ausschläge verursachen, die keiner realen Entwicklung folgen. Eine Überprüfung der Daten zur Flächeninanspruchnahme auf kommunaler Ebene ist somit generell empfehlenswert.

Die Umstellung auf das amtliche Liegenschaftskatasterinformationssystem (ALKIS) aus dem Jahr 2015 führt dazu, dass die Daten des Jahres 2016 nur noch sehr bedingt mit den Daten der Vorjahre vergleichbar sind. Für die graphische Aufbereitung wurde ein Näherungswert errechnet, der der Logik der bisherigen Ermittlung der Siedlungs- und Verkehrsfläche folgt (bis 2015). Dieser ist durch die Veränderungen bei der Kategorisierung der Flächenklassifizierung jedoch nicht deckungsgleich, wodurch sich auch die starken Rückgänge der SuV insbesondere in Großstädten mit über 100.000 Einwohnern ergeben. Grundsätzlich wird hier in Zukunft zu klären sein, wie die amtliche Statistik mit dieser Problematik umgehen wird und mit welchem Verfahren die SuV-Flächen offiziell berechnet werden können.

Differenzierung

Eine weitere Differenzierung nach Flächennutzungsarten ist auf Grundlage der Daten von IT.NRW möglich. Es können die einzelnen Nutzungsarten der SuV dargestellt werden, um beispielsweise aufzuzeigen, welche bedeutend für einen Anstieg der SuV sind (Wohn- oder gewerbliche Nutzungen, verkehrliche Nutzungen etc.). Die Entwicklung weiterer Flächennutzungsarten (Landwirtschaftsfläche, Waldfläche etc.) wäre ebenfalls darstellbar.

Abbildung 39: Durchschnittliche Flächeninanspruchnahme (Veränderung Siedlungs- und Verkehrsfläche zum Vorjahr)

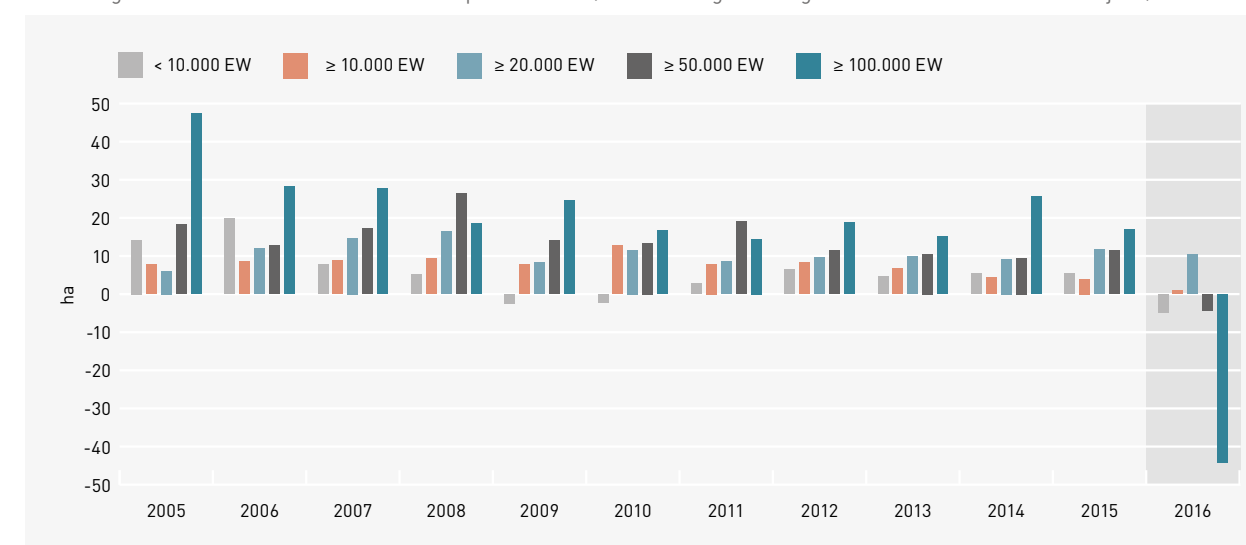
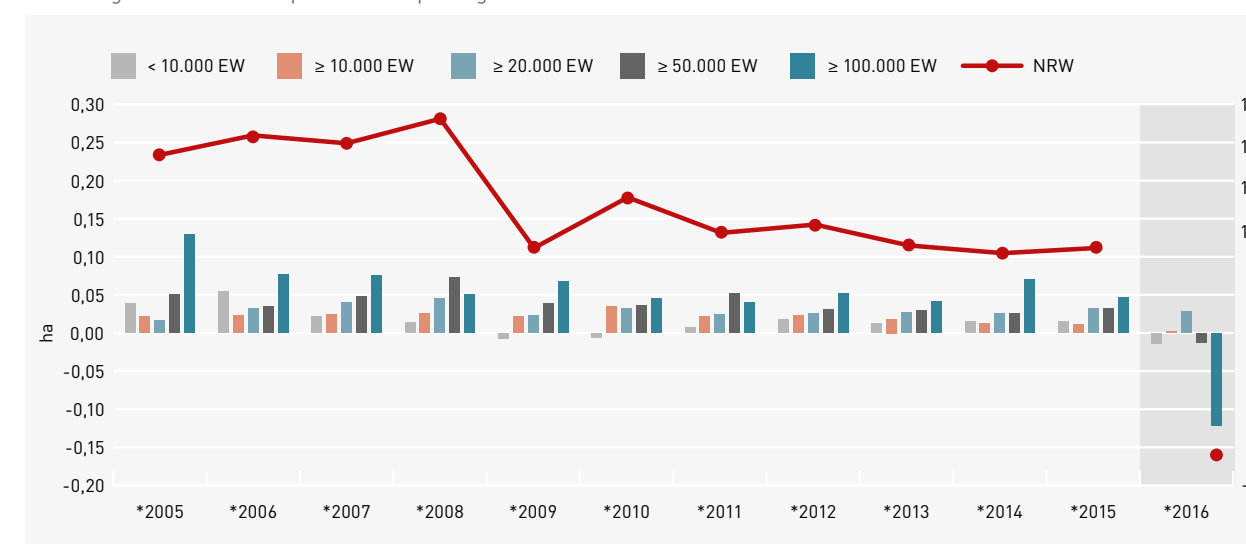


Abbildung 40: Flächeninanspruchnahme pro Tag



Siedlungs- und Verkehrsfläche je Einwohner

Definition

Der Indikator bezieht die Siedlungs- und Verkehrsfläche auf die Einwohnerzahl. Durch die Bezugsgröße Einwohnerzahl lassen sich die Werte für verschiedene Gebietseinheiten besser miteinander vergleichen. Datengrundlage ist die Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung.

$$\text{SuV je Einwohner} = \frac{\text{SuV}}{\text{Einwohnerzahl}}$$

Bedeutung des Indikators für Nachhaltige Entwicklung

Die Folgen der Flächeninanspruchnahme für Siedlungs- und Verkehrszwecke sind weitreichend und vielfältig. Direkte Folgewirkungen sind z.B. der Verlust der natürlichen Bodenfunktionen und an Biodiversität durch die Versiegelung. Flächeninanspruchnahmen führen insbesondere am Siedlungsrand zu indirekten Folgekosten wie Lärm- und Schadstoffemissionen durch ein erhöhtes Verkehrsaufkommen oder auch zu erhöhten Kosten für die Bereitstellung und den Unterhalt technischer und sozialer Infrastrukturen. Aufgrund nicht nur ökologischer, sondern auch ökonomischer und sozialer Folgewirkungen, ist ein nachhaltiger Umgang mit den Flächenressourcen eine zentrale Herausforderung für Kommunen.

Datenvalidität

Durch laufende Umstellungen der amtlichen Statistik kann die Validität des Indikators bei Vergleichen zwischen einzelnen Jahren mit gewissen Unsicherheiten behaftet sein. Durch Umwidmungen können beispielsweise Flächenzunahmen oder Flächenabnahmen in der Statistik Ausschläge verursachen, die keiner realen Entwicklung folgen. Eine Überprüfung der Daten zur Flächeninanspruchnahme auf kommunaler Ebene ist somit generell empfehlenswert.

Die Umstellung auf das amtliche Liegenschaftskatasterinformationssystem (ALKIS) aus dem Jahr 2015 führt dazu, dass die Daten des Jahres 2016 nur noch sehr bedingt mit den Daten der Vorjahre vergleichbar sind. Für die graphische Aufbereitung wurde ein Näherungswert errechnet, der der Logik der bisherigen Ermittlung der Siedlungs- und Verkehrsfläche folgt (bis 2015). Dieser ist durch die Veränderungen bei der Kategorisierung der Flächenklassifizierung jedoch nicht deckungsgleich. Grundsätzlich wird hier in Zukunft zu klären sein, wie die amtliche Statistik mit dieser Problematik umgehen wird und mit welchem Verfahren die SuV-Flächen offiziell berechnet werden können.

Differenzierung

Eine weitere Differenzierung nach Flächennutzungsarten ist auf Grundlage der Daten von IT.NRW möglich. Es können die Entwicklungen für einzelne Nutzungsarten der SuV dargestellt werden (Wohn- oder gewerbliche Nutzungen, verkehrliche Nutzungen etc.). Die Entwicklung weiterer Flächennutzungsarten (Landwirtschaftsfläche, Waldfläche etc.) wäre ebenfalls darstellbar.

Abbildung 41: Siedlungs- und Verkehrsfläche je Einwohner

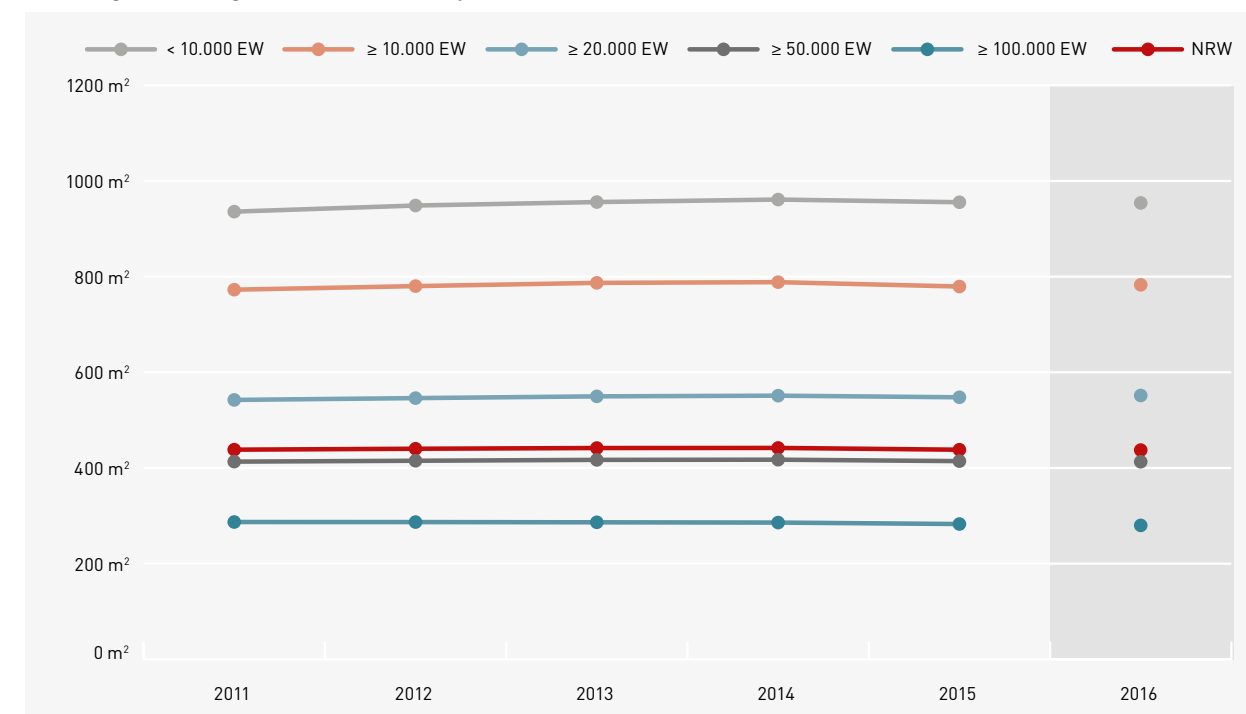
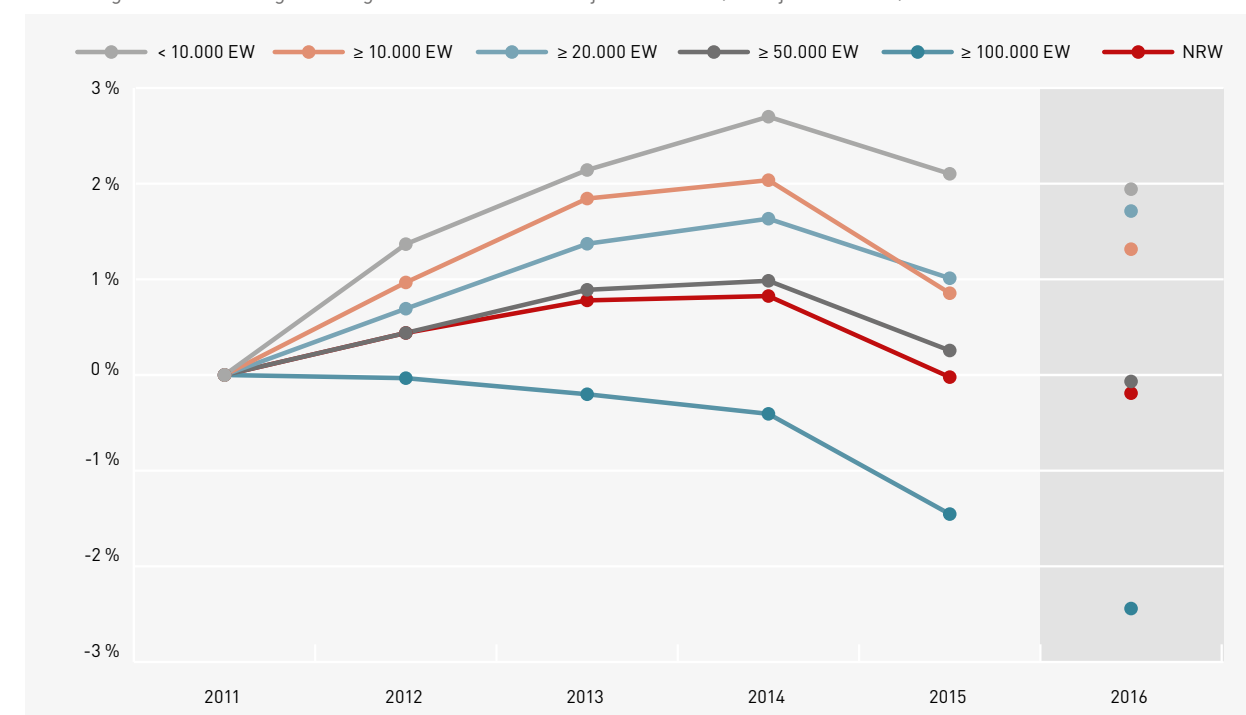


Abbildung 42: Veränderung Siedlungs- und Verkehrsfläche je Einwohner (Basisjahr 2011 = 0)



Wohnungsbau

Definition

Der Indikator setzt die Anzahl der neu erstellten Wohngebäude in Relation mit der Einwohnerzahl. Durch die Multiplikation wird eine Aussage getroffen, wie viele Wohngebäude je 10.000 Einwohner in einem Jahr neu errichtet wurden.

$$\text{Wohnungsbau} = \frac{\text{fertiggestellte Wohngebäude}}{\text{Einwohnerzahl}} * 10.000$$

Bedeutung des Indikators für Nachhaltige Entwicklung

Das Unterziel 11.1 der Globalen Nachhaltigkeitsziele sieht bis 2030 den Zugang zu angemessenem, sicheren und bezahlbarem Wohnraum für alle vor. Bezahlbarer Wohnraum für alle ist auch ein Ziel der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie. Dieses sieht im Detail eine Reduktion des Anteils von Personen in Haushalten, die mehr als 40 % des verfügbaren Einkommens für Wohnen ausgeben, auf 13 % bis zum Jahr 2030 vor. Hohe Wohnkosten führen zu einer Einschränkung von Haushalten bei sonstigen Konsumentscheidungen und können gesellschaftliche Teilhabe erschweren. Ferner kommt hinzu, dass unterschiedliche Bevölkerungsgruppen auf dem insbesondere in Groß- und Universitätsstädten angespannten Wohnungsmarkt keinen angemessenen Wohnraum finden und damit auf Städte und Gemeinden im Umkreis ausweichen müssen, was wiederum vielfältige Folgeerscheinungen nach sich zieht (erhöhtes Verkehrsaufkommen, Flächenversiegelung, Zerschneidung von Landschaftsräumen etc.). Durch steigende Wohnkosten und Grundstückspreise treten vermehrt Gentrifizierungsprozesse auf, welche insbesondere ökonomisch benachteiligte Personen und Haushalte aus ihren angestammten Quartieren verdrängen.

Ein adäquater, ziel- und bedarfsgerechter Wohnungsbau durch private und öffentliche Träger kann zur Entspannung des Wohnungsmarktes führen und insbesondere durch öffentliche Förderung auch benachteiligten Bevölkerungsgruppen angemessenen und zentralen Wohnraum zur Verfügung stellen.

Datenvalidität

Die Bereitstellung der Daten der Baufertigstellungen erfolgt über die jeweiligen kommunalen Bauämter und sind durchgängig für die Jahre ab 1987 verfügbar. Durch die direkte Zulieferung der kommunalen Genehmigungsbehörden kann von einer hohen Genauigkeit der zugrunde liegenden Daten ausgegangen werden.

Differenzierung

Die Statistik der Baufertigstellung ist sehr kleinteilig untergliedert. In den für diesen Bericht vorgenommenen Berechnungen wurden neben den gesamten Baufertigstellungen im Wohnungsbau differenzierte Auswertungen für die Baufertigstellung von Wohngebäuden mit einer oder zwei Wohnungen (Ein- und Zweifamilienhäuser) sowie mit drei und mehr Wohnungen (Mehrfamilienhäuser) vorgenommen.

Abbildung 43: Wohngebäude mit einer oder zwei Wohnungen (Neubau)

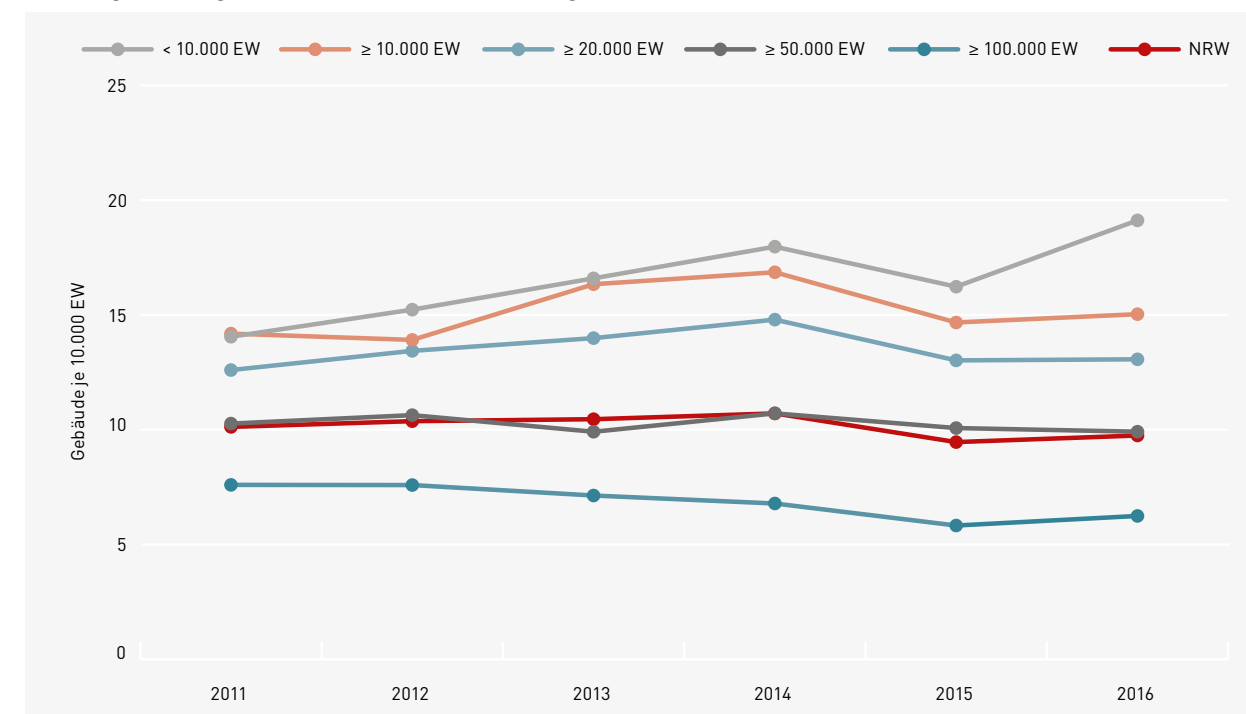
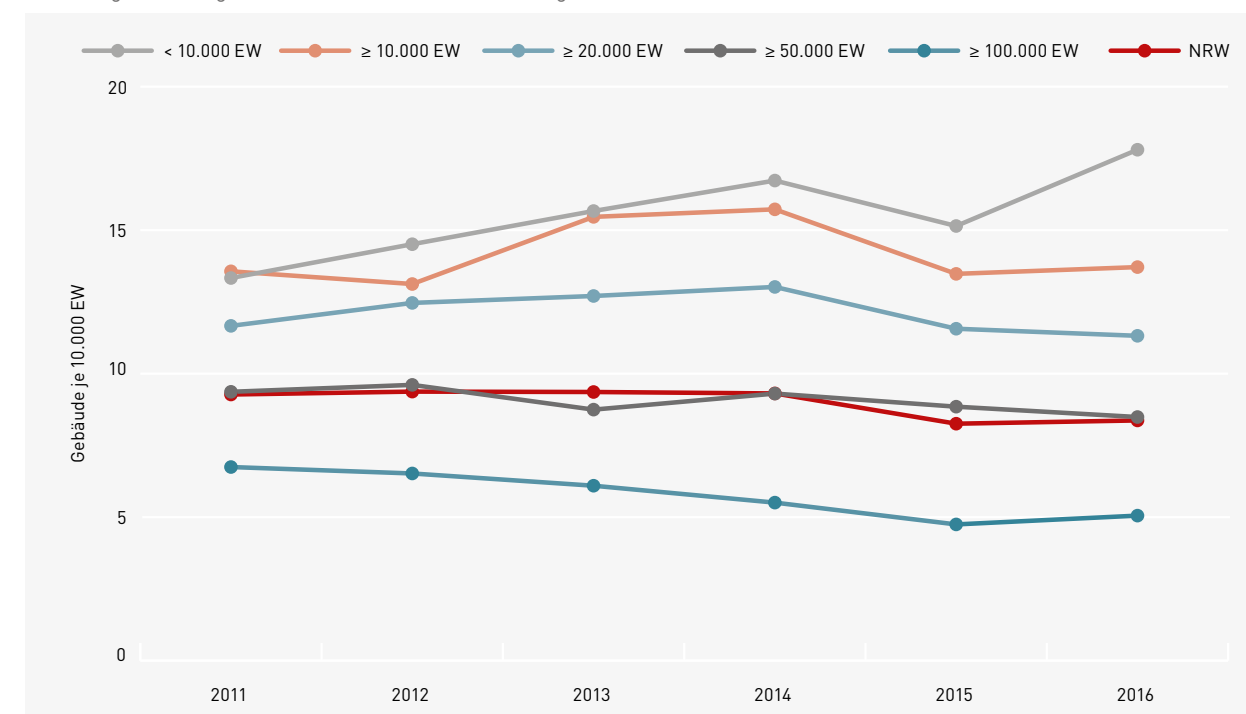


Abbildung 44: Wohngebäude mit drei und mehr Wohnungen (Neubau)



Erneuerbare Energien am Stromverbrauch

Definition

Der Indikator „Anteil erneuerbarer Energien am Stromverbrauch“ gibt einen Anhaltspunkt über den Anteil am Stromverbrauch einer Kommune, der

durch Anlagen zur Stromerzeugung aus regenerativen Energien (Definition nach EEG) innerhalb der Kommune abgedeckt werden kann. Er setzt den Ertrag dieser Anlagen ins Verhältnis zum errechneten Stromverbrauch einer Kommune und beschreibt somit eine theoretische Abdeckung.

$$\text{Anteil EE am Stromverbrauch} = \frac{\text{Ertrag aus EE (GWh)}}{\text{Bruttostromverbrauch insgesamt (GWh)}} \cdot 1.000$$

Bedeutung des Indikators für Nachhaltige Entwicklung

Das SDG 7 beschreibt das globale Ziel für alle den Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und moderner Energie zu sichern. Das Unterziel 7.2 sieht dabei explizit vor, den Anteil erneuerbarer Energien am globalen Energiemix deutlich zu erhöhen. Das Energiekonzept der Bundesregierung sieht einen expliziten Ausbaupfad für den Anteil erneuerbarer Energien am Bruttostromverbrauch vor, der bis zum Jahr 2050 80 % betragen soll. Auch in Nordrhein-Westfalen wird ein konkretes Ziel zum Ausbau des regenerativen Anteils am Stromverbrauch formuliert. Hier soll der Anteil bis zum Jahr 2025 mehr als 30% betragen.

Der Indikator bildet verschiedene Aspekte einer gewünschten Nachhaltigen Entwicklung ab, z.B. Verringerung der Treibhausgasemissionen, Verringerung von Luftbelastungen, Verringerung der Abhängigkeit von importierten fossilen Energieresourcen sowie Steigerung von lokalen und regionalen Wertschöpfungskreisläufen.

Datenvalidität

Die statistische Komponente der regenerativen Stromerzeugung ist über die nach § 77 EEG geltende Pflicht zur Information der Öffentlichkeit grund-

sätzlich verfügbar. In der Vergangenheit hat sich aber gezeigt, dass die Meldungen der Übertragungsnetzbetreiber nicht immer unverzüglich und genau erfolgen. Da eine eingehende Recherche im Rahmen dieses Berichtes nicht möglich war, wurden die Angaben des Energieatlas NRW verwendet. Die genauen Daten und Berechnungsgrundlagen finden sich hier: <http://www.energieatlas.nrw.de/site/strom/daten-und-berechnungsgrundlagen>

Differenzierung

Neben einem Gesamtanteil aller erneuerbaren Energien könnten die einzelnen Technologiepfade (Solar, Wind, Wasser, Biomasse, Gruben-/Klärgase, Geothermie) separat und in Relation zu anderen Bezugsgrößen dargestellt werden. Aussagen zur Verwendung von erneuerbaren Energien im Wärmebereich oder die Verwendung von Kraft-Wärme-Kopplung können nicht ohne weiteres getätigt werden, da die notwendigen Datengrundlagen auf kommunaler Ebene nicht frei verfügbar sind.

Abbildung 45: Anteil Erneuerbare Energien am Stromverbrauch

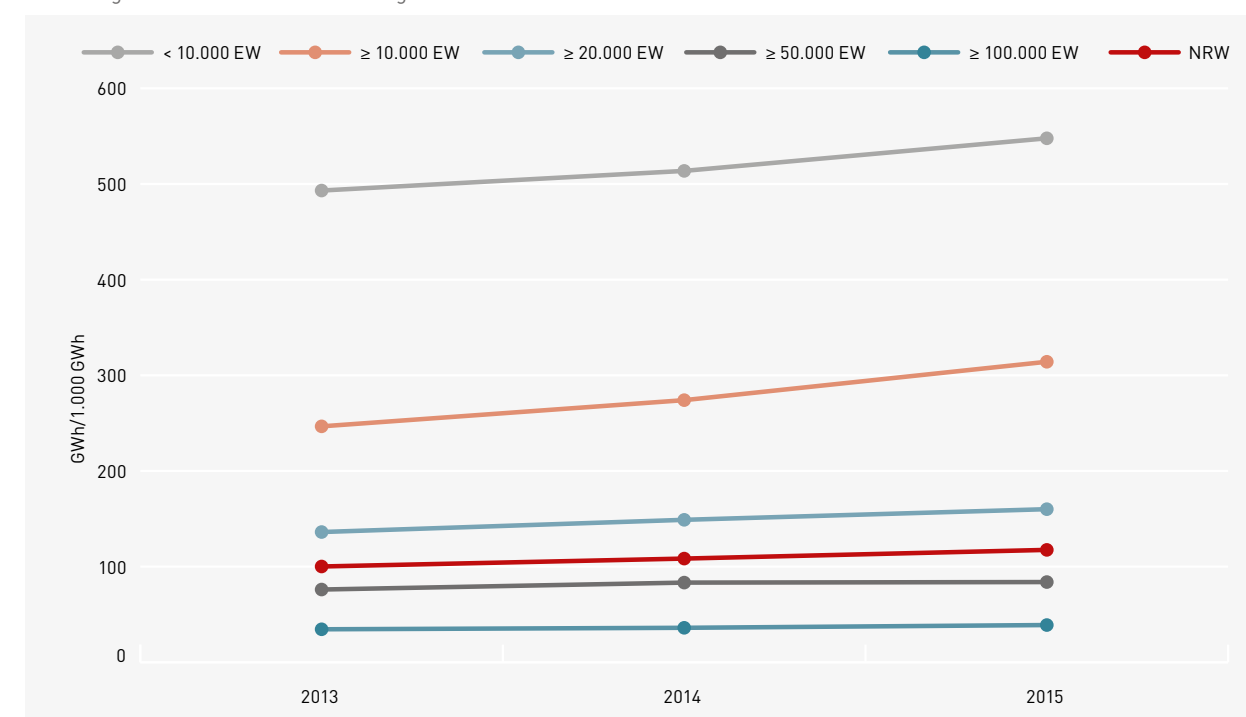
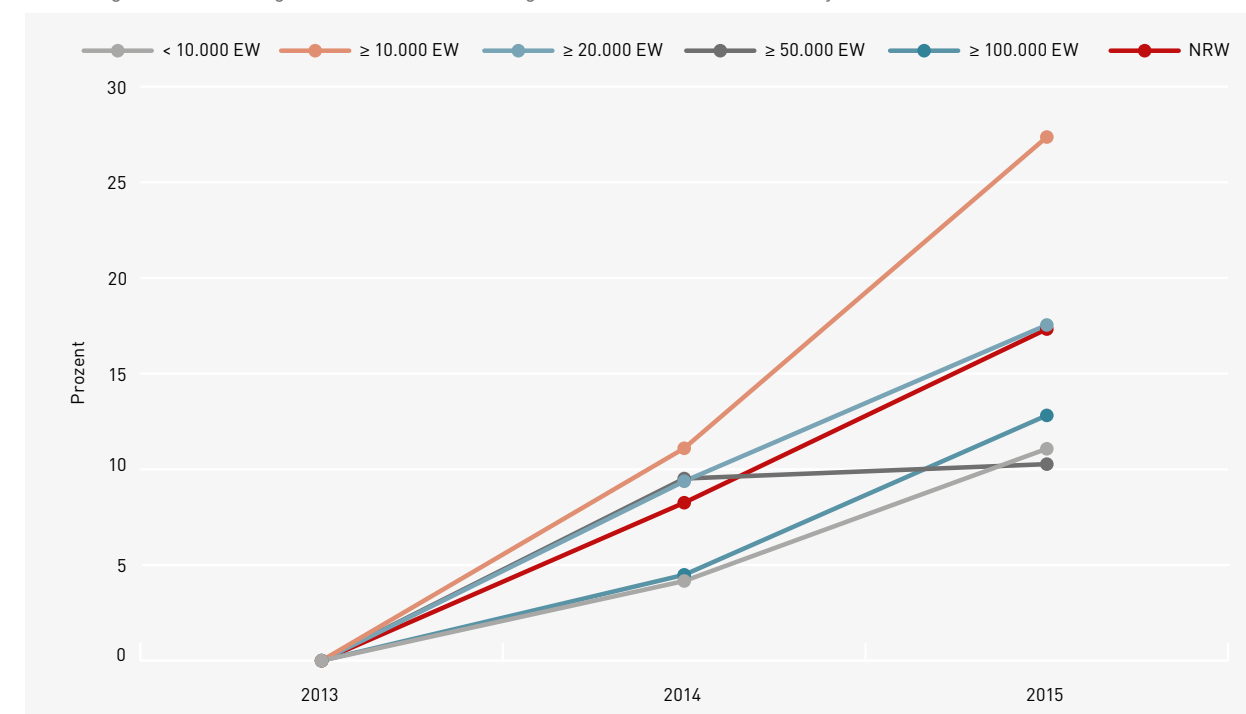


Abbildung 46: Veränderung Anteil Erneuerbare Energien am Stromverbrauch (Basisjahr 2013 = 0)



PKW Dichte

Definition

Der Indikator „Pkw-Dichte“ gibt Auskunft über die Anzahl der in den Gebietskörperschaften zugelassenen Pkw pro 1000 Einwohner.

$$\text{Pkw-Dichte} = \frac{\text{Anzahl Pkw}}{\text{Einwohner}} * 1.000$$

Bedeutung des Indikators für Nachhaltige Entwicklung

Mit der Bewältigung der persönlichen Mobilitätsansprüche in einem eigenen Automobil gehen aufgrund der ressourcen- und energieintensiven Produktion, Unterhaltung und Entsorgung vielfältige negative Umwelteinwirkungen einher. Eine übermäßig personalisierte Mobilität mit vielen Pkw führt zu steigendem Flächenverbrauch für Verkehrswege und einer erhöhten Emission von umweltschädlichen Gasen und Luftschadstoffen wie Kohlendioxid, Methan, Lachgas, Schwefeldioxid, Stickoxide, Kohlenmonoxid, flüchtige organische Verbindungen und Feinstaub. Durch zunehmende Lärmbelastung wird zudem die Lebensqualität von Kommunen sowie die Gesundheit ihrer Einwohner negativ beeinflusst. Eine nachhaltige Mobilität verfolgt deshalb das Ziel eines „Modal Shift“ hin zu den Verkehrsträgern des Umweltverbundes bzw. eine umweltverträglichere Gestaltung des unvermeidlichen motorisierten Individualverkehrs (MIV).

Datenvalidität

Die Erhebung der zugelassenen Pkw ist über die amtliche Statistik der Zulassungsstellen in ausreichender Detailschärfe, Periodizität und Genauigkeit bei der Landesdatenbank verfügbar. Dennoch handelt es sich nur um einen Behelfsindikator von

dem nur annäherungsweise abgeschätzt werden kann, wie hoch der Anteil von Fahrten mit dem Pkw wirklich ist. Er findet hier dennoch Verwendung, da keine einheitlichen Modal-Split-Erhebungen für alle Gemeinden vorliegen. Seit dem Jahr 2008 werden vorübergehend stillgelegte Pkw nicht mehr erfasst, weshalb eine direkte Vergleichbarkeit mit früheren Erhebungsjahren nicht möglich ist.

Differenzierung

Eine weitere Differenzierung ist mit den Daten der Landesdatenbank nur dahingehend möglich, andere Bezugsgrößen mit der Anzahl der Pkw in Relation zu setzen, beispielsweise die über 18-jährige Bevölkerung oder Straßenverkehrsflächen.

Abbildung 47: PKW-Dichte

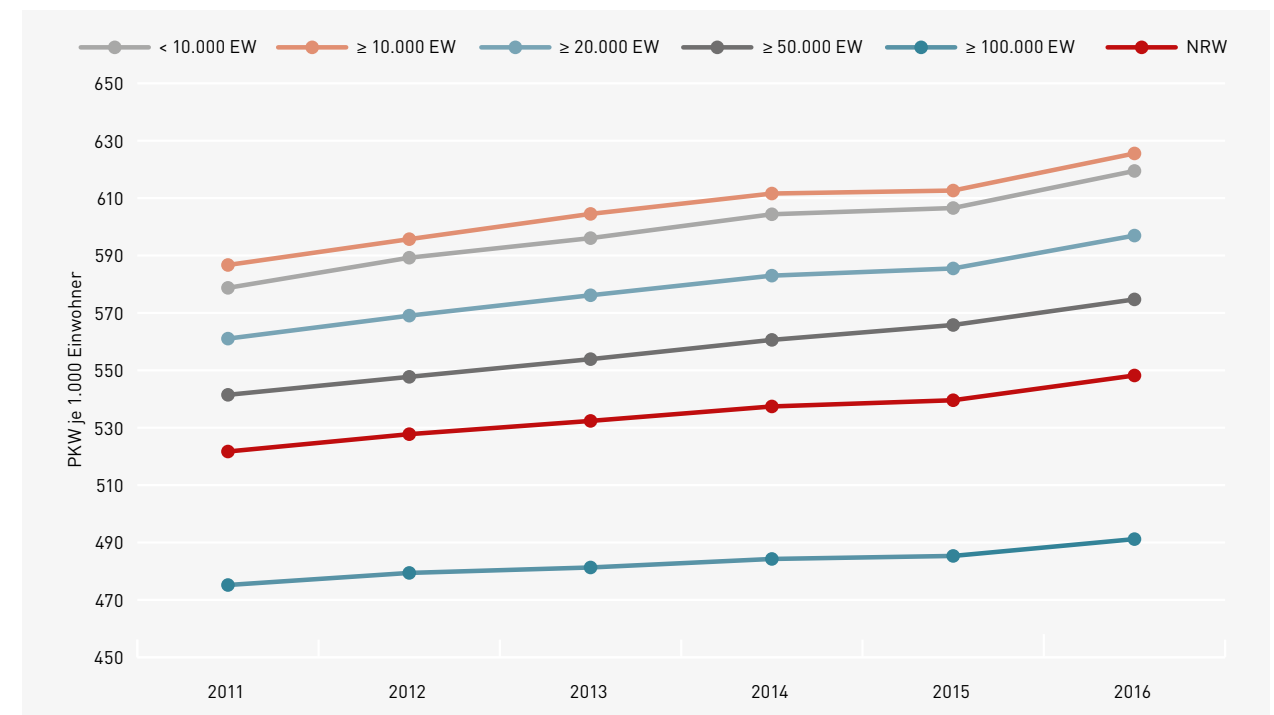
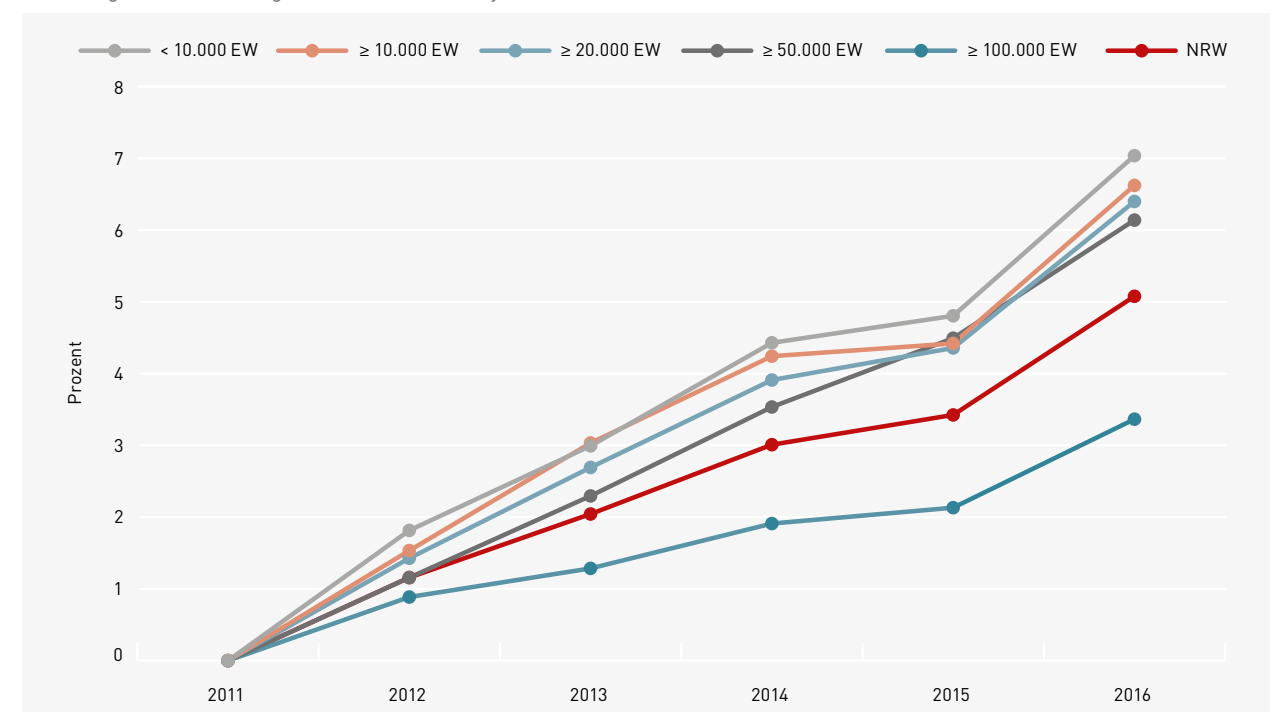


Abbildung 48: Veränderungen PKW-Dichte (Basisjahr 2011 = 0)



Verkehrssicherheit

Definition

Der Indikator „Verkehrssicherheit“ gibt Auskunft über die Entwicklung der polizeilich erfassten Straßenverkehrsunfälle.

Verkehrssicherheit = prozentuale Veränderung der Anzahl der Straßenverkehrsunfälle

Bedeutung des Indikators für Nachhaltige Entwicklung

Aus der Veränderung der Anzahl der erfassten Straßenverkehrsunfälle können Aussagen über die Sicherheit der Bevölkerung im spezifischen Bereich des Straßenverkehrs abgeleitet werden. Im Sinne einer Nachhaltigen Entwicklung handelt es sich bei der Gesundheit der Bevölkerung um ein hohes Schutzgut, weshalb die Zielsetzung in diesem Bereich auf eine Reduktion der Straßenverkehrsunfälle ausgerichtet sein muss. Die hiermit verbundenen Personen- und Sachschäden tragen zudem hohe soziale und ökonomische Folgekosten mit sich.

Außerdem lassen sich über den Indikator „Verkehrssicherheit“ indirekt Hinweise zur Attraktivität der Kommune für Fußgänger und Radfahrer ableiten. Sichere Verkehrswege für Radfahrende und Fußgänger können dazu beitragen, dass vor allem der Pkw auch für alltägliche Wege häufiger genutzt bleibt. Denn nach wie vor ist der Pkw von vielen das am häufigste genutzte Verkehrsmittel für alltägliche Fahrten, obwohl er das höchste spezifische Unfallrisiko aufweist (VCD Masterplan Vision Zero 2009).

Datenvalidität

Die Daten beruhen auf den polizeilich erfassten Fällen und beinhalten somit nicht solche, die nicht bei der Polizei gemeldet wurden. Es ist insofern von einer größeren Zahl nicht erfasster Unfälle auszugehen, wobei dabei leichtere Unfälle überproportional vertreten sein dürften.

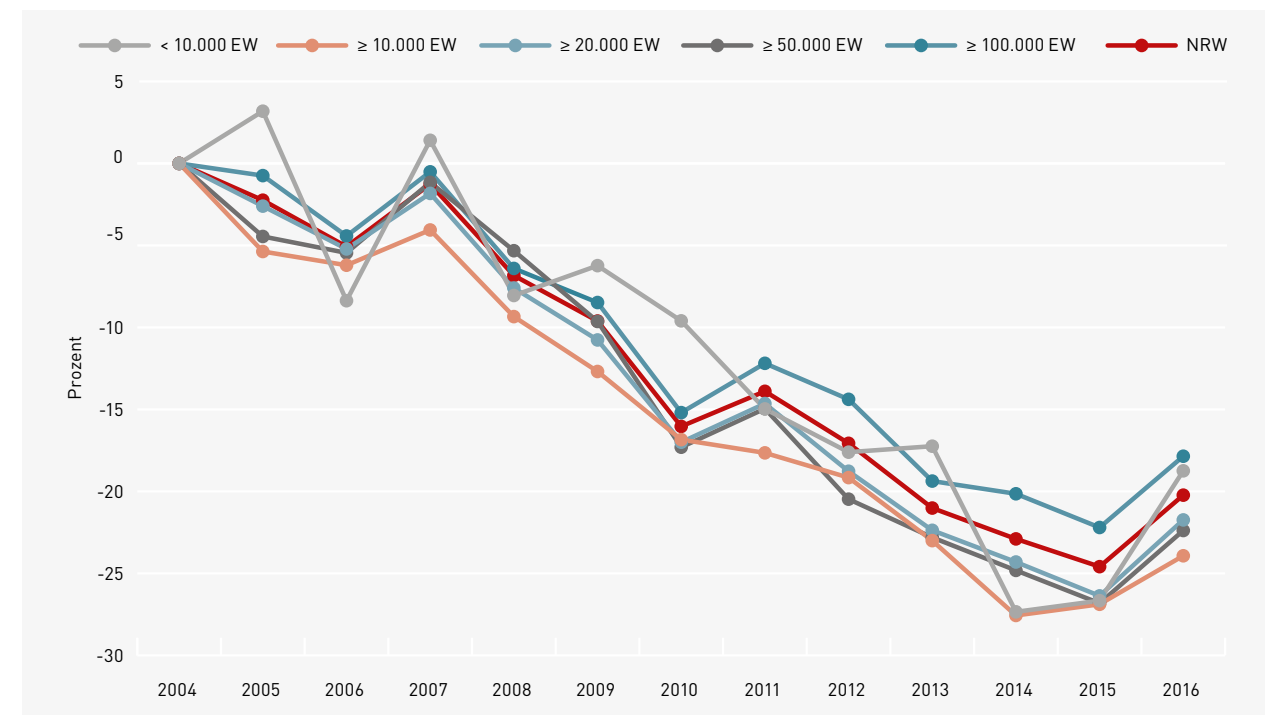
Des Weiteren werden die Ergebnisse durch Änderungen in der Erfassungssystematik beeinflusst. So werden z.B. unter „Unfälle“ in der Statistik keine Bagatellunfälle erfasst, wobei sich die Definition, was unter einem Bagatellunfall zu verstehen ist, dabei mehrmals geändert hat.

Differenzierung

Die Statistik erfasst neben der Zahl der erfassten Straßenverkehrsunfälle auch folgende Daten: Unfälle mit Personenschaden, schwerwiegende Unfälle mit Sachschäden i. e. S., Unfälle unter dem Einfluss berauschender Mittel, Verunglückte, getötete Personen, verletzte Personen.

Die Zahl der Straßenverkehrsunfälle könnte zudem in Relation zu bestimmten Bezugsgrößen dargestellt werden. Beispielsweise könnten hierfür die Bevölkerungszahl oder die Verkehrsfläche verwendet werden.

Abbildung 49: Veränderung Straßenverkehrsunfälle (Basisjahr 2004 = 0)



Pendlerverflechtungen

Definition

Der Indikator der Pendlerverflechtung betrachtet zwei Aspekte: Zuerst wird der Anteil der Pendelnden einer Gemeinde in Relation zu je 1.000 Einwohnern dargestellt. Dabei werden innergemeindlich Pendelnde (Wohn- und Arbeitsort sind identisch), Einpendelnde (Wohnort liegt in einer anderen Gemeinde) und Auspendelnde (Arbeitsort liegt in einer anderen Gemeinde) zusammengezählt.

Gesamtpendelnde (Einpendelnde + Auspendelnde + innergemeindliche Pendelnde)

$$\text{Pendelndendaten} = \frac{\text{Gesamtpendelnden}}{\text{Einwohnerzahl}} * 1.000$$

Bedeutung des Indikators für Nachhaltige Entwicklung

Der berufsbedingte Ortswechsel zwischen Wohn- und Arbeitsstandort zieht vielfältige nachhaltigkeitsrelevante Folgeerscheinungen nach sich. Erhöhtes Verkehrsaufkommen und damit einhergehe Umweltbelastungen (Luftschadstoffe, Lärm), dadurch induzierter Flächenverbrauch, aber auch gesundheitliche Belastungen insbesondere durch das Fernpendeln sind große Herausforderungen für eine Nachhaltige Entwicklung. Im Jahr 2017 hat die durchschnittliche Pendelentfernung mit 16,91 Kilometern für den einfachen Arbeitsweg einen neuen Hochstand erreicht. Ein hohes Aufkommen von Berufspendelnden ist dabei u.a. auch Ausdruck gestiegener Wohnkosten und damit einhergehender Verdrängungstendenzen aus Städten und Gemeinden mit angespannten Wohnungsmärkten, die aber gleichzeitig häufig die Standorte entsprechender Arbeitsplätze sind. Dementsprechend ist ein positives Pendelndensaldo ein Anzeichen für die relative wirtschaftliche Leistungsfähigkeit einer Kommune. Kommunen mit negativem Pendelndensaldo werden auch als „Schlafstädte“ bezeichnet.

Das Pendelndensaldo beschreibt für eine betrachtete Gemeinde die Differenz zwischen Ein- und Auspendelnden pro 1.000 Einwohnern.

Pendelndensaldo (Einpendelnde – Auspendelnde)

$$\text{Pendelndensaldo} = \frac{\text{Pendelndensaldo}}{\text{Einwohnerzahl}} * 1.000$$

Datenvalidität

Die Qualität der zugrundeliegenden Daten ist als gut zu bewerten, da die Pendelndenrechnung NRW auf Vollerhebungen zugreift. Aufgrund methodischer Umstellungen sind die Daten vor dem Jahr 2010 nicht mehr mit den aktuellen Zahlen vergleichbar. Eine Revision der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit sorgte ferner dafür, dass die Ergebnisse der Pendelndenrechnung ab dem Jahr 2013 nur noch bedingt mit den vorherigen Berechnungen vergleichbar sind.

Differenzierung

Eine Differenzierung der Pendelndenrechnung ist nach Geschlecht, Stellung im Beruf, Arbeitsumfang, Wirtschaftsbereichen und Alter möglich. Weitere Informationen dazu finden sich im Pendleratlas NRW: <https://www.pendleratlas.nrw.de/>

Abbildung 50: Gesamtpendelnde je 1.000 EW

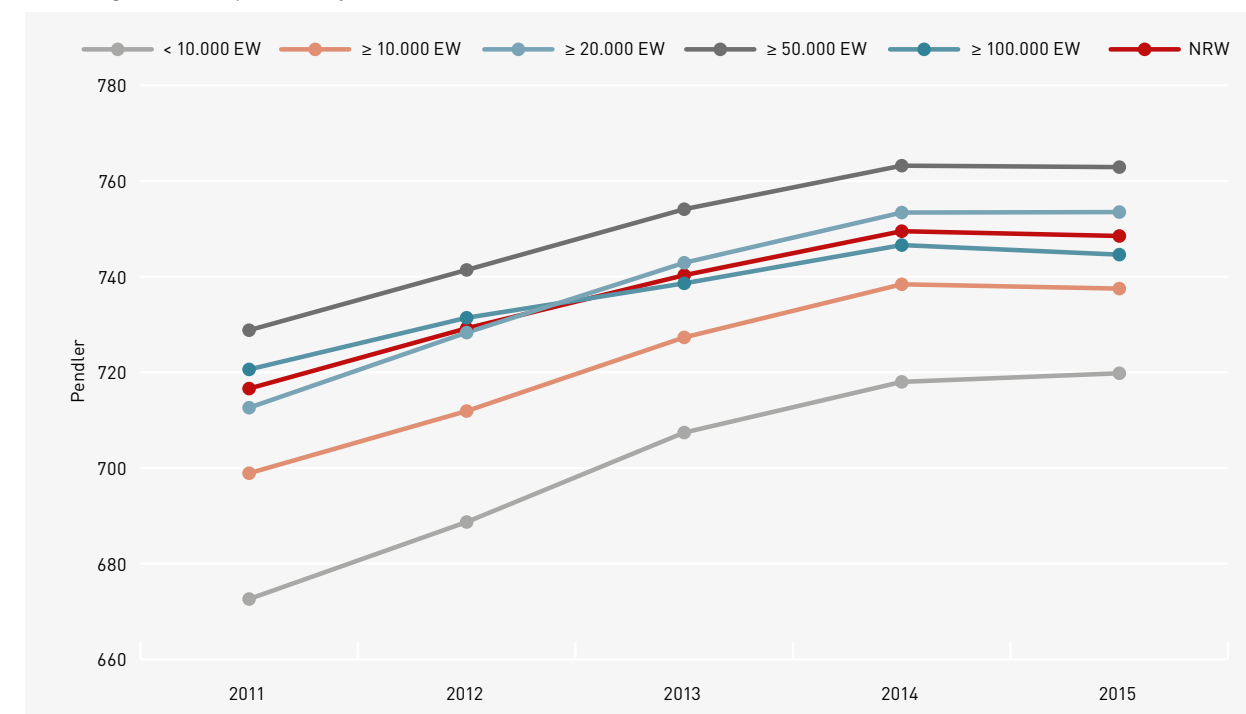
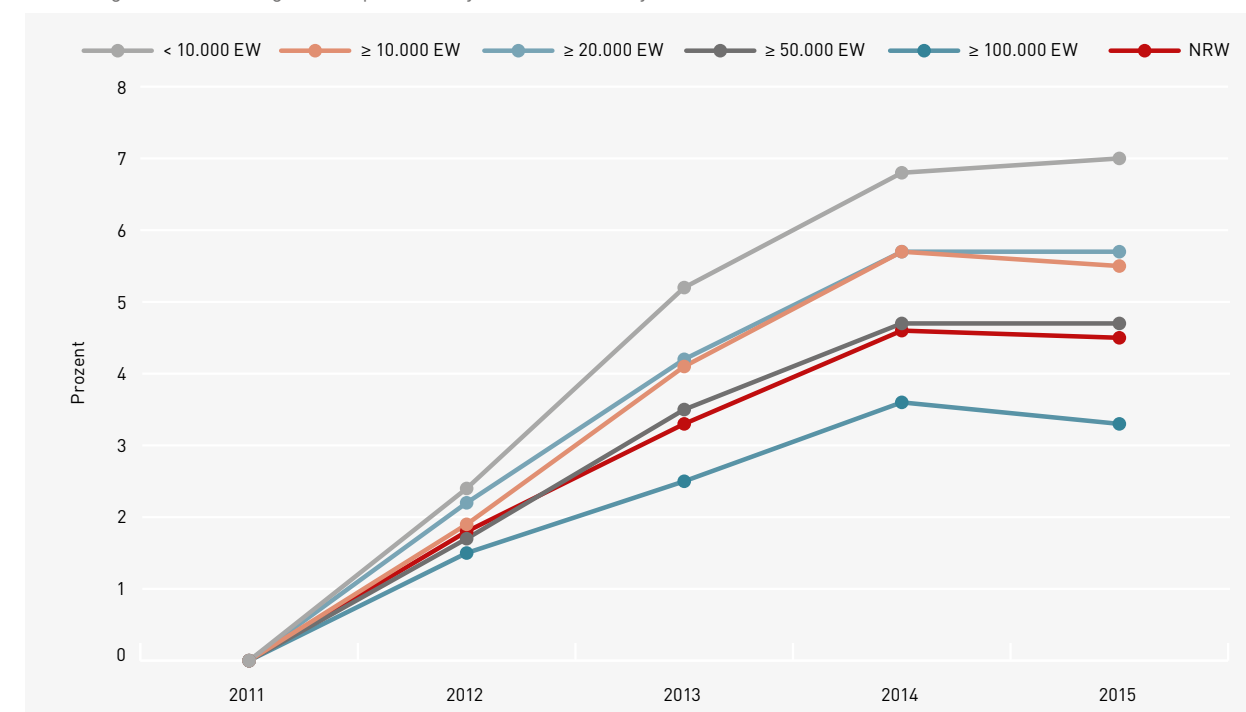


Abbildung 51: Veränderung Gesamtpendelnde je 1.000 EW (Basisjahr 2011 = 0)



Kommunale Schulden

Definition

Der Indikator „kommunale Schulden“ gibt Auskunft über die Höhe der gesamten kommunalen Schulden in Form von Krediten, Kassenkrediten und Wertpapierschulden im Kernhaushalt sowie von kommunalen Eigenbetrieben und sonstigen kommunalen Einrichtungen in öffentlich rechtlicher Form je Einwohner.

$$\text{Schulden je Einwohner (€)} = \frac{\text{Kommunale Schulden (€)}}{\text{Einwohner}}$$

Bedeutung des Indikators für Nachhaltige Entwicklung

Ein Leitprinzip Nachhaltiger Entwicklung ist die intergenerationelle Gerechtigkeit, künftige Generationen sollen die gleichen Möglichkeiten zur Entfaltung haben wie die heutige. Schulden können in dieser Hinsicht ein Ausdruck davon sein, dass heutige Bedürfnisse auf Kosten künftiger Generationen befriedigt werden. Insbesondere eine hohe Verschuldung führt zu hohen Zinszahlungen. Andererseits können Schulden als aufgenommene Finanzmittel auch Investitionen in z.B. technische oder soziale Infrastrukturen sein, von denen insbesondere kommende Generationen profitieren. Hierbei muss aber die Relation der Schulden zur Finanzkraft der Gemeinden berücksichtigt werden.

Während die Agenda 2030 die Reduktion von Schulden nur im Kontext von Entwicklungsländern direkt benennt, werden in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie und der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie konkrete und differenzierte Ziele zum Schuldenabbau und solider Staatsfinanzen benannt und mit entsprechenden Indikatoren hinterlegt.

Datenvalidität

Die integrierte Betrachtung des kommunalen Schuldenstandes trägt der Aufgabenverlagerungen aus den kommunalen Kernhaushalten in öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen (FEU) wie beispielsweise Eigenbetriebe, Zweckverbände oder öffentliche Unternehmen in privater Rechtsform Rechnung. Da hierbei mehrere Gemeinden beteiligt sein können, wird durch eine anteilige Modellrechnung der integrierte Schuldenstand auf die einzelne Gemeinde heruntergebrochen, wodurch der hier verwendete Schuldenstand in Einzelfällen ein statistischer Näherungswert ist.

Differenzierung

Anstatt der gesamten Schulden könnten einzelne Komponenten der Schulden in Relation zur Einwohnerzahl aufgezeigt werden, beispielsweise die Schulden im Kernhaushalt der Kommunen und davon wiederum nur die Kassen- oder Investitionskredite. Ebenso könnten die Schulden der Eigenbetriebe ohne eigene Rechtspersönlichkeit sowie der sonstigen Einrichtungen der Gemeinden dargestellt werden.

Abbildung 52: Verschuldung der Kommunen je Einwohner

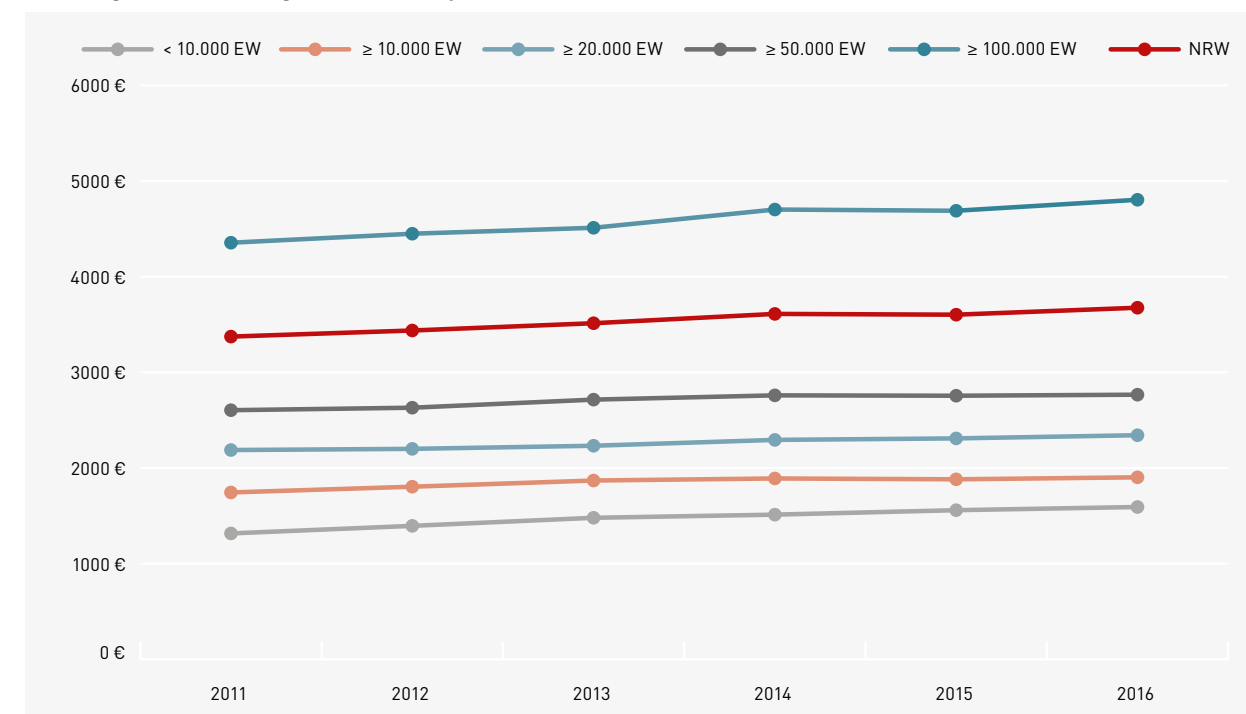
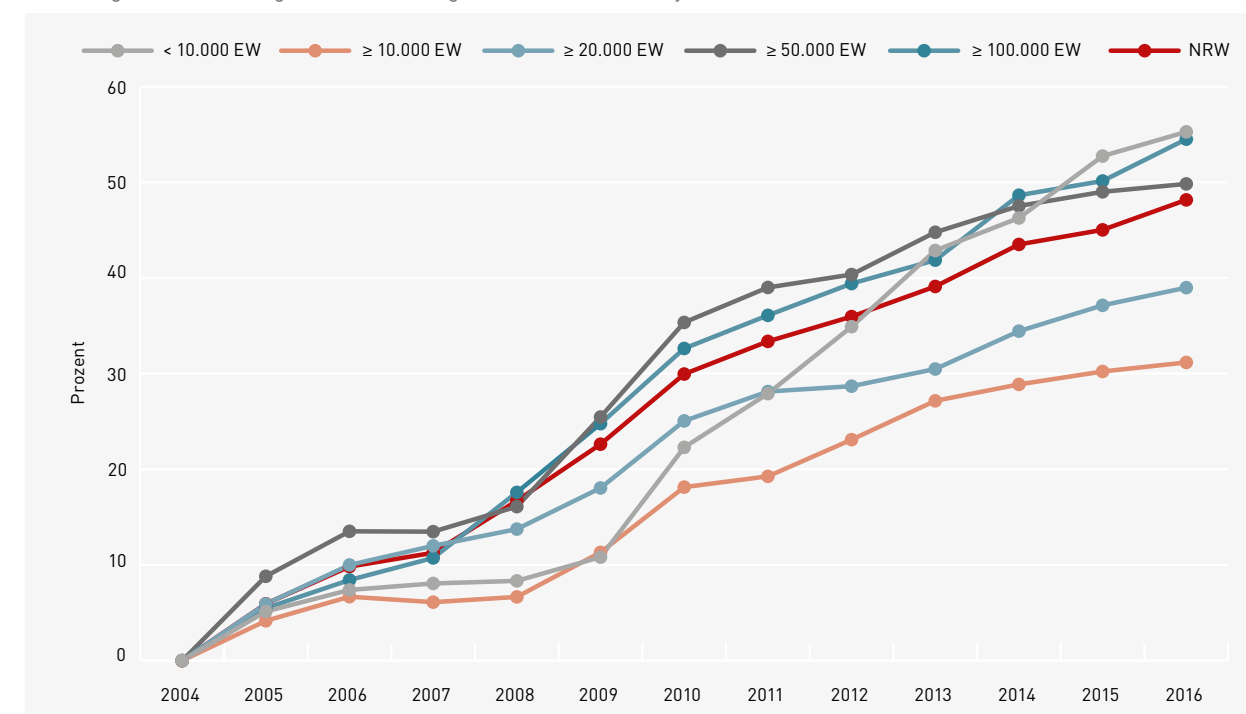


Abbildung 53: Veränderung der Verschuldung der Kommunen (Basisjahr 2004 = 0)



Kassenkredite

Definition

Der Indikator „Kassenkredite“ gibt Auskunft über die Höhe der kommunalen Schulden je Einwohner, die durch die Aufnahme von Kassenkrediten (auch als Liquiditätskredite bezeichnet) verursacht werden.

$$\text{Kassenkredite je Einwohner (€)} = \frac{\text{Kommunale Schulden durch Kassenkredite (€)}}{\text{Einwohner}}$$

Bedeutung des Indikators für Nachhaltige Entwicklung

Kassen- bzw. Liquiditätskredite dienen laut den kommunalrechtlichen Bestimmungen zur Überbrückung kurzfristiger Liquiditätsengpässe. Tatsächlich werden sie von zahlreichen Kommunen mit dauerhaften Haushaltsdefiziten jedoch zur Finanzierung laufender Aufgaben zweckentfremdet. Hohe Kassenkredite stellen ein besonderes Krisenphänomen und Risiko dar, da Ihnen grundsätzlich keine geschaffenen Werte gegenüberstehen (anders als bspw. bei Investitionskrediten). Eine Folge von hohen Kassenkrediten sind meist zwangsläufig weitere Sparprogramme, ein starker Einfluss der Kommunalaufsicht und geringe Investitionen. Der kommunale Gestaltungsspielraum wird durch hohe kommunale Schulden in Form von Kassenkrediten stark beeinträchtigt. Für die intergenerationelle Gerechtigkeit, dem Leitprinzip Nachhaltiger Entwicklung, kann dies eine Gefahr darstellen, da notwendige Investitionen z.B. in die Zukunftsfähigkeit kommunaler Infrastrukturen aufgeschoben werden. Durch die zu begleichenden Zinslasten werden zudem auch die zukünftigen finanziellen Handlungsspielräume der Kommunen beeinträchtigt.

Datenvalidität

Die Daten der Schuldenstatistik werden als Vollerhebung von den jeweiligen Gemeinden und Gemeindeverbänden bezogen. Die Qualität der zugrundeliegenden Daten ist daher als gut zu bewerten. Inwiefern die aufgenommenen Kassenkredite entsprechend ihrer eigentlichen Bestimmung zur Deckung kurzfristiger Engpässe oder für andere Zwecke verwendet wurden, lässt sich aus der vorliegenden Statistik nicht ableiten. Untersuchungen in NRW zeigen jedoch, dass seit dem Jahr 2008 ein wesentlicher Teil der aufgenommenen Kassenkredite nicht für die Abdeckung von Defiziten notwendig war.

Differenzierung

Die kommunalen Gesamtschulden können aufgliedert in einzelne Komponenten und in Relation zur Einwohnerzahl aufgezeigt werden. Die Daten erlauben eine Differenzierung nach Schulden der Eigenbetriebe ohne eigene Rechtspersönlichkeit, Schulden sonstiger Einrichtungen der Gemeinden und den Schulden der kommunalen Kernhaushalte. Die Schulden der Kernhaushalte lassen sich wiederum differenziert nach Kassen- oder Investitionskrediten darstellen.

Abbildung 54: Kassenkredite der Kommunen je Einwohner

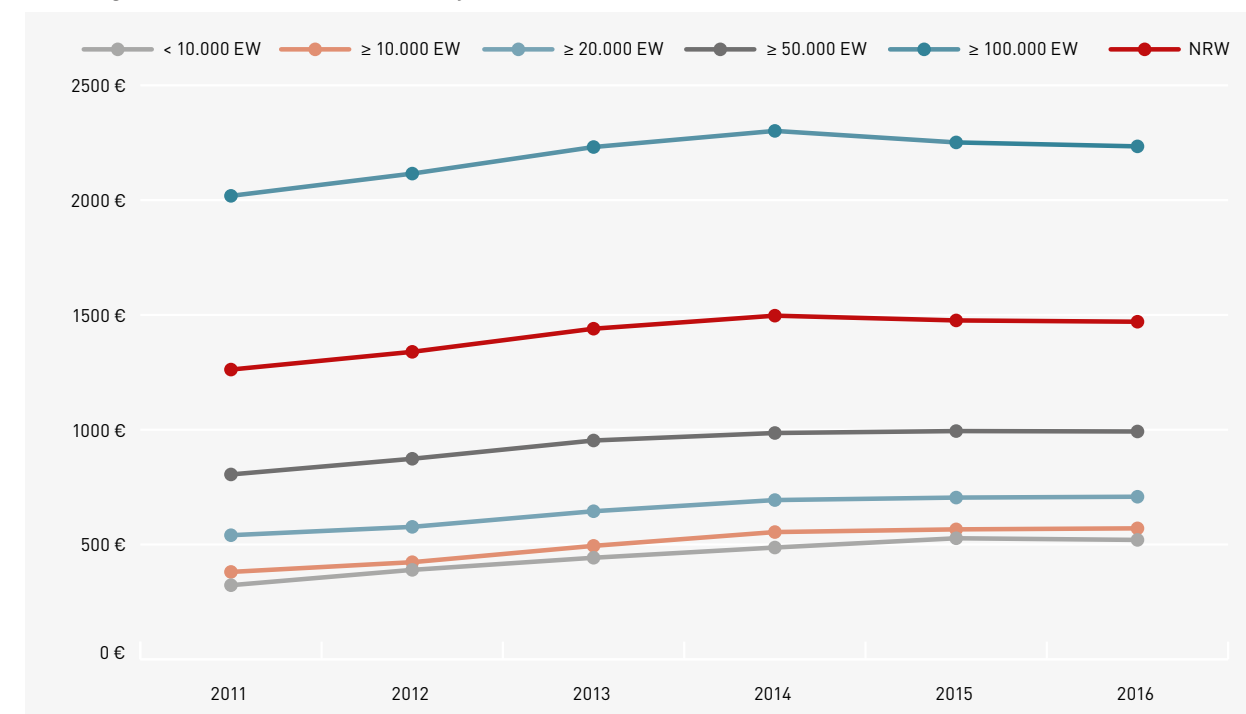
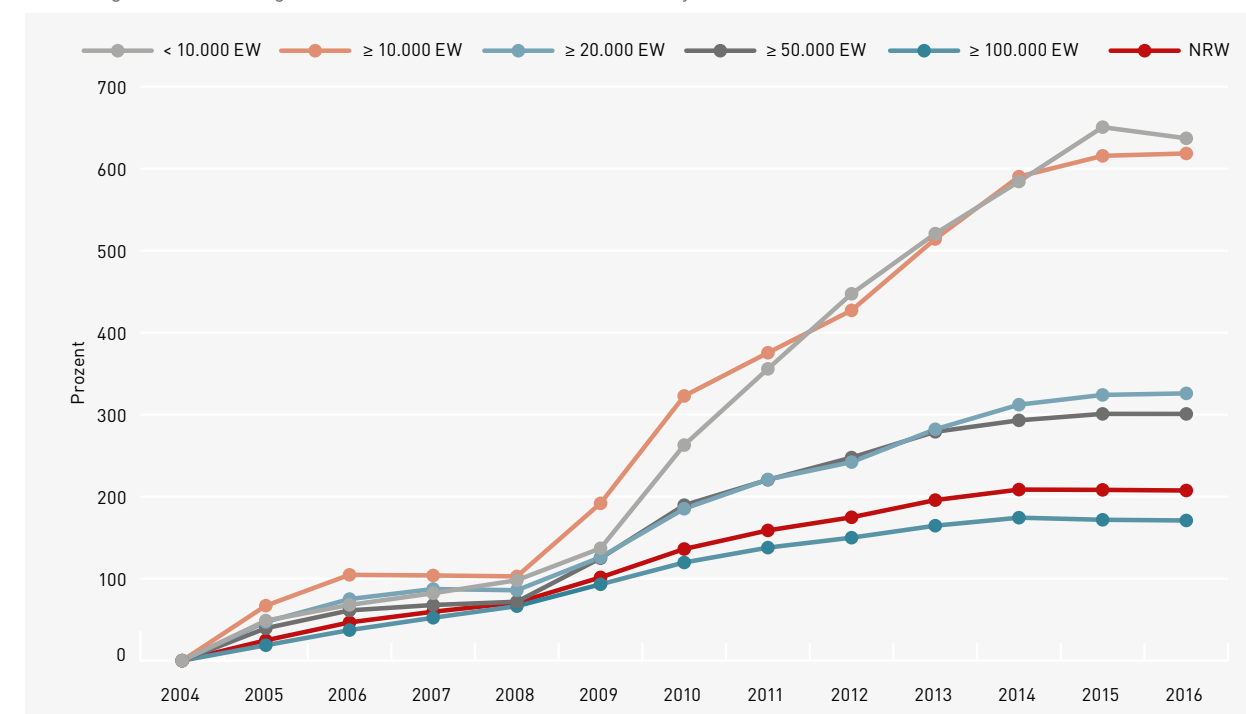


Abbildung 55: Veränderung der Kassenkredite der Kommunen (Basisjahr 2004 = 0)



Steuereinnahmekraft

Definition

Die Steuereinnahmekraft ermittelt sich als Summe aus der Realsteueraufbringungskraft und den Gemeindeanteilen an der Lohn- und Einkommenssteuer sowie Umsatzsteuer abzüglich der Gewerbesteuerumlage. Für eine bessere Vergleichbarkeit auf Gemeindeebene bietet es sich an, die Steuereinnahmekraft ins Verhältnis mit der Einwohnerzahl zu setzen.

$$\text{Steuereinnahmekraft} = \frac{\text{Gesamte kommunale Steuereinnahmen}}{\text{Einwohnerzahl}}$$

Bedeutung des Indikators für Nachhaltige Entwicklung

Die Steuereinnahmekraft ist ein Indikator für die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Gemeinden. In Ergänzung mit dem Indikator „Kommunale Schulden je Einwohner“ lässt sich die ökonomische Situation der öffentlichen Haushalte einer Gemeinde näherungsweise beurteilen. Die finanzielle Ausstattung des kommunalen Haushalts lässt Schlüsse auf die Handlungsspielräume einer Kommune zu, ihre pflichtigen und freiwilligen Aufgaben wahrzunehmen.

Datenvalidität

Die Daten werden von den auskunftspflichtigen Gemeinden an die Statistischen Ämter der Länder übermittelt. Es handelt sich also um Angaben aus der laufenden Buchführung der Gemeinden. Grundsätzliche qualitative Einschränkungen liegen deshalb nicht vor.

Differenzierung

Eine weitere Differenzierung nach Art der Steuereinnahmen ist möglich (z.B. nach Lohn-, Gewerbe- und Umsatzsteuer).

Abbildung 56: Steuereinnahmekraft je Einwohner

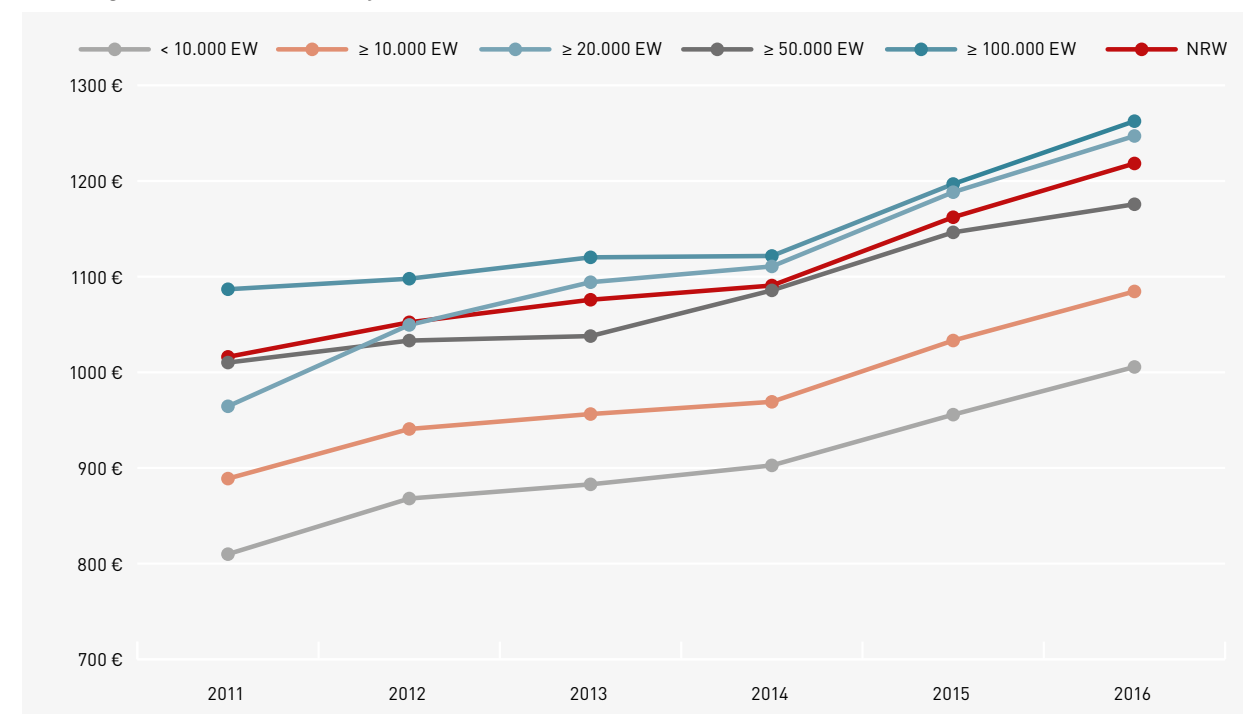
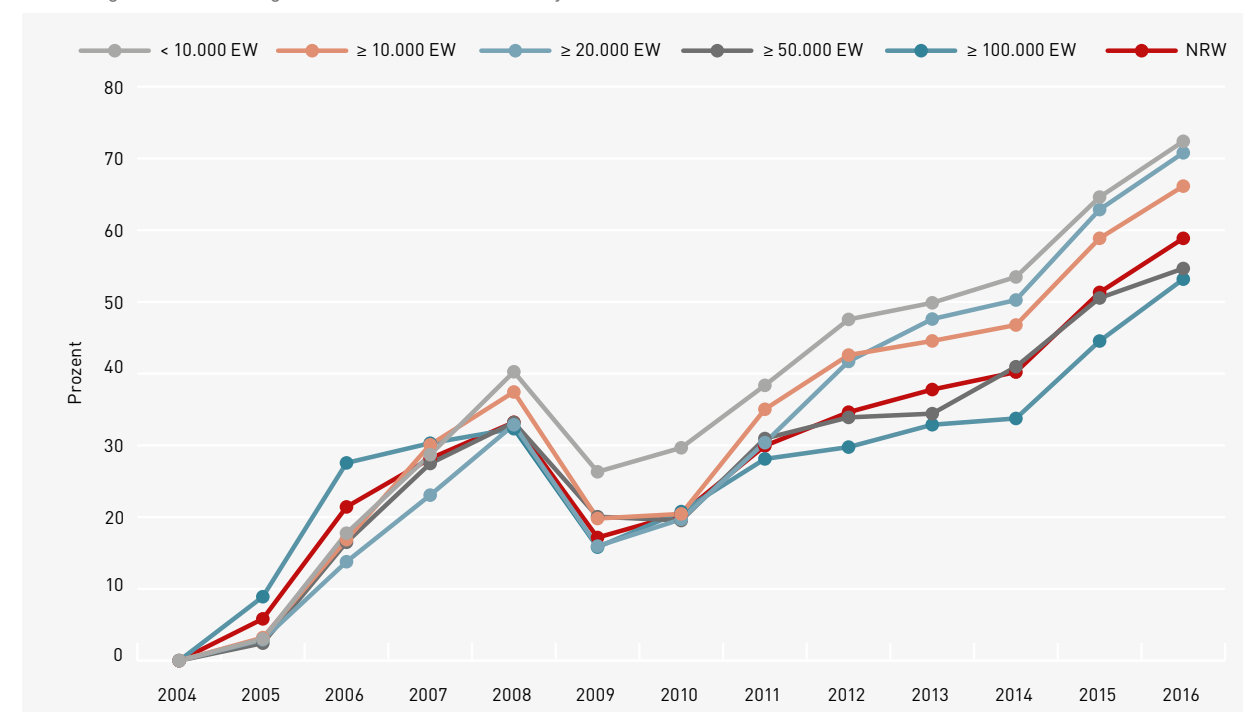


Abbildung 57: Veränderung Steuereinnahmekraft (Basisjahr 2004 = 0)



Mindestsicherungsquote

Definition

Unter den Grundsicherungsleistungen sind die Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II, laufende Hilfen zum Lebensunterhalt außerhalb

von Einrichtungen nach dem SGB XII, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII sowie Regelleistungen nach dem AsylbLG zusammengefasst. Die Grundsicherungsquote gibt demnach den Anteil von Empfangenden von Grundsicherungsleistung an der Bevölkerung in % an.

$$\text{Anteil Empfangende Grundsicherungsleistung} = \frac{\text{Empfangende Grundsicherungsleistung}}{\text{Gesamtbevölkerung}} * 100$$

Bedeutung des Indikators für Nachhaltige Entwicklung

Grundsicherungsleistungen werden von Menschen in Anspruch genommen, wenn sie z.B. aufgrund von gering entlohnten Arbeitsverhältnissen, Arbeitslosigkeit, einer geringen Rente im Alter oder ihren Lebensumständen als Asylsuchende bzw. -berechtigte nicht in der Lage sind, selbst in ausreichendem Maße für ihren Unterhalt zu sorgen. Damit gehören sie zu dem akut armutsgefährdeten Teil der Bevölkerung. Die Grundsicherungsquote ist somit ein Indikator, der das Ausmaß von Armut und sozialer Ausgrenzung misst. Ein hoher bzw. wachsender Teil von Menschen, die auf Grundsicherungsleistungen angewiesen sind, kann sich negativ auf den sozialen Zusammenhalt einer Gesellschaft auswirken und steht damit einer Nachhaltigen Entwicklung entgegen. Da die Grundsicherungsleistungen aus dem kommunalen Haushalt bestritten werden, bedeutet eine hohe Quote weiterhin eine Einschränkung der finanziellen Handlungsfähigkeit der Kommune für freiwillige Aufgaben und kann zu einer weiteren Verschuldung führen.

Datenvalidität

Die Datengrundlage für diesen Indikator ist weitgehend verlässlich, da die Statistik direkt von den jeweiligen leistungsauszahlenden Stellen übermittelt wird (z.B. Bundesagentur für Arbeit). Jedoch fehlen laut IT.NRW für das Jahr 2011 für einzelne Gemeinden aufgrund „unplausibler bzw. unvollständiger Datenlage“ einige Werte.

Weiterhin ist zu beachten, dass zu der Gesamtzahl von Empfangenden von Grundsicherungsleistungen in NRW ebenso Personen gerechnet werden, die Leistungen nach dem SGB XII oder Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz von Trägern aus NRW erhalten, aber außerhalb von NRW wohnen.

Differenzierung

Die Mindestsicherungsleistungsquote kann nach Art der vier Mindestsicherungsleistungen differenziert dargestellt werden. Weiterhin ist eine Differenzierung nach Leistungsempfängenden mit und ohne deutschen Pass möglich.

Abbildung 58: Anteil der Empfangenden von Grundsicherung an Gesamtbevölkerung

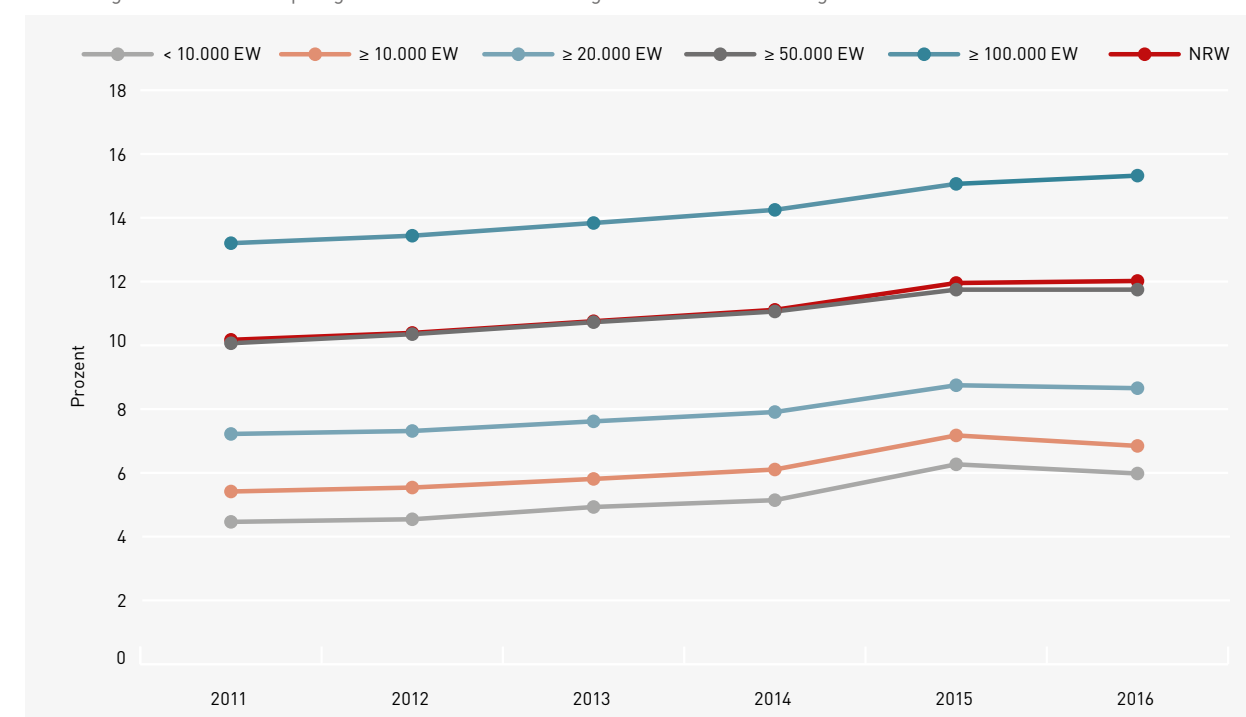
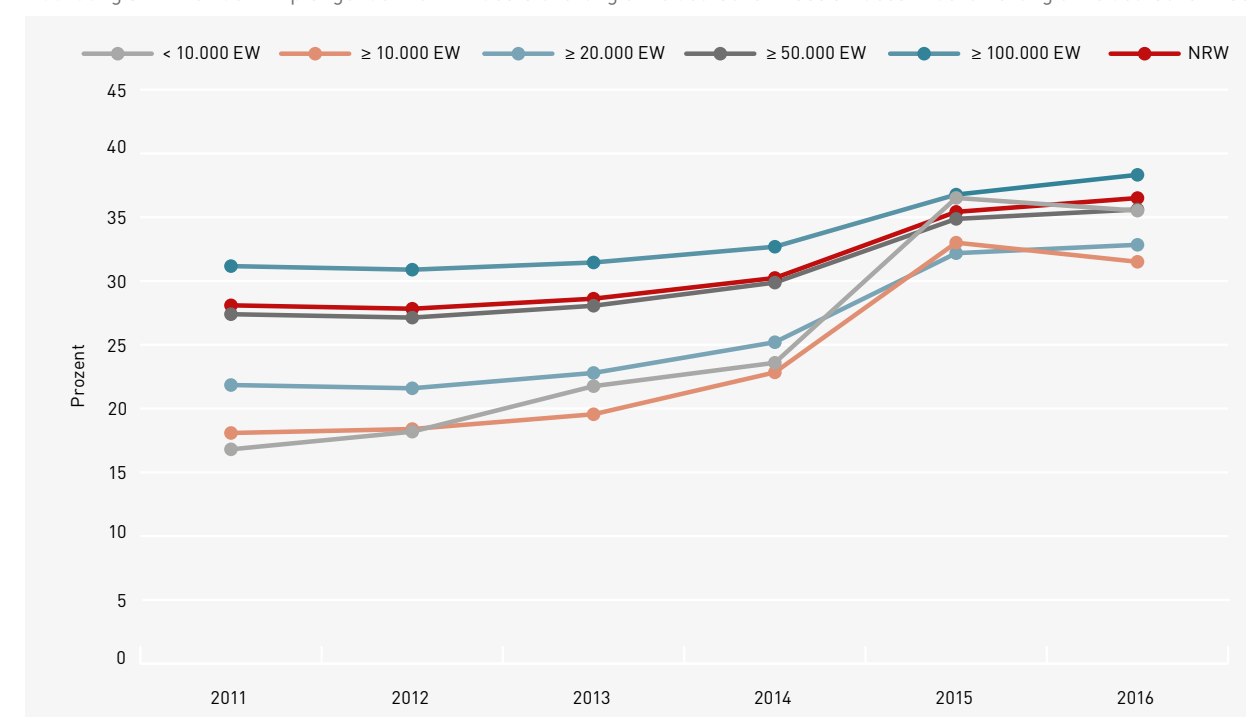


Abbildung 59: Anteil der Empfangenden von Mindestsicherung ohne deutschen Pass an Gesamtbevölkerung ohne deutschen Pass



Beschäftigungsquote

Definition

Der Indikator „Beschäftigungsquote“ gibt Auskunft über das Verhältnis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort in Relation zur Gesamtbevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15-64 Jahre).

$$\text{Beschäftigungsquote} = \frac{\text{soz. ver. Beschäftigte am Wohnort}}{\text{Bevölkerung (15-64 Jahre)}} * 100$$

Bedeutung des Indikators für Nachhaltige Entwicklung

Der Indikator „Beschäftigungsquote“ trifft unterschiedliche Aussagen im Sinne einer Nachhaltigen Entwicklung, die wiederum von der Bezugsgröße Wohnort/Arbeitsort abhängen. In ökonomischer Hinsicht gibt er indirekt Auskunft über die effiziente Nutzung der lokalen Arbeitskräftepotenziale (v.a. Wohnort). Unter Bezug auf den Arbeitsort drücken sich in diesem Indikator wiederum die ökonomischen Potenzen einer Kommune aus, vor Ort Arbeitsplätze bereitzustellen. Insofern ist der Indikator ein Maßstab für die wirtschaftlichen Aktivitäten einer Kommune.

In beiden Fällen (Wohn- und Arbeitsort) werden die sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten gewertet. Dieser Typ eines Beschäftigungsverhältnisses kann gegenüber prekären Beschäftigungsverhältnissen (z.B. Minijobs) als sozial nachhaltiger begriffen werden, da es stärker der Absicherung der individuellen Lebensgrundlage sowie der gemeinschaftlichen Sozialsysteme dient. Mit einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung gehen aber auch verstärkt soziale Aspekte, wie gesellschaftliche Teilhabe oder sozialer Anerkennung einher.

Datenvalidität

Der Beschäftigtenquotient gibt keine Auskunft über das absolute Maß der Beschäftigung in einer Kommune, da Beamte, Selbstständige, mithelfende Familienangehörige sowie geringfügig Beschäftigte ohne Versicherungspflicht nicht berücksichtigt werden. Im Vergleich mit dem häufig verwendeten Indikator „Erwerbstätigenquote“ wird somit nur ein kleinerer Ausschnitt von Beschäftigung aufgezeigt. Dies hängt mit der Datenverfügbarkeit auf der kommunalen Ebene zusammen, hier gibt es keine Aufbereitung von Daten zur Erwerbstätigkeit.

Differenzierung

Eine Differenzierung des Indikators wäre hinsichtlich seiner Relation der erwerbsfähigen Bevölkerung möglich. Die längeren Ausbildungszeiten berücksichtigend könnte z.B. die Altersspanne 20-64 Jahre verwendet werden.

Abbildung 60: Beschäftigtenquote (Wohnort)

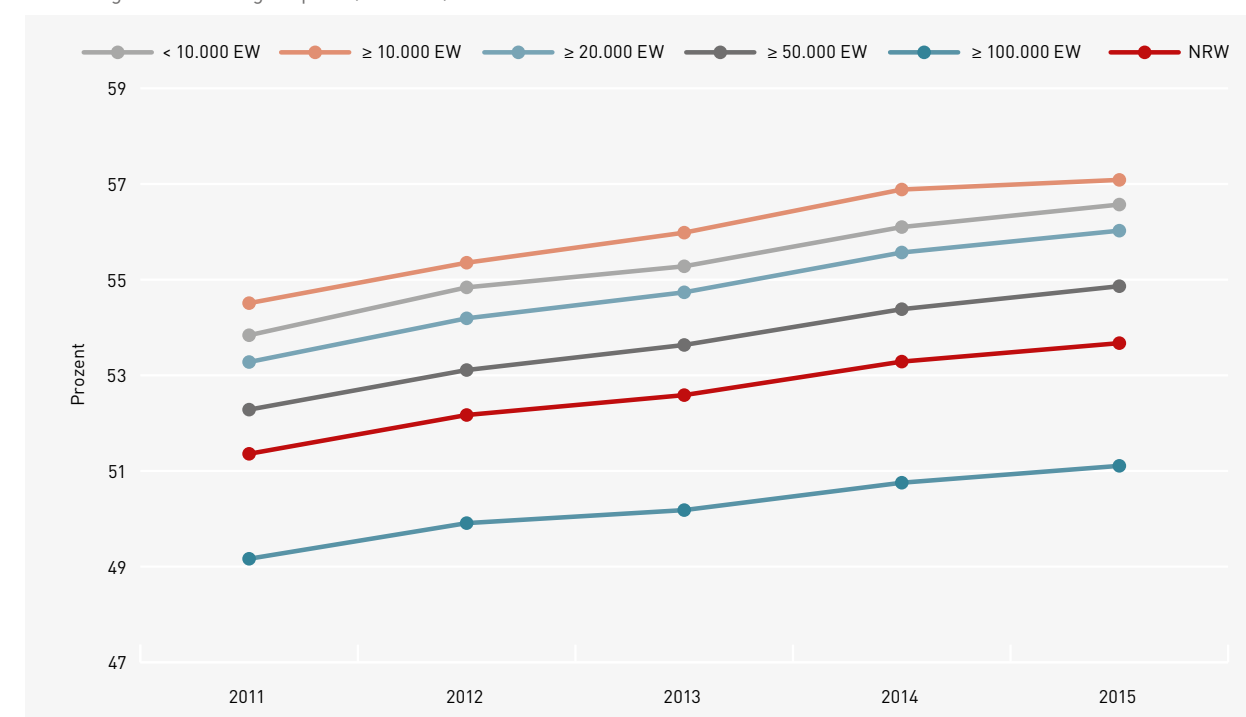
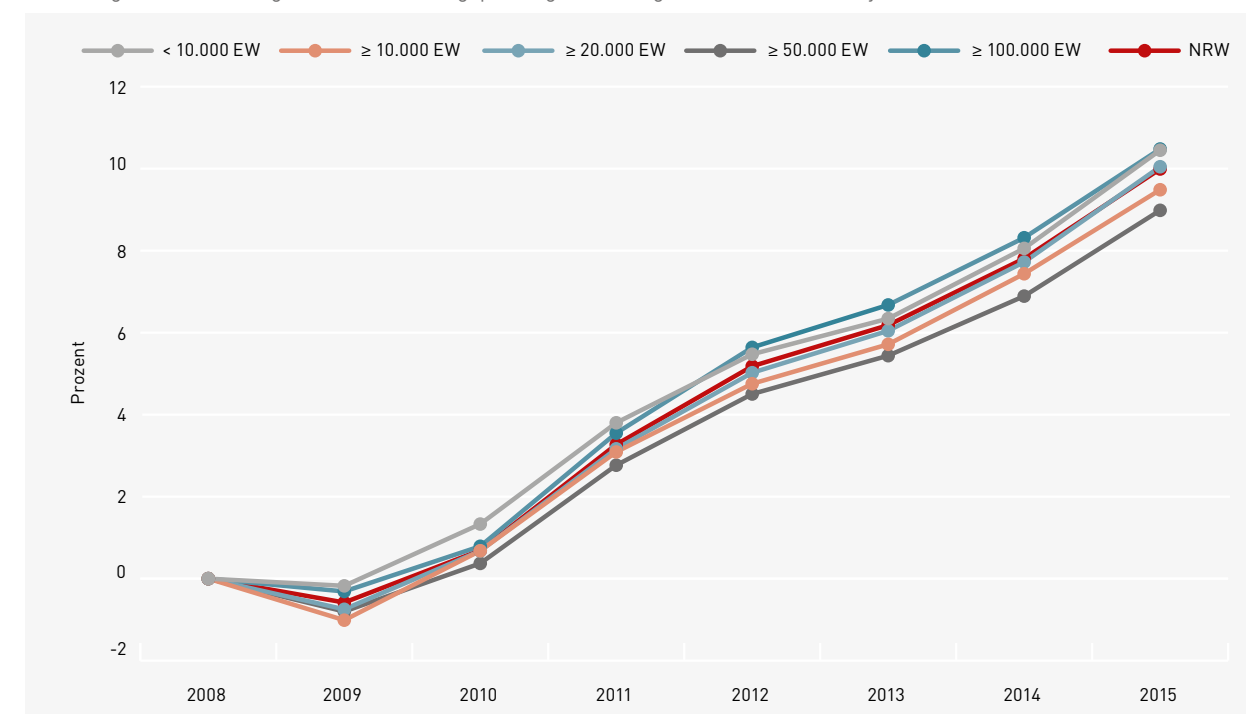


Abbildung 61: Veränderung sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort (Basisjahr 2008 = 0)



Entwicklung sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

Definition

Mit diesem Indikator wird die relative Veränderung der sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmende am Wohnort dargestellt.

$$\text{Entw. soz. vers. Beschäftigte (\%)} = \frac{\text{soz. ver. Beschäftigte am Wohnort}_{n+1}}{\text{soz. ver. Beschäftigte am Wohnort}_n} * 100 - 100$$

Bedeutung des Indikators für Nachhaltige Entwicklung

Das globale Nachhaltigkeitsziel 8.5 sieht bis 2030 eine produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle Frauen und Männer, einschließlich junger Menschen und Menschen mit Behinderungen vor sowie gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit. Eine Steigerung der erwerbstätigen Personen wird auch als Ziel in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie und der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie genannt.

Das in diesem Indikator betrachtete sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnis kann gegenüber prekären Beschäftigungsverhältnissen (z.B. Minijobs) als sozial nachhaltiger begriffen werden, da es stärker der Absicherung der individuellen Lebensgrundlage sowie der gemeinschaftlichen Sozialsysteme dient. Mit einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung gehen aber auch verstärkt soziale Aspekte, wie gesellschaftliche Teilhabe oder sozialer Anerkennung einher.

Datenvalidität

Die Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gibt keine Auskunft über das absolute Maß der Beschäftigung in einer Kommune, da Beamte, Selbstständige, mithelfende Familienangehörige sowie geringfügig Beschäftigte ohne Versicherungspflicht nicht berücksichtigt werden. Im Vergleich mit dem häufig verwendeten Indikator „Erwerbstätigenquote“ (wie in der Deutschen und NRW-Strategie) wird somit nur ein kleinerer Ausschnitt von Beschäftigung aufgezeigt. Dies hängt mit der Datenverfügbarkeit auf der kommunalen Ebene zusammen, hier gibt es keine Aufbereitung von Daten zur Erwerbstätigkeit.

Differenzierung

Der Indikator kann auf Grundlage der verfügbaren Daten auf Ebene der Gemeinden nach Geschlecht, Nationalität sowie hinsichtlich Voll- oder Teilzeitbeschäftigung disaggregiert werden.

Abbildung 62: Veränderung sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (männlich) am Wohnort (Basisjahr 2008 = 0)

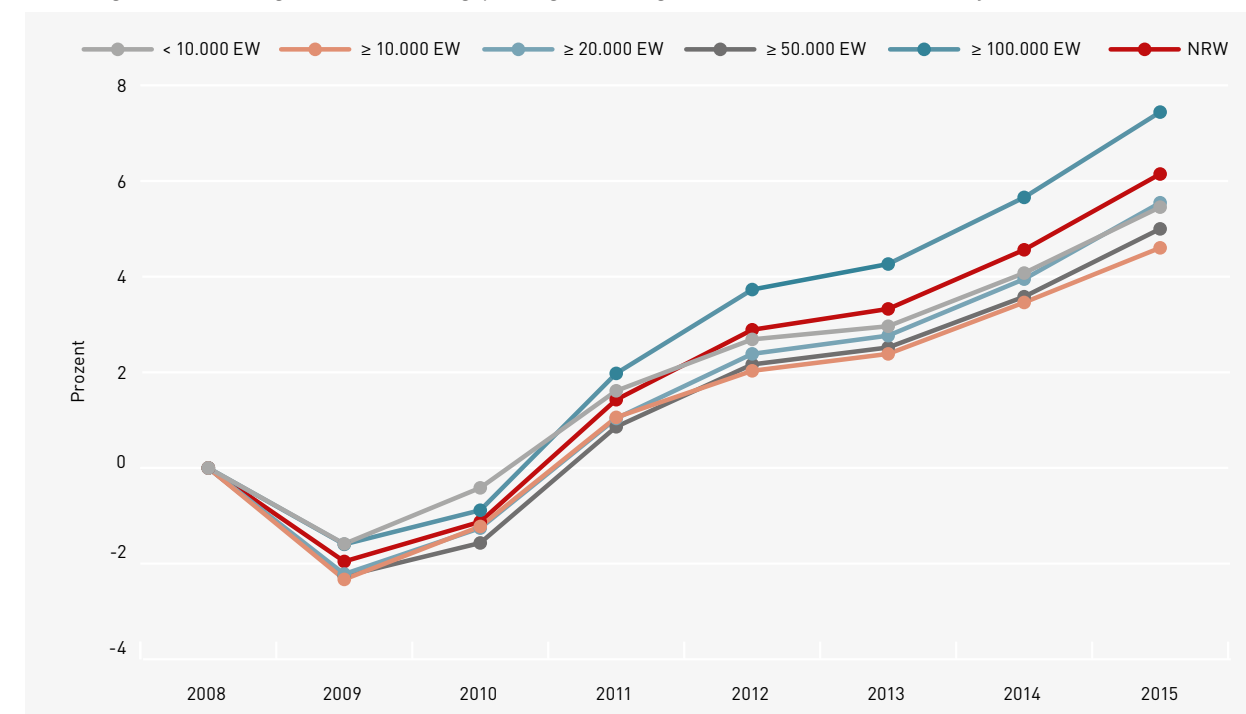
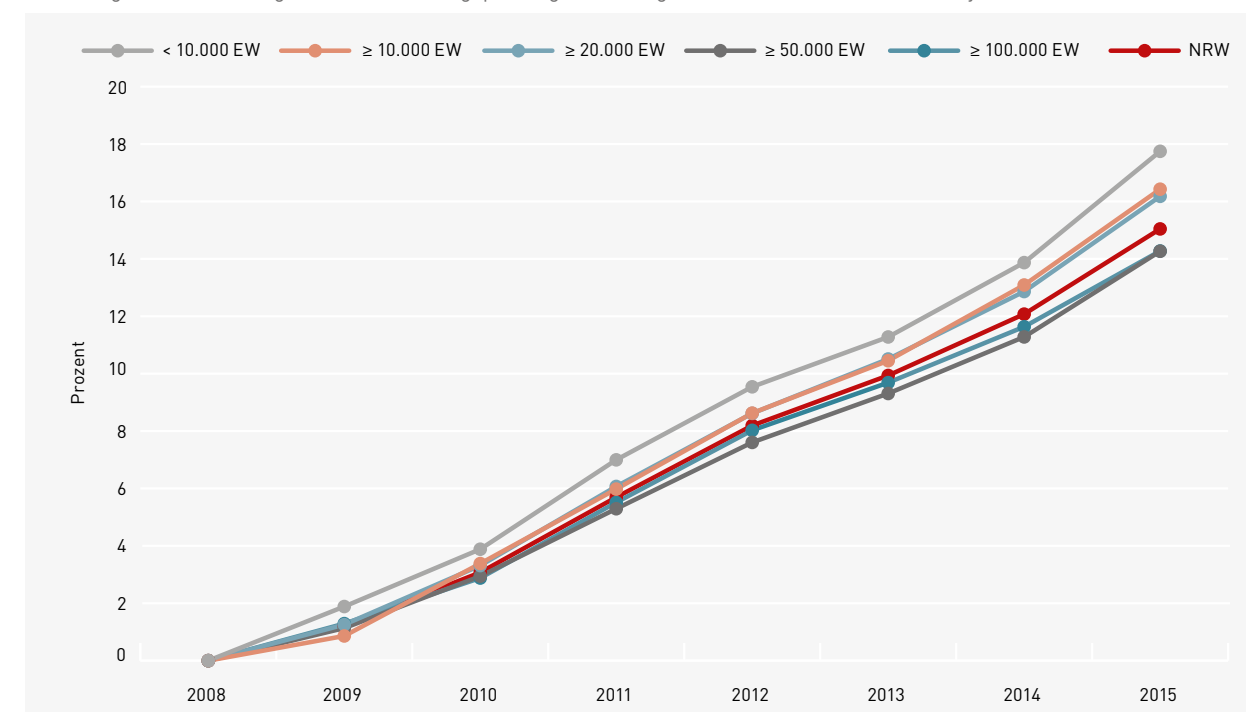


Abbildung 63: Veränderung sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (weiblich) am Wohnort (Basisjahr 2008 = 0)



Arbeitslosenanteil

Definition

Definitionstext fehlt: Der Indikator Arbeitslosenanteil stellt das Verhältnis der Arbeitslosen in Relation zu den potenziellen Erwerbspersonen in einer

Kommune dar. Die potenziellen Erwerbspersonen setzen sich aus den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sowie den Arbeitslosen zusammen.

Arbeitslosenanteil = $\frac{\text{Arbeitslose}}{\text{soz. ver. Beschäftigte am Wohnort} + \text{Arbeitslose}} \cdot 100$

Bedeutung des Indikators für Nachhaltige Entwicklung

Ähnlich wie der Indikator „Beschäftigungsquote“ können auch über den Indikator „Arbeitslosenanteil“ unterschiedliche Aussagen in Hinblick auf eine Nachhaltige Entwicklung abgeleitet werden. In sozialer Hinsicht kann er durch die Desaggregation der vorhandenen Daten Aussagen zu den Teilhabemöglichkeiten am Arbeitsmarkt, z.B. von Mitbürgern ohne deutschen Pass treffen und so Ungleichgewichte bezüglich der gesellschaftlichen Teilhabe oder der sozialen Anerkennung sichtbar machen. In ökonomischer Hinsicht kann er indirekte Hinweise über die Entwicklung der lokalen Wirtschaft sowie den Beitrag der kommunalen Gemeinschaft zur Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme geben.

Datenvalidität

In der vorliegenden Berechnung werden aufgrund mangelnder Datenverfügbarkeit ausschließlich die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten als Be-

zugsgröße für die Berechnung des Arbeitslosenanteils herangezogen. Diese stellen jedoch nur einen Teil der zivilen bzw. abhängigen zivilen Erwerbspersonen dar, die beispielsweise von der Arbeitsagentur als Bezugsgröße verwendet werden. Der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an allen zivilen Erwerbspersonen betrug bundesweit im Durchschnitt der letzten zehn Jahre rund 65 Prozent. Aus diesem Grund fallen die berechneten Arbeitslosenanteile höher aus. Dies gilt es bei der Interpretation der Ergebnisse zu berücksichtigen.

Differenzierung

Der Indikator „Arbeitslosenanteil“ kann nach Geschlecht oder Herkunft (mit/ohne deutschen Pass) differenziert werden. Er dient dann als Anzeiger für Chancengleichheit unter den Geschlechtern und kann erste Hinweise auf die Chancengleichheit zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund geben.

Abbildung 64: Arbeitslosenanteil

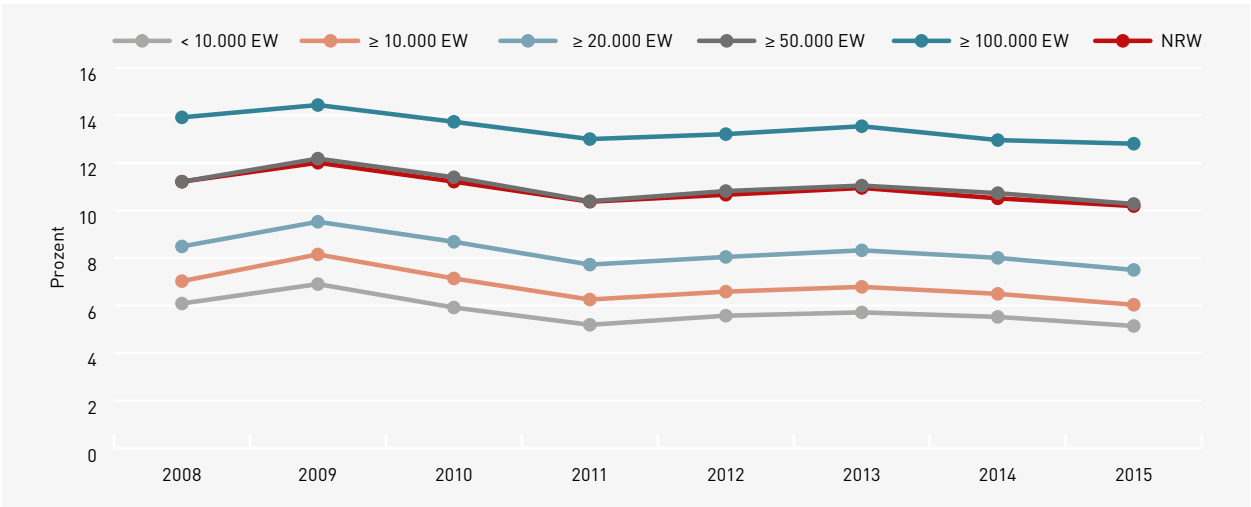


Abbildung 65: Arbeitslosenanteil (männlich)

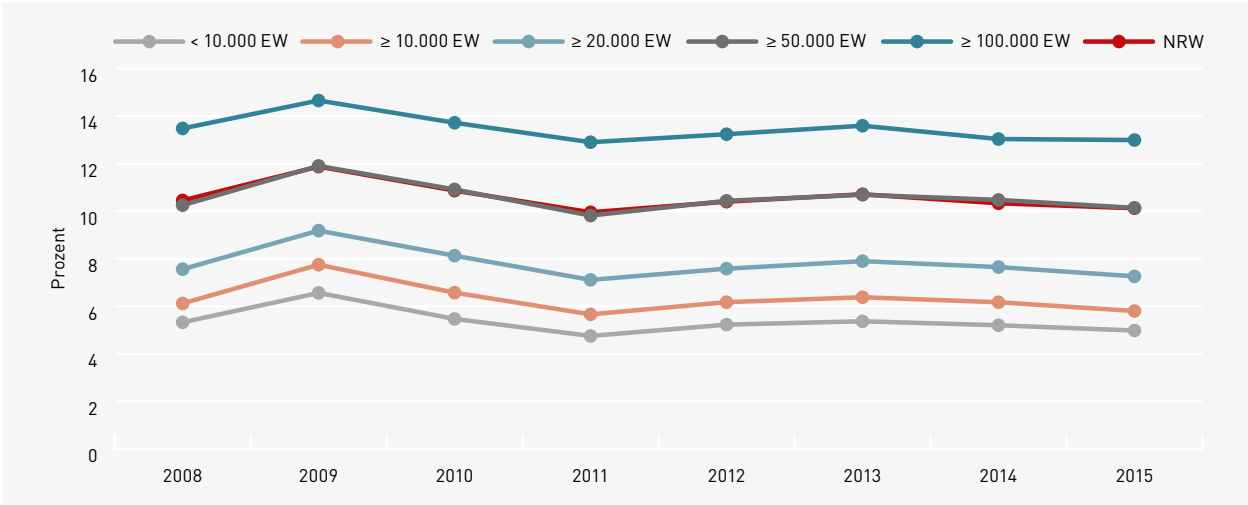


Abbildung 66: Arbeitslosenanteil (weiblich)

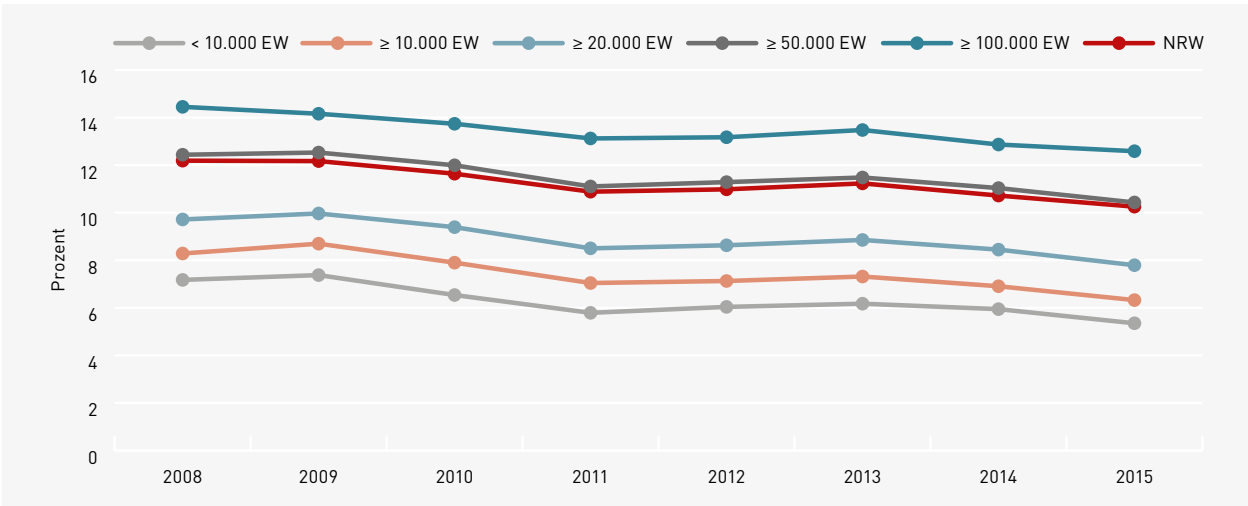
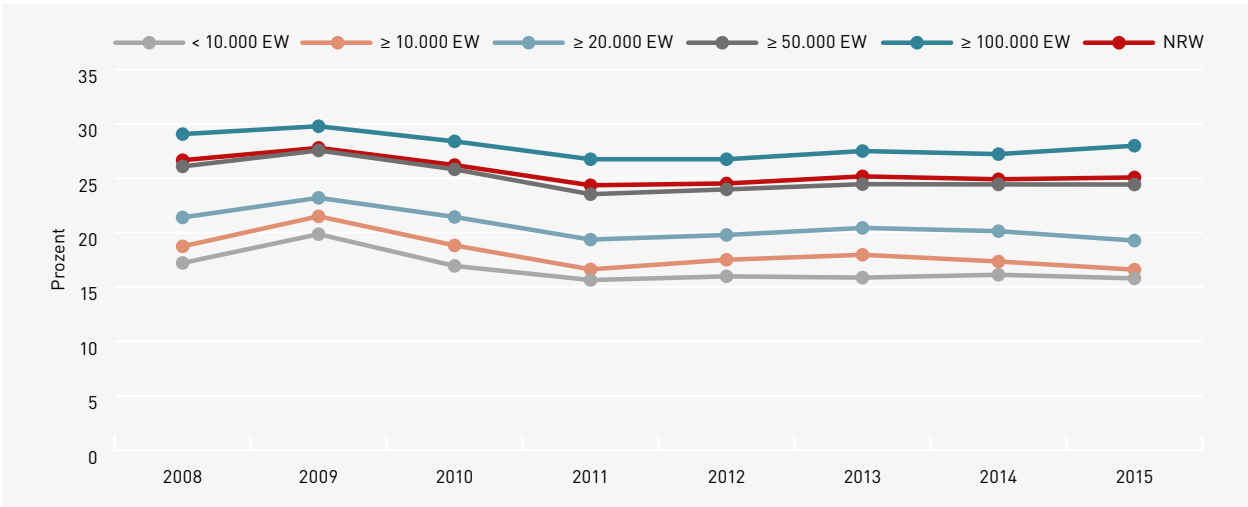


Abbildung 67: Arbeitslosenanteil (o. dt. Pass)



Arbeitsplatzdichte

Definition

Der Indikator „Arbeitsplatzdichte“ bemisst die Anzahl der Arbeitsplätze in einer Kommune in Relation zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter.

$$\text{Arbeitsplatzdichte} = \frac{\text{soz. ver. Beschäftigte am Arbeitsort}}{\text{Bevölkerung 15 – 64 Jahre}} \cdot 1.000$$

Bedeutung des Indikators für Nachhaltige

Entwicklung

Analog zum Indikator der Pendelndenverflechtungen ist eine hohe Arbeitsplatzdichte ein Anzeiger für die relative wirtschaftliche Leistungsfähigkeit einer Kommune. Mit ihr können verschiedene ökonomische Verbundeffekte einhergehen, die wiederum lokale Wertschöpfungskreisläufe initiieren und stärken können. Demgegenüber stehen aber auch Herausforderungen, die eine nachhaltige ökonomische, soziale und ökologische Entwicklung gefährden können. Institutionelle Lock-In-Effekte können zusammen mit steigenden Preisen für die lokal beschränkten Produktionsfaktoren Innovationshemmnisse bedeuten. Steigende Lebenshaltungs- und Umweltkosten (steigende Miet- und Grundstückspreise, erhöhtes Verkehrsaufkommen, Flächeninanspruchnahme etc.) haben vielfältige negative Auswirkungen auf die lokale Bevölkerung und können auch eine nachhaltige ökonomische Entwicklung gefährden.

Datenvalidität

Die Arbeitsplatzdichte gibt keine Auskunft über das absolute Maß der Konzentration von Beschäftigung in einer Kommune, da Beamte, Selbstständige, mithelfende Familienangehörige sowie geringfügig Beschäftigte ohne Versicherungspflicht nicht berücksichtigt werden (siehe auch Indikatoren 22-24).

Differenzierung

Der Indikator kann auf Grundlage der verfügbaren Daten auf Ebene der Gemeinden nach Geschlecht, Nationalität sowie hinsichtlich Voll- oder Teilzeitbeschäftigung disaggregiert werden.

Abbildung 68: Arbeitsplatzdichte (sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort)

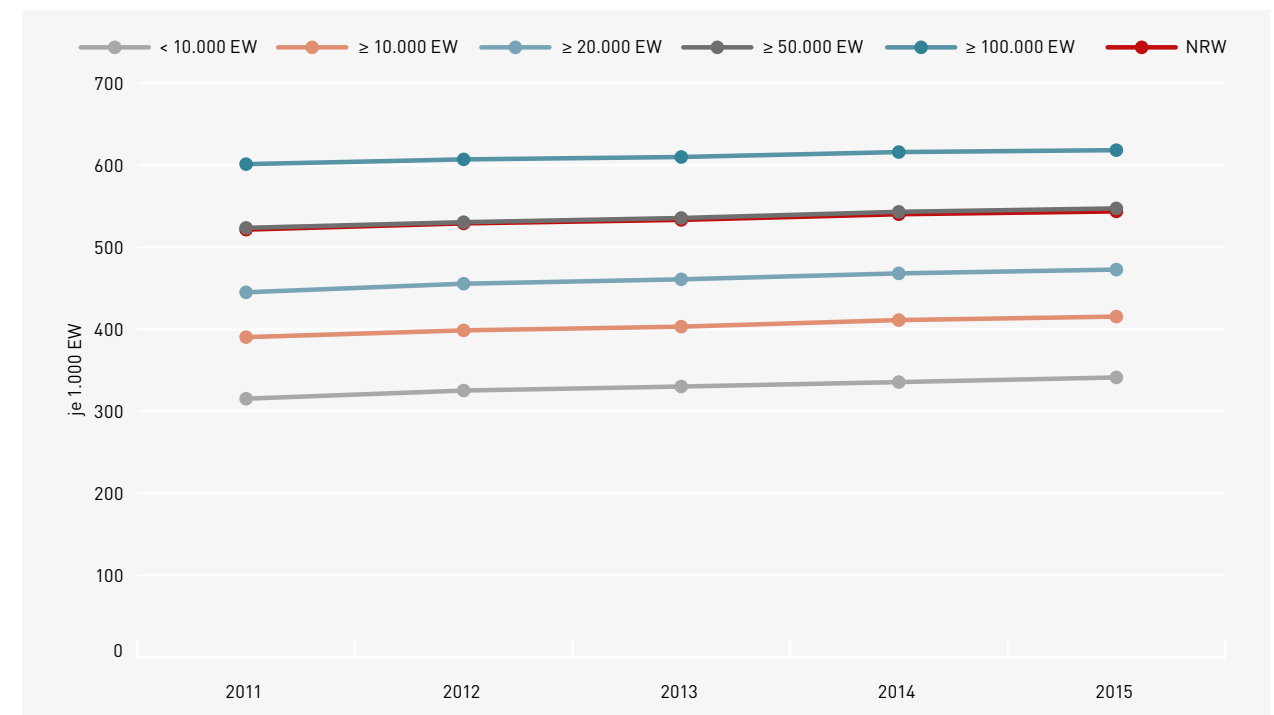
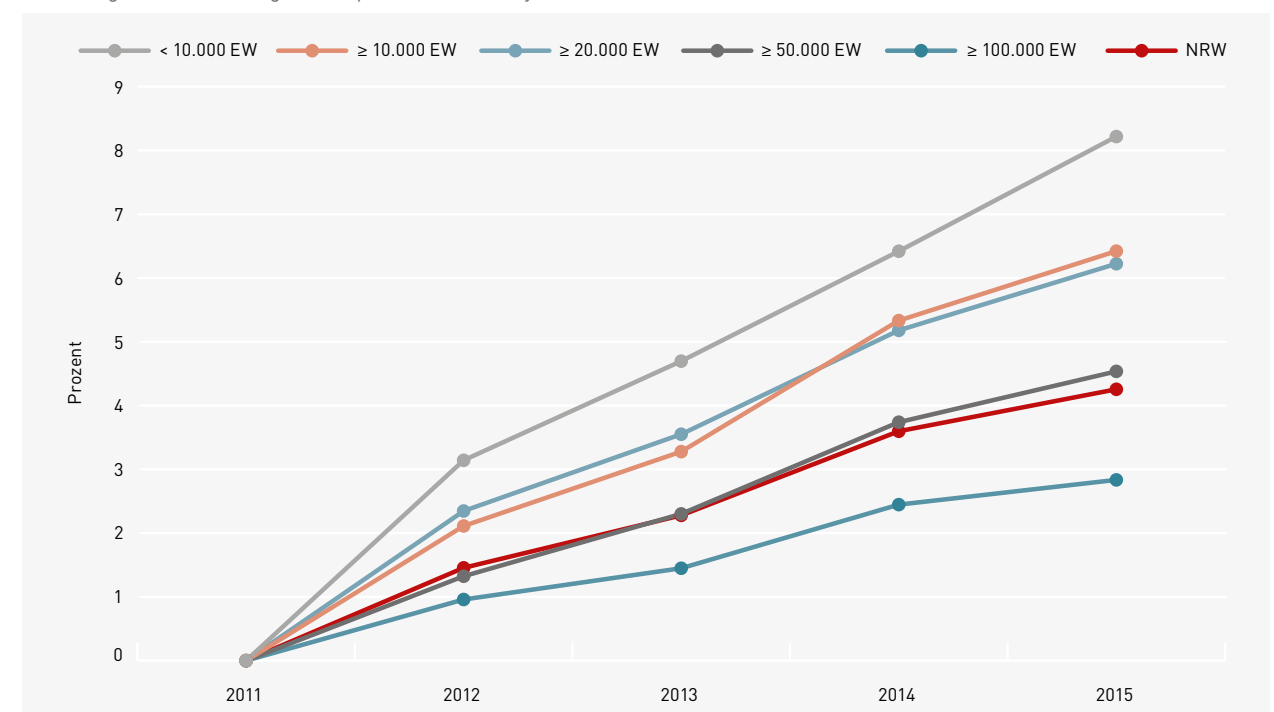


Abbildung 69: Veränderung Arbeitsplatzdichte (Basisjahr 2011 = 0)



Gewerbliche Neugründungen

Definition

Der Indikator „gewerbliche Neugründungen“ gibt Auskunft über die Anzahl von Gewerbeanmeldungen aufgrund von Neugründungen pro 1.000 Einwohner einer Kommune. Ergänzend hierzu wird das Saldo aus Gewerbeanmeldungen und -abmeldungen berechnet.

$$\text{Gewerbliche Neugründung} = \frac{\text{Anzahl Gewerbeanmeldungen durch Neugründungen}}{\text{Einwohner}} * 1.000$$

Bedeutung des Indikators für Nachhaltige Entwicklung

Der Indikator zielt auf die Messung der Gründungsdynamik in den Kommunen ab und kann so indirekt Aussagen über die wirtschaftliche Dynamik treffen. Der Indikator macht dabei keine Aussagen zur Größe oder Branche des neugegründeten Gewerbes, weshalb eine qualitative Einschätzung der Neugründung nur in Verbindung mit weiteren Hilfsindikatoren möglich wäre (z.B. Durchschnittseinkommen, Anzahl Arbeitnehmer in verschiedenen Wirtschaftszweigen etc.). Das Saldo der An- und Abmeldung vermittelt weitergehend einen Eindruck von der tendenziellen Zu- oder Abnahme an Gewerben und damit indirekt über die wirtschaftliche Prosperität in der Kommune.

Datenvalidität

Die Erhebung der Gewerbeanzeigen wird mittels der Gewerbeverordnung eindeutig und genau geregelt. Die Daten erscheinen in einem jährlichen Turnus. Die Erhebung sieht nicht vor, die wirtschaftliche Substanz der Unternehmen genauer darzustellen. Daher ist anzumerken, dass bei den Gewerbeanmeldungen im Prinzip „Absichtserklärungen“

erfasst werden, jedoch nicht die reale Geschäftstätigkeit. Da ebenfalls keine Angaben zur Dauer des Bestehens eines Gewerbes gemacht werden können, fehlt die Grundlage zur Beurteilung des Erfolgs der Gewerbeneugründungen.

Ebenfalls fehlen in der Aufbereitung der Landesdatenbank Angaben zum Wirtschaftszweig, Staatsangehörigkeit des Einzelunternehmers oder die Rechtsform des Unternehmens, wodurch eine weitere Differenzierung des Indikators möglich wäre. Bei den Gründen der Gewerbeabmeldungen sind Insolvenzen außenvorgelassen, diese Statistik ist nur auf Ebene der Kreise und kreisfreien Städte verfügbar.

Differenzierung

Neben den Gewerbeanmeldungen und dem Saldo sind auch separate Aussagen zu den Gewerbeabmeldungen möglich. Die vorgenommene Betrachtung könnte um weitere Differenzierungen der Statistik (Umwandlung, Zuzug, Übernahme) ergänzt werden.

Abbildung 70: Gewerbeanmeldungen durch Neugründung

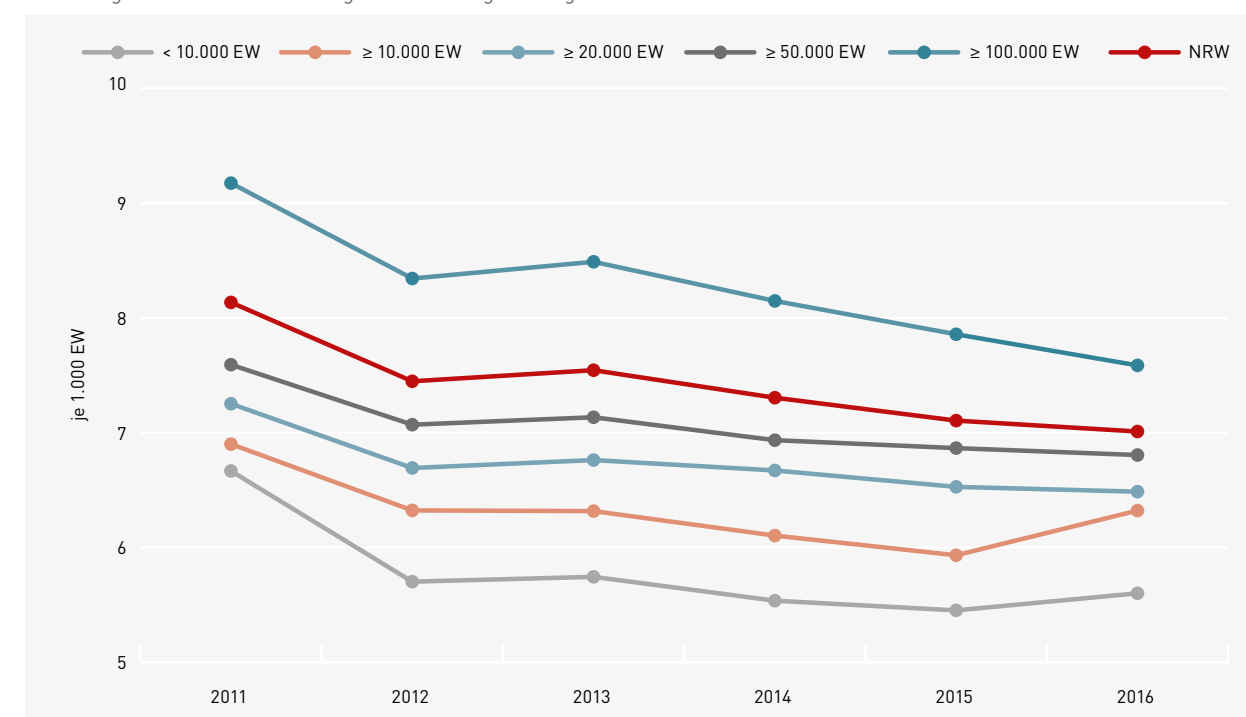
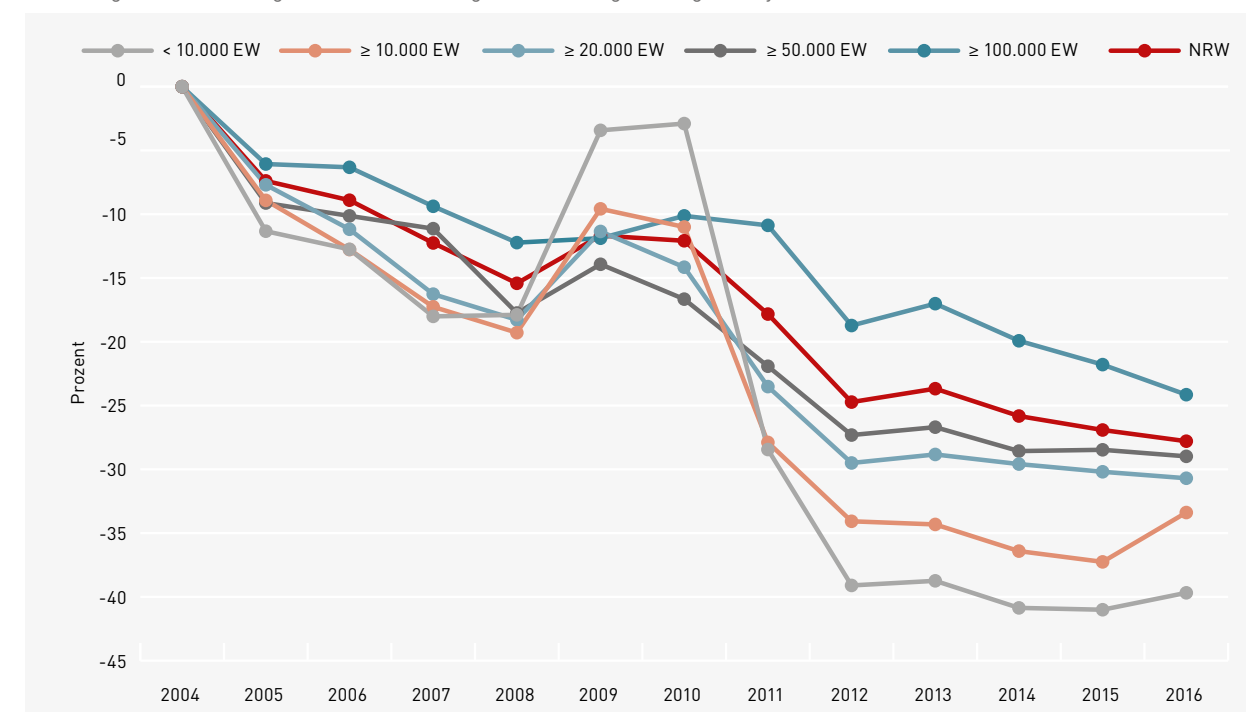


Abbildung 71: Veränderung Gewerbeanmeldungen durch Neugründung (Basisjahr 2004 = 0)



Vorzeitige Sterblichkeit

Definition

Der Indikator der vorzeitigen Sterblichkeit stellt dar, wie viele Personen im Alter von unter 65 Jahren pro 100.000 Einwohnern in einem Jahr gestorben sind.

$$\text{Vorzeitige Sterblichkeit} = \frac{\text{Anzahl der Todesfälle unter 65 Jahren}}{\text{Einwohner}} \cdot 100.000$$

Bedeutung des Indikators für Nachhaltige Entwicklung

Das SDG 3 mit dem Unterziel 3.4 geht dezidiert auf die Frühsterblichkeit ein und sieht bis 2030 eine Senkung dieser um ein Drittel vor. Die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie und die NRW-Nachhaltigkeitsstrategie sehen ebenfalls eine Reduzierung der vorzeitigen Sterblichkeit vor, wobei die „Frühzeitigkeit“ in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie bei einem Alter von unter 70 Jahren und in Nordrhein-Westfalen auch bei unter 65 Jahren gesehen wird.

Die vorzeitige Sterblichkeit kann durch verschiedene Faktoren hervorgerufen werden, die wiederum einen direkten Bezug zu verschiedenen Herausforderungen einer Nachhaltigen Entwicklung haben. Neben Faktoren die das persönliche Gesundheitsverhalten betreffen, wie z.B. Tabakkonsum oder Fettleibigkeit, spielt auch die medizinische Versorgung im mittel- und unmittelbaren Umfeld eine wesentliche Rolle hinsichtlich der Sterblichkeit. Ein weiterer Faktor sind mortalitätsfördernde Umweltbedingungen wie Expositionen gegenüber Luftschadstoffen oder Lärm und damit einhergehenden möglichen Erkrankungen. Weiterhin bestehen starke Verknüpfungen zum Faktor „Armutsgefährdung“. Laut einer Studie des Robert-Koch-Instituts ist die Lebenserwartung armutsgefährdeter (unter

942 € monatliches Einkommen) Männer um über 10 Jahre geringer als die von wohlhabenden Männern (mehr als 2355 € monatliches Einkommen).

Datenvalidität

Die Daten zu Sterbefällen werden standesamtlich registriert und je nach Merkmal monatlich, quartalsweise oder jährlich ausgewertet. Da es sich um eine Vollerhebung der Standesämter handelt und die Vollständigkeit der Meldungen überprüft wird, kann sowohl die Qualität als auch die Periodizität der Daten als sehr gut bewertet werden.

Differenzierung

Neben der hier vorgenommenen Differenzierung nach Altersjahren kann mit weiteren Disaggregationen auch eine Unterscheidung der vorzeitigen Sterbefälle nach Geschlecht und Nationalität (Deutsche, Ausländer) vorgenommen werden.

Abbildung 72: Vorzeitige Sterblichkeit (Todesfälle unter 65 Jahren)

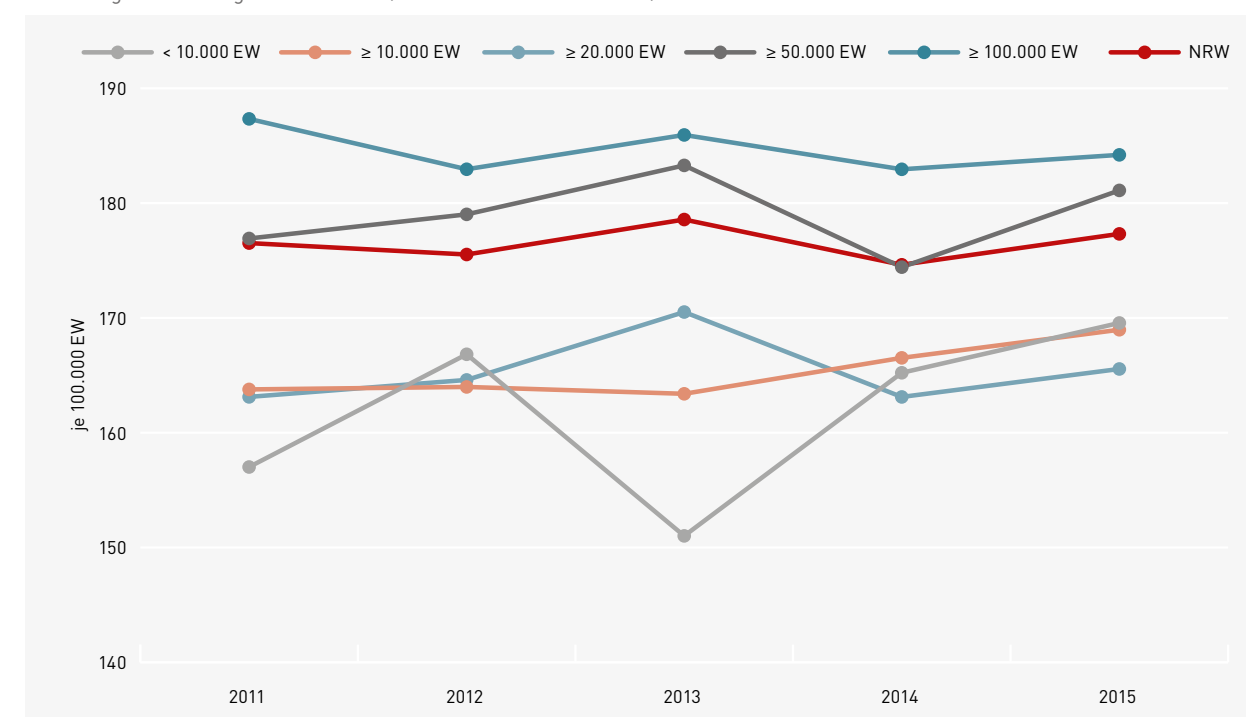
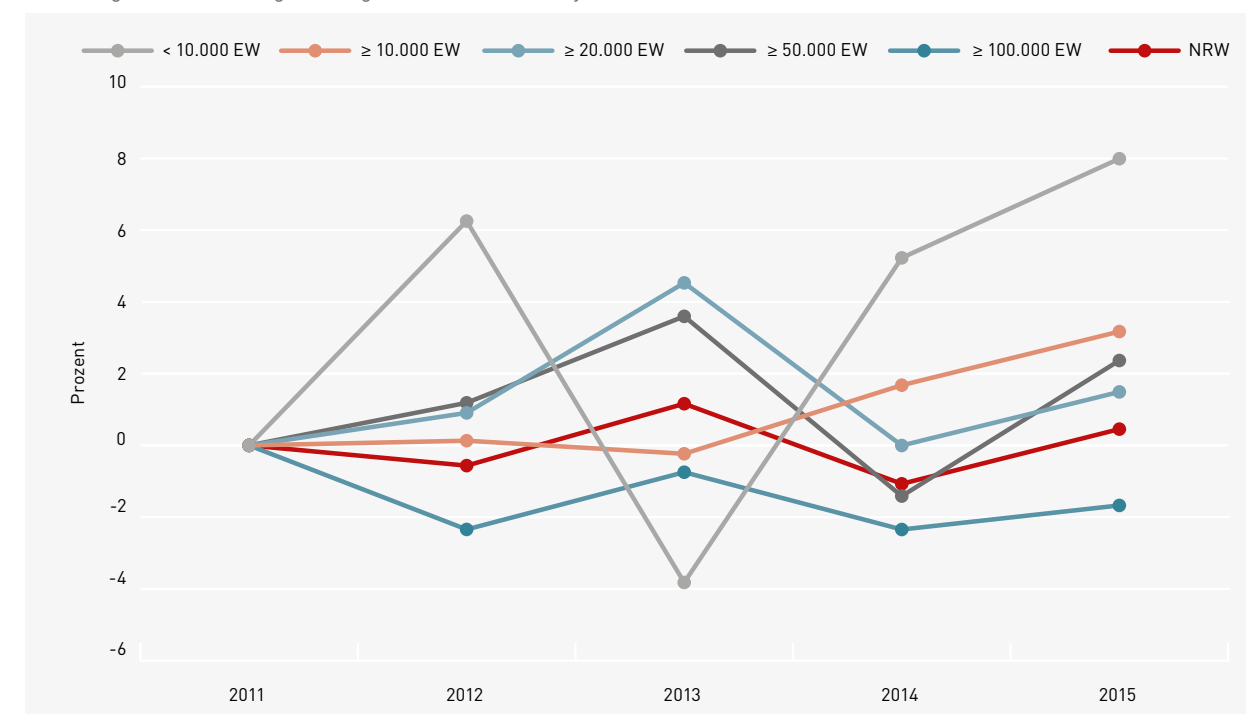


Abbildung 73: Veränderung vorzeitige Sterblichkeit (Basisjahr 2011 = 0)



ZUSAMMENFASSUNG UND FAZIT

Mit dem Nachhaltigkeitsbericht nrwkommunal 2018 werden die generellen Entwicklungen in verschiedenen Teilbereichen einer Nachhaltigen Entwicklung auf kommunaler Ebene in Nordrhein-Westfalen weitestgehend fortgeschrieben. Trotz des etwas geringeren Rücklaufs gegenüber der kommunalen Befragung im Jahr 2016 und trotz kontinuierlicher Umstellungen der amtlichen Statistik und die dadurch bedingten Herausforderungen, ein gegenüber dem letzten Bericht konsistentes und fortschreibbares Indikatorensystem präsentieren zu können, bietet der Nachhaltigkeitsbericht nrwkommunal 2018 einen guten Einblick in die Entwicklung und den aktuellen Stand kommunaler Nachhaltigkeit.

Hiermit wird allen Kommunen in NRW ein Angebot unterbreitet, das eigene Handeln anhand von Nachhaltigkeitsindikatoren zu analysieren. Die mit unterschiedlichen Methoden erhobenen und deskriptiv analysierten Daten zur Darstellung einer Nachhaltigen Entwicklung bieten den Kommunen einen umfassenden Einblick in die aktuelle Verfasstheit und Institutionalisierung des Themas Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene. Ferner bieten sie die Möglichkeit, die eigene Entwicklung in nachhaltigkeitsrelevanten Themenfeldern auf Grundlage von für alle Kommunen in NRW vorliegenden Nachhaltigkeitsindikatoren nachzuvollziehen und vergleichend einzuordnen.

Der Nachhaltigkeitsbericht nrwkommunal ist somit ein niedrigschwelliges Angebot an die Kommunen in NRW, sich vor dem Hintergrund der globalen und nationalen Referenzrahmen mit unterschiedlichen Aspekten einer Nachhaltigen Entwicklung in ihrem jeweiligen kommunalen Kontext dezidiert auseinanderzusetzen.

Die Nachhaltigkeitsindikatoren sind allerdings nur ein Anzeiger des Status quo oder eines zurückliegenden Verlaufs und sollen dazu dienen, Nachhaltigkeitsziele möglichst realistisch zu entwickeln. Dann können sie ihre eigentliche Stärke durch ein kontinuierliches Monitoring des Ist-Werts und des angestrebten Ziel-Werts entwickeln. Die Evalua-

tion der Daten soll dazu beitragen, Maßnahmen und Projekte zielgerichtet durchzuführen und somit eine Nachhaltige Entwicklung in ihrer Gesamtheit zu forcieren. Die LAG 21 NRW ist gerne bereit, die entsprechenden Indikatoren für die Kommunen zur Verfügung zu stellen und für Gremien der Verwaltung oder Politik entsprechend aufzubereiten.

Die kommunalen Indikatoren sind in vielen Fällen nicht losgelöst von Entwicklungen des Landes oder des Bundes, oder auch der internationalen Ebene. Bisher gibt es keinen, über alle föderalen Ebenen durchgängigen, Kernindikatorensatz zur Nachhaltigen Entwicklung. Deshalb sollten bei der Bewertung der kommunalen Daten immer auch Indikatoren der unterschiedlichen Ebenen in Betracht gezogen werden, um das eigene Handeln mit generellen Tendenzen abzugleichen. Weiterhin zeigen sich an verschiedenen Stellen Herausforderungen einer kohärenten vertikalen Integration, was sowohl Ziele als auch Indikatoren für eine Nachhaltige Entwicklung betrifft. So verbinden die meisten der befragten Kommunen die größten Erfolge ihrer Nachhaltigkeitsaktivitäten mit den Bereichen Umwelt und Naturschutz. Diese Erfolge mittels objektiver Indikatoren ebenenübergreifend aufzuzeigen, ist mit den momentan verfügbaren Daten aber nicht möglich. Insbesondere im Bereich Biodiversität gibt es keine konsistenten Datensätze, mit denen positive oder negative Entwicklungen im Laufe der Zeit nachvollzogen werden könnten. Hier sollten im Sinne eines konsistenten Monitorings entsprechende Verfahren zur Erhebung, Verarbeitung und Veröffentlichung relevanter Daten auf allen räumlichen Ebenen politisch beschlossen und von den statistischen Ämtern implementiert werden.

Weiterhin gibt es durch die Entwicklungen auf der internationalen Ebene - der Verabschiedung der Agenda 2030 und der Sustainable Development Goals - einen Referenzrahmen für die Kommunen, der das eigene Handeln im globalen Kontext bewertet. Die Lokalisierung bzw. Kommunalisierung der globalen Nachhaltigkeitsziele wurde im Projekt „Global Nachhaltige Kommune NRW“ in 15 Städten,

Gemeinden und Kreisen erprobt, indem die beteiligten Kommunen eigene kommunale Nachhaltigkeitsstrategien im Lichte der Agenda 2030 entwickelt haben.

Für den nächsten Nachhaltigkeitsbericht nrwkommunal 2020 werden die in Nordrhein-Westfalen und auch bundesweit auf kommunaler Ebene gesammelten Erfahrungen zur Lokalisierung der Agenda 2030 und ihrer SDGs weiter aufgegriffen und dadurch auch wieder Anpassungen sowohl an der Befragung als auch am quantitativen Indikatorenset vorgenommen werden.

LANDESARBEITSGEMEINSCHAFT AGENDA 21 NRW E. V.



WER WIR SIND. WOHER WIR KOMMEN.

Die Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V. (LAG 21 NRW) ist ein unabhängiges Netzwerk von Kommunen und zivilgesellschaftlichen Verbänden, Vereinen und Akteuren in Nordrhein-Westfalen, das durch Bildung, Beratung, Projekte und Kampagnen lokale Nachhaltigkeitsprozesse strategisch unterstützt und praxisorientiert umsetzt. Im Dialog setzen wir auf die Einbindung von Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft, um den sozialen, ökologischen und ökonomischen Anforderungen einer Nachhaltigen Entwicklung gerecht zu werden. In unserem Handeln fühlen wir uns der Agenda 21 und den Beschlüssen der UN Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro sowie seit 2016 auch der Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung verpflichtet. Dabei orientieren wir uns am Leitbild einer Starken Nachhaltigkeit, das die Belastungsgrenzen des Planeten Erde (planetary boundaries) als Richtschnur menschlichen Handels in den Vordergrund stellt.

Unser Ursprung liegt in der weltweiten Bewegung der Lokalen Agenda 21, die nach dem Leitprinzip „Global denken, lokal handeln“ auf kommunaler Ebene Lösungen für zentrale Fragen einer sozial, ökologisch und ökonomisch gerechten Entwicklung erarbeitet. 2001 gründete sich die LAG 21 NRW als kommunales Netzwerk, um einen inhaltlichen Austausch zu ermöglichen und in der Gemeinschaft lokaler Nachhaltigkeitsinitiativen landesweite Projekte und Kampagnen durchzuführen. Wir haben dazu beigetragen, Agenda 21-Prozesse zu professionalisieren und diese stärker in Politik und Verwaltung zu verankern. Im Rahmen des Netzwerkes Nachhaltigkeit NRW haben wir uns landes- und bundesweit zu einem zentralen Ansprechpartner für lokale Nachhaltigkeit weiterentwickelt und sehen uns als Moderator und Gestalter, um den Transformationsprozess einer Nachhaltigen Entwicklung im Diskurs zu ermöglichen.

WIE WIR ARBEITEN.

Wir sind davon überzeugt, dass eine Transformation zu einer Nachhaltigen Entwicklung nur über einen Prozess, an dem sich Zivilgesellschaft, Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft gleichberechtigt beteiligen können, ermöglicht werden kann. Deshalb streben wir über Diskurs-, Dialog und Beratungsprozesse, Projekte und Kampagnen sowie unsere Forschungsarbeiten an, dauerhafte Veränderungsprozesse zu initiieren und zu begleiten. Wir arbeiten schwerpunktmäßig lokal, regional und landesweit und bringen unsere Erfahrungen in nationale und internationale Prozesse ein. Die Methoden und Ergebnisse unserer Arbeit stellen wir transparent zur Verfügung.

WAS WIR BIETEN.

Wir unterstützen, beraten und begleiten Kommunen und zivilgesellschaftliche Akteure bei der Entwicklung und Umsetzung von sektoralen und integrierten Nachhaltigkeitsstrategien, vermitteln Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen die Kompetenz zur Gestaltung einer Nachhaltigen Entwicklung und tragen durch unsere Forschungsarbeiten zum zielgerichteten Wissenstransfer bei. Wir bringen Akteure zusammen und initiieren Beteiligungsprozesse, um Nachhaltigkeitsziele in der Gesellschaft fest zu verankern.

Wir sind davon überzeugt, dass die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen nicht mit Problemlösungsstrategien der Vergangenheit zu bewältigen sind. Klimawandel, Artensterben, Bevölkerungsentwicklung, Wachstum und Wohlstand oder auch eine sozial- und umweltgerechte Wirtschaftsweise benötigen einen neuen, systemischen und querschnittsorientierten Denk- und Handlungsansatz.



IMPRESSUM

Herausgeber

Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V.
Deutsche Str. 10 | 44339 Dortmund
www.lag21.de | info@lag21.de
V.i.S.d.P.: Dr. Klaus Reuter

Autoren

Mona Rybicki, Moritz Hans, Moritz Schmidt, Daniel Zimmermann

Gefördert durch

das Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen

Gestaltung

LUCK DESIGN, Gelsenkirchen

Druck

Druckerei Lokay e.K.

**Abbildungen/Grafiken**

Die verwendeten Fotos und Abbildungen sind Eigentum der LAG 21 NRW, soweit nicht anders angegeben.

© 2018

Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V.
Deutsche Straße 10
44339 Dortmund
www.lag21.de
info@lag21.de

